Montag, 26. November 1984 · D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15-24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 277 - 48.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rot-grünes Bündnis: Angesichts der „hessischen Erfahrungen" lehnt der Grünen-Bundesvorstand Bündnisse mit der SPD ab. Der Weg der grundsätzlichen Systemopposition müsse fortgesetzt und ausgebaut werden, heißt es in einem Antrag für den Parteitag im Dezember. (S. 6)

Kandidatur: 378 der 384 Delegierten auf dem Landesparteitag der SPD-Saar nominierten den Saarbrücker Oberbürgermeister Lafontaine zum Spitzenkandidaten für die Wahl am 10. März. In seiner Rede sagte Lafontaine, sein Ziel sei das Erreichen der absoluten Mehrheit. (S. 4)

Deutsche Frage: Der Ostexperte Professor Leonhard meint, daß sich die Deutschen nicht mit der Teilung abfinden müssen. Auf einem Symposium sagte er, angesichts der geschichtlichen Veränderungen Osteuropas seit dem Zweiten Weltkrieg spreche alles für weitere Wandlungen. (S. 4)

Verteidigungsetat: Heer, Marine und Luftwaffe sollen auf Wunsch des britischen Verteidigungsministers Kürzungen ihres Etats in den nächsten zehn Jahren um rund 37 Milliarden Mark vorbereiten, berichtet die „Sunday Times". Der Grund: Mit der Umrüstung auf neue Atomraketen müsse an anderer Stelle gespart werden.

„Säuberung": Im Zuge der 1983 eingeleiteten „Säuberung" der KP Chinas von ideologischen Abweichlern hat der Reformausschuß die Parteiuntergliederungen angewiesen, die Neueinschreibung der Parteimitglieder zu beschleunigen. Sie könne bis Ende 1984 beendet sein. (S. 5)

Flugzeug-Entführung: Somalia lehnt die Forderung dreier Flugzeugentführer ab, 13 Häftlinge freizulassen und die Hinrichtung von sieben zum Tode Verurteilten zu verschieben. Die Piraten drohen die mit 130 Menschen besetzte Maschine zu sprengen. (S. 8)

Bürgerrechtskomitee: Wie zuvor in Warschau, Krakau und Breslau ist auch in Stettin ein Bürgerrechtskomitee zur Unterstützung von Opfern behördlicher Willkür gegründet worden. (S. 5)

Staatsbesuch: Mit seiner Visite in Damaskus trägt Mitterrand der Rolle Syriens im Nahost-Konflikt Rechnung. In Gesprächen mit Assad will er die Absichten Syriens erkunden. (S. 5)

Zypern-Runde: Pessimistisch beurteilen Beobachter das heute beginnende dritte Zypern-Gespräch zwischen dem UN-Generalsekretär und Vertretern von Griechen und Türken, das zu einer Annäherung der beiden Volksgruppen führen soll. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



» Die Deutschen scheint wieder eine Art pseudofaustische Unruhe zu ergreifen. Offensichtlich schwindet die Bereitschaft zum vernünftigen Argument und zum sachgemäßen Kompromiß «

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einer Ansprache zum Thema „Reden über das eigene Land: Deutschland" (S. 4) FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Baumaschinen: Beflügelt vom Dollar-Kurs, steigerte die deutsche Baumaschinenindustrie ihre US-Ausfuhren in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 106 Prozent auf 319 Millionen Mark gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Mit einem Anteil von 21,8 Prozent am Weltmarkt wurde sie vor Japan (19,1) und den USA (19 Prozent) erstmals führender Baumaschinen-Exporteur. (S. 9)

Energiemarkt: Die Lage der Mineralölindustrie hat sich trotz „großer Anstrengungen" zur Anpassung an die veränderten Marktbedingungen nicht gebessert, sagte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Shell AG, Pohl. Nach 15 Milliarden Mark hohen Verlusten in den vergangenen drei Jahren sei auch 1984 mit einem Fehlbetrag von 3 Milliarden Mark zu rechnen. (S. 11)

China: Peking will in den kommenden drei Jahren für 14,2 Milliarden Mark Spitzentechnik im Ausland kaufen, teilte „China Daily" mit. (S. 10)

Frankreich: Während der deutsche Konsumgüter-Export nach Frankreich aufgrund der Austerity-Politik eine Periode der Schwäche durchlebt – der private Konsum sank im Oktober gegenüber dem Vormonat um 7,4 Prozent –, sind die Investitionsgüter-Importe aus der Bundesrepublik durch Anschlußaufträge stark angestiegen. (S. 9)

KULTUR

„Pique Dame": Bei der Neuinszenierung von Tschaikowskijs Oper „Pique Dame" in Russisch machte die Münchener Staatsoper gute Miene zum bösen Spiel: Statt München bestimmte Moskau die Besetzung für Regie und Dirigentenstuhl. (S. 19)

„Verlorene Zeit": Mit John Hopkins Konversationsstück präsentierte das Hamburger Schauspielhaus ein Emanzipations-Werk mit auffallend flachem, fast plattem Inhalt. Nicht Subtilität bestimmte die Szenen, sondern grobe, rüde Dialoge. (S. 19)

SPORT

Schach: Der italienische Verband bot dem früheren amerikanischen Weltmeister Boby Fischer an, für 2,5 Millionen Dollar wieder eine Partie zu spielen. (S. 18)

Schwimmen: Michael Groß stellte in Offenbach neue Weltbestleistungen auf: 100 Meter Delphin in 52,9 Sekunden und 200 Meter Delphin in 1:55,2 Minuten. (S. 17)

AUS ALLER WELT

Kunstherz: Zum zweiten Mal in der Geschichte der Medizin hat der amerikanische Arzt de Vries in einem Hospital in Louisville einem 52jährigen ein künstliches Herz eingepflanzt. Beim ersten Mal im Dezember 1982 war der Patient, der Zahnarzt Clark, nach 112 Tagen gestorben. (S. 20)

Unwetter: Bei den orkanartigen Stürmen und sintflutähnlichen Regenfällen sind am Wochenende in der Bundesrepublik mindestens neun Menschen getötet worden. (S. 20)

Wetter: Bewölkt, im Süden Regen. Um 9 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl: Auf bestem Weg zur Versöhnung mit Polen

Vor der JU fügte der Kanzler hinzu, die deutsche Frage sei weiter offen

F. DIEDERICHS, Berlin

Die stehenden Ovationen der Bundesdelegierten der Jungen Union für Helmut Kohl dauerten nur kurz: Zu sehr muß dem Parteinachwuchs von CDU und CSU die Kritik ihres Bundesvorsitzenden Christoph Böhr vom Vorabend noch in den Ohren geklungen haben, die Regierungspolitik sei trotz aller Erfolge zu sehr „von Zwischenfällen und Skandalen bestimmt". Die ersten klärenden Worte des Bundeskanzlers galten jedoch nicht dieser demonstrativen Herausforderung, sondern dem deutschlandpolitisch umstrittenen Leitantrag des JU-Bundesvorstandes, die polnische Westgrenze an Oder und Neiße faktisch anzuerkennen.

„Herr Bundeskanzler, stellen Sie die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens in Frage?", lautete gestern die Eingangsfrage eines jungen Delegierten zu einer Diskussion, in deren Verlauf sich nicht immer Harmonie zwischen Regierungschef und Parteinachwuchs, der sich nach Worten Böhrs „als ein kritischer Widerpart zur Regierung" sieht, herausbildete. Bei der Diskussion des Themas „Oder-Neiße-Linie" hatte sich am Vorabend der JU-Vorsitzende nicht mit seinem Leitantrag durchsetzen können, von deutscher Seite die polnische Westgrenz nicht mehr in Frage zu stellen. Man hatte sich schließlich auf die Formulierung geeinigt, die Junge Union setze sich dafür ein, „das Heimatrecht von Millionen Polen nicht in Frage" zu stellen.

Helmut Kohl verwies dann in diesem Zusammenhang auf die geltenden Verträge und Verfassungsvorschriften. „Die völkerrechtlichen Verträge sind bindend, wir haben uns schließlich verpflichtet, keine Gebietsansprüche stellen zu wollen", sagte Kohl und erläuterte dabei die Notwendigkeit, ein „berechenbarer Partner" bleiben zu müssen. Zu anderslautenden Vorwürfen der jüngsten Vergangenheit aus Moskau und Warschau stellte der Kanzler dann noch einmal unmißverständlich fest, es gebe keinen Revanchismus in der Bundesrepublik.

SEITE 2:
Jugend und Völkerrecht
SEITE 8:
Oder-Neiße-Linie

Kohl erinnerte in einem mit großem Beifall begleiteten Absatz an die Begegnung mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterand in Verdun und bezeichnete diesen Tag als Beispiel dafür, die endgültige Versöhnung mit Frankreich erreicht zu haben. „Mit Polen ist uns dies bisher nicht gelungen, wir sind aber auf dem besten Wege dahin", fügte er hinzu und unterstrich die Notwendigkeit, Prozesse des Aufrechnens zu vermeiden und sich der Fähigkeit, Schlußstriche zu ziehen, bewußt zu werden. „Zum politischen Rahmen gehört aber auch, daß die deutsche Frage weiter offen ist", fügte er hinzu.

Daß die Zeiten demonstrativer Einigkeit und beifallsträchtiger Reden in der Jungen Union vorbei sind, zeigten in Berlin in aller Deutlichkeit Reizthemen wie Umweltpolitik oder die Parteifinanzierung auf. Kritik der Delegierten konzentrierte sich dabei immer wieder auf den Punkt, die Erfolge der Regierung würden nur ungenügend in die Öffentlichkeit getragen.

Unter großem Beifall forderte ein Delegierter aus Baden-Württemberg den Kanzler auf, „Ihre Führungskompetenz wirkungsvoller einzusetzen". Kohl räumte ein, „natürlich" habe die Bundesregierung auch Fehler gemacht, riet aber „zu genauerem Hinschauen".

Kritische Worte fand Kohl in diesem Zusammenhang erneut zur deutschen Medienlandschaft: „Die verfaßte öffentliche Meinung, und das ist eines unserer Probleme, steht oft im Kontrast zur wirklichen öffentlichen

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Klärungsprozeß

ENNO v. LOEWENSTERN

Man kann die Abstimmung in der Berliner FDP pessimistisch oder hoffnungsvoll deuten. Man kann sagen: Ein Drittel ihrer Delegierten- „Basis" immerhin besteht aus Defaitisten, die praktisch nach Selbstaufgabe rufen. Man kann aber auch schließen, daß eine doch erfreulich große Mehrheit dieser gebeutelten Partei bereit ist, den Weg der Vernunft an der Seite eines vernünftigen Koalitionspartners zu gehen.

Wie auch immer, die FDP muß sehr bald klarstellen, daß sie keine Partei der Zweifel, der zweifachen Deutungen oder auch der Zweideutigkeiten ist. Berlin kann nicht als Spielplatz für Versuche zur Profilierung oder Niedrigprofilierung dienen. Wenn die Stadt einer rot-grünen Koalition in die Hände fällt, ist sie nicht ein weiterer Fall eines Bundeslandes, das sich den Luxus leistet, eine Zeitlang miserabel regiert oder nicht regiert zu werden, um dann wieder, wenn das doch nicht mehr so lustig ist, eine ordentliche Regierung zu wählen. Sollte sich in Berlin wieder das organisierte Chaotentum der Straße ermutigt fühlen, öffentliche Amokläufe zu inszenieren wie einst zur Vogel-Zeit, und sollten größere Teile der Wirtschaft daraus einen negativen Schluß für die Zukunft ziehen, dann kann es zu einer Katastrophe kommen.

Folglich muß dem Wähler eine Konstellation der Zukunft angeboten werden, auf die in jeder Hinsicht Verlaß ist. Diepgen und die Union haben keinen Anlaß, Leihstimmen an die FDP zu empfehlen. Dergleichen macht niemals einen guten Eindruck auf seriöse Wähler. Sie haben freilich auch keinen Anlaß, von einer Stimmabgabe für die FDP abzuraten. Sie haben nur eine Aufgabe: dem Bürger klar zu machen, daß, wer dort rot oder grün wählt, die Zukunft der Stadt aufs Spiel setzt. Die Union mag dem soliden und respektablen Flügel der SPD eine Respektsbezeugung nachschieben, aber sie muß vor dem Wunderglauben warnen, daß dieser Flügel noch eine verantwortungsbewußte Politik in Berlin erzwingen könne.

Sache der FDP ist es in diesen Umständen, sich selber als verläßliche Partei der Zukunft zu empfehlen. Ist sie das, und ist sie attraktiv vertreten, so stellen sich die notwendigen Stimmen ein. Andernfalls sind bittere Konsequenzen unvermeidlich. Berlin kann sich keine halben Sachen leisten.

Berliner FDP sammelt ihre Kräfte

Zwei Drittel der Delegierten stimmten für Wahlteilnahme / Rasch zeigt Optimismus

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Berliner Liberalen wollen trotz lähmender innerparteilicher Debatten um ihre Teilnahme an der Wahl vom 10. März 1985 den Weg nach vorn einschlagen: Angesport durch einen dringenden Appell des Genscher-Nachfolgers in spe Martin Bangemann, sprachen sich zwei Drittel der Delegierten des FDP-Landesparteitages am Wochenende dafür aus, sich am 10. März zur Wahl zu stellen. Ein knappes Drittel der Delegierten – 71 von 247 aus dem gesamten innerparteilichen Spektrum – verweigerten sich. Die FDP will, besteht sie den Wahltag gut, ihr Bündnis mit der CDU fortsetzen.

Für die in der Parteiengeschichte der Nachkriegszeit einmalige Debatte hatte der Antrag des linken Kreisverbandes Tiergarten gesorgt: Aus Gründen der „Selbstachtung und ihrer Selbsterhaltung" möge die FDP am 10. März gar nicht erst antreten. Die Debatte über den Antrag stellte die FDP vor eine Zerreißprobe. Landeschef Walter Rasch warnte vor einer „Selbstverbrennung" der Partei. Zugleich räumte er gegenüber den Anhängern einer Wahl-Verweigerung „Fehler" ein. Doch die „extraordinäre Lage" im Sommer 1981 und die Notwendigkeit, Berlin regierbar zu halten, hätten das damalige Duldungsmodell der FDP-Fraktionsmehrheit zwingend erfordert.

„Wenn wir uns unsere guten Chancen bei den Bürgern, wiedergewählt zu werden, selbst verderben, hat dies katastrophale Folgen für die Lage der Stadt", führte Rasch den Gegnern einer Wahlbeteiligung vor Augen. Zur WELT sagte Rasch nach der Abstimmung, hier hätten einige Delegierte offenbar „Dampf abgelassen". Das Ergebnis der Abstimmung bestärke ihn jedoch in seinem Optimismus, die FDP werde wieder zu einheitlichem Handeln finden.

Auf die entscheidende Frage, ob die Bezirke Tiergarten und Charlottenburg ihre Bereitschaft zur Kandidatenaufstellung nunmehr gezeigt hätten, antwortete Rasch: „Es gibt dafür klare Signale und Informationen." Nach der FDP-Satzung bestehe überdies eine „zwingende Verpflichtung", an Wahlen teilzunehmen und Kandidaten zu benennen. Die Entscheidung darüber fällt in den Bezirken nun Mitte Dezember. Möglicherweise werden dort nicht, wie bisher üblich, ohnedies aussichtslose Direktwahlkandidaten benannt, sondern lediglich Bezirkslisten eingereicht. Auf diese Weise könnte die FDP die überlebenswichtigen Zweitstimmen sammeln, die in Berlin als einzigem Bundesland bei Landtagswahlen abgegeben werden können. Von Januar/Februar an will die FDP eine umfangreiche Kampagne beginnen, um die für die Überwindung der Fünfprozenthürde notwendigen rund 65 000 Stimmen zu gewinnen.

Der frühere Landesvorsitzende und Kandidat für das Bürgermeisteramt, Justizsenator Hermann Oxfort, wies auf die „historische Bedeutung" des Parteitages für Berlin hin: Wenn es nicht gelinge, überall Kandidaten aufzustellen, könne dies „nicht nur das Ende der FDP in Berlin bedeuten, sondern wir können in der Stadt auch zu regierungsunfähigen Verhältnissen kommen".

Seite 8: Neues Grundvertrauen

Erneut verzichtet ein führender FDP-Politiker

DW. Reinbek

Erneut hat ein führender FDP-Politiker angekündigt, daß er sich aus seinem Parteiamt zurückziehen wird: Der schleswig-holsteinische FDP-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Werner Zywietz erklärte am Wochenende, er wolle auf dem nächsten Landesparteitag der Freien Demokraten in Schleswig-Holstein im April 1985 nicht wieder für dieses Amt kandidieren. Seinen Schritt begründete er mit neuen beruflichen Aufgaben.

In Schleswig-Holstein hatte die FDP bei den letzten Landtagswahlen im März 1983 nur 2,2 Prozent der Stimmen erreicht. Zywietz hatte vor rund 18 Monaten Uwe Ronneburger im Amt des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden abgelöst. Als möglicher Nachfolger ist Wolf-Dieter Zumpfort im Gespräch.

Unterdessen hat sich der hessische FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt endgültig bereit erklärt, auf dem Bundesparteitag der Freien Demokraten Ende Februar in Saarbrücken für das Amt eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden zu kandidieren. Der hessische FDP-Landesvorstand hat ihm am Wochenende in Bad Nauheim einstimmig Unterstützung zugesagt. Gerhardt soll nach diesem Votum den Platz des bisherigen baden-württembergischen Landesvorsitzenden Jürgen Morlok einnehmen, der wie Zywietz alle Parteiämter aus „persönlichen Gründen" niederlegen will.

An der Wahl Gerhardts zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden wird in der Partei nicht gezweifelt.

Mainzer SPD bekennt sich zur Allianz

DW. Mainz

Vor einer Unterschätzung der SPD als eigenständiger politischer Kraft hat auf einem außerordentlichen Partei der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten ihr Vorsitzender Hugo Brandt gewarnt. Man dürfe die SPD nicht ständig nur als möglichen Bündnispartner der Grünen betrachten.

Über die Grünen urteilte Brandt: „Je mehr sie sich der Verantwortung selber entziehen, ihre Unberechenbarkeit als politische Tugend pflegen und ihre Haltung von den Zufälligkeiten jeweils wechselnder Basiszusammensetzung abhängig machen, um so weniger sind sie für uns akzeptable Partner." In den neugewählten Kommunalparlamenten hätten die Grünen allerdings jetzt Gelegenheit, diesen Eindruck zu korrigieren.

Brandt mahnte seine Partei, allen Überlegungen eine Absage zu erteilen, die Bundesrepublik Deutschland solle aus der NATO austreten: „Alle Gedankenspielereien, den NATO-Vertrag aufzukündigen, sind eine Neuauflage unserer deutschen Selbstüberschätzung." Unter Hinweis auf das Verhältnis der SPD zur Bundeswehr sagte Brandt weiter, es wolle ihm nicht einleuchten, „daß wir mit der Bundeswehr in einem distanzierten Verhältnis leben müssen oder sollen".

Brandt schlug den Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion in Main, Rudolf Scharping, als seinen Nachfolger im Amt des Landesvorsitzenden vor. Scharping ist auch als neuer Fraktionschef vorgesehen.

Ergänzungsabgabe: Offener Dissens

Dregger will Steuerentlastung für Besserverdienende verschieben / FDP stemmt sich dagegen

DW. Bonn

Die Kontroverse um Ersatzlösungen für die vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesene Zwangsanleihe ist am Wochenende in der Bonner Koalition weitergegangen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger befürwortete eine „kurzfristige Verschiebung der vorgesehenen Steuerentlastung für sogenannte Besserverdienende". Zugleich sollten nach seiner Auffassung Abschreibungserleichterungen für Investitionen beschlossen werden. Dagegen lehnte die FDP weitere Belastungen für Besserverdienende als „schädlich und falsch" ab.

Nach Auffassung des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher und auch des Fraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten, Wolfgang Mischnick, kann nur eine Steuergesetzgebung, die den Leistungswillen nicht bestraft, Arbeitsplätze sichern. Eine kurzfristige Verschiebung der Steuerentlastung wirke wie eine Steuererhöhung, sagte Genscher. Er warnte Bangemann und andere führende Politiker seiner Partei davor, sich an der Prüfung von Ersatzlösungen für die Zwangsanleihe zu beteiligen. Er sähe dafür keinen Handlungsbedarf, erklärte Genscher in einem gestern in Bonn bekanntgewordenen Schreiben an Bangemann und den FDP-Haushaltsexperten Gattermann: „Wir sollten uns hier nicht auf einen falschen Weg begeben".

Wie Dregger setzte sich auch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler dafür ein, für die gestoppte Investitionshilfe-Abgabe eine Ersatzlösung zu finden. Die höher Verdienenden müßten sich an Sparaktionen beteiligen vor dem Hintergrund, daß heute Rentner und Arbeitnehmer höhere Sozial- und Versicherungsbeiträge zu bezahlen hätten.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) geht davon aus, daß die unter seinem Vorsitz tätige Kommission zur Prüfung von Ersatzlösungen für die Zwangsanleihe am Mittwoch dieser Woche zu ersten Folgerungen kommen kann, die der Koalitionsführung vorgelegt werden sollen. In einem Rundfunkinterview kritisierte Stoltenberg, daß Koalitionspolitiker diese interne Prüfung mit „zuviel öffentlichen Festlegungen" begleitet haben.

Eckpunkt für alle Überlegungen ist für ihn, daß nichts geschehen dürfe, was die privaten Investitionen schwäche. Er plädierte zugleich erneut für die vereinbarte Entlastung bei der Einkommen- und Lohnsteuer in zwei Stufen. Vollkommen neue Konzepte könnten jetzt nicht durchgerechnet werden, sonst würde der gesamte Zeitplan der Steuersenkung in Frage gestellt.

Unruhen im Baskenland drohen zu eskalieren

Ministerpräsident Gonzales berät die Lage mit Militärs

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Unruhen in Spanien laufen vor allem im Baskenland Gefahr, außer Kontrolle zu geraten. Vor einigen Tagen legte ein Generalstreik zwei baskische Provinzen und den Norden von Navarra lahm. Zehntausende nutzten die Beisetzung des ermordeten linksradikalen Politikers Bruard zu Ausschreitungen. In Bilbao tobten tagelang Straßenschlachten zwischen Streikenden und der Polizei. Innenminister Barrionuevo: „Das ist keine Protestaktion mehr, hier herrscht bereits die Stadtguerrilla."

Die jüngste Eskalation von Gewalt wurde vor gut einer Woche ausgelöst, als ein französischer Anhänger der „Antiterroristischen Befreiungsgruppe" (GAL) ermordet wurde. Daraufhin erschoß ein GAL-Kommando den Herri-Batasuna-Politiker Bruard, der den Terrorismus der ETA offen unterstützt hatte. Einen Tag später schossen zwei Etarras den General Roson in Madrid nieder. Ministerpräsident Gonzales hat mehrere Militärbefehlshaber zu sich gerufen, um mit ihnen die gespannte Lage zu besprechen.

Die äußeren Anlässe der Unruhen sind uneinheitlich: Werftarbeiter protestieren gegen Pläne der Regierung zur Reduzierung der Schiffbauindustrie. Während jedoch in Galizien ein Übereinkommen zwischen Gewerkschaften und Regierung die Unruhen beendete, geht der Kampf im Baskenland weiter. Die Anhänger der baskischen bürgerlichen Nationalistenpartei, die wie die linksradikalen Parteien die Unabhängigkeit des Baskenlandes fordern, sind der Ansicht, daß ETA und Herri Batasuna die Revolution vorbereiten.

Gegen Steinwürfe, Molotow-Cocktails und täglich wachsende Straßenbarrikaden benutzt die Polizei immer mehr Rauchbomben, Gummigeschosse und Straßenpanzer. Die Zahl ihrer Verletzten steigt ständig. Inzwischen gehen die Demonstranten mit schweren Raupenkränen gegen Panzerfahrzeuge vor. Zeitungskommentare in Madrid erinnern bereits an ähnliche Szenen vor Ausbruch des Bürgerkrieges 1936. (SAD)

Börner regiert im Alleingang weiter

Kein Angebot zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien / Festhalten an rot-grünen Vereinbarungen

DW. Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) will nach einem möglicherweise endgültigen Scheitern des rot-grünen Bündnisses in Wiesbaden keiner anderen im Landtag vertretenen Partei eine Zusammenarbeit anbieten. In Zeitungsinterviews unterstrich Börner am Wochenende vielmehr seinen Entschluß, die mit der Landtagsgruppe der Grünen vereinbarte Politik fortzusetzen. „Es wäre doch völlig unpolitisch, wenn die Grünen uns bei der Haushaltsberatung die benötigten Gelder verweigern würden", erklärte der Ministerpräsident.

Den Grünen warf der hessische SPD-Regierungschef allerdings vor, Fragen des Atomrechts, die eigentlich Bundesregierung und Bundestag beträfen, „durch Ersatzhandlungen in Hessen lösen zu wollen". Damit stellten sie ihre Politikfähigkeit in Frage. Trotzdem sieht Börner keine realistische politische Alternative in einer Zusammenarbeit mit der CDU oder mit der FDP.

Das Experiment der Zusammenarbeit zwischen der SPD und Grünen in Hessen war und ist nach den Worten von Wirtschaftsminister Ulrich Steger sinnvoll und „mußte einmal gemacht werden". Er riet in Rundfunkinterviews seinen sozialdemokratischen Parteifreunden in anderen Bundesländern, ein rot-grünes Bündnis auch dann noch einmal auszuprobieren, wenn es jetzt in Hessen scheitern sollte. Zum Streit mit der Bundesregierung um den Hanauer Nuklearbetrieb Nukem sagte Steger, es könne sich jetzt „ein Streit in der Sache" anbahnen. Im Sender Freies Berlin betonte Steger: „Mit dem Argument, das ist Bundeskompetenz und geht von daher die hessische Genehmigungsbehörde nichts an, kommt Herr Zimmermann auf Dauer nicht durch."

Steger kündigte neue Initiativen an. Er will sich im Bundestag und im Bundesrat dafür einsetzen, daß die Bundesregierung die Politik der Nichtverbreitung atomaren Materials weiterentwickelt. Gemäß den internationalen Empfehlungen sollten Kernbrennstäbe nur noch bis zu 20 Prozent angereichert werden, um einen Mißbrauch für militärische Zwecke zu verhindern. Steger betonte, sicher sei die Bundesrepublik nicht das Land, in dem eine solche Absenkung am dringlichsten sei. Doch solcherlei Auflagen könnten nur dann auch von den sogenannten Schwellenländern verlangt werden, „wenn wir es selber vormachen".

Seite 6: Klare Absage

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Verfrühter Vorstoß

Von Evangelos Antonaros

In Ankara gibt es eine heftige Verstimmung über den Westen wegen der Zurückweisung der türkischen Kandidatur für die Präsidentschaft im Ministerrat des Europarates. Von den insgesamt 21 Mitgliedsstaaten wollten nur drei – die Bundesrepublik, Großbritannien, Belgien – ungeachtet der fragwürdigen menschenrechtlichen Aspekte der türkischen Demokratie Ankaras Außenminister Vahit Halefoglu akzeptieren.

Halefoglu ging hinaus und gelobte, daß er „nie wieder“ an den Ministerratssitzungen teilnehmen werde. Ministerpräsident Turgut Özal drohte sogar mit einem Austritt aus dem Straßburger Europarat.

Es wird höchstwahrscheinlich bei der Drohung bleiben. Selbst während des Militärregimes, als die in Sachen Menschenrechte sehr empfindlichen Mitglieder des Europarates die Türkei unter Beschuß nahmen, wollte Ankara den Bruch mit dieser europäischen Organisation nicht vollziehen. Der Grund: Die prowestlich orientierten Kräfte in der Türkei – und dazu zählen neben den Spitzenpolitikern auch die Generäle – wollten den westfeindlichen Islamisten und den Links-Ideologen keinen Auftrieb geben.

Daß die Türkei Bestandteil des Westens ist, ist seit den Zeiten des Staatsgründers Atatürk eine Staatsmaxime. Die Türken müssen jedoch einsehen, daß Lippenbekenntnisse allein nicht ausreichen. Die Zugehörigkeit zum Westen stellt gewisse Anforderungen an sie, insbesondere auf dem Gebiet der Menschenrechte.

Seit einem Jahr wird in der Türkei ein demokratisches Experiment praktiziert. Eine richtige Demokratie nach westeuropäischen Maßstäben ist die Türkei jedoch weiterhin nicht. Der Europarat hat die türkischen Teilerfolge mit der Wiederaufnahme von Abgeordneten aus Ankara in die parlamentarische Versammlung nach dreijähriger Suspendierung honoriert. *Doch die Bewerbung um die Präsidentschaft war voreilig.* Die Türken sind den Europäern noch einige Beweise schuldig. Andererseits muß der Europarat Ankara eine gewisse Schonfrist gewähren. Eine Aufrechterhaltung dieses permanenten Schlagabtauschs nützt keiner der beiden Seiten.

Vor neuem Umsturz?

Von Günter Friedländer

Der Versuch, einen neuntägigen Generalstreik in Bolivien abzubrechen, scheint nicht zu gelingen. Die Geschäfte bleiben geschlossen, der Verkehr ist lahmgelegt, Polizei muß lebenswichtige Betriebe gegen Gefahren schützen, von denen niemand weiß, aus welcher Richtung sie kommen.

Die Koalition linker Parteien, mit der Präsident Hernan Siles Zuazo regierte, scheint am Ende angelangt zu sein. Neue Preissteigerungen von dreihundert Prozent für Lebensmittel und neunhundert Prozent für Treibstoff und eine abermalige Abwertung des bolivianischen Peso führten zum Auszug der Kommunistischen Partei aus der Regierung, als Siles sich weigerte, ganze Zweige der Wirtschaft zu verstaatlichen. Diejenigen, die diese Lage herbeigeführt haben, versichern nun scheinheilig, sie sei die Schuld anderer, die das Chaos benutzen wollen, um dem Heer einen Vorwand zu geben, die Kasernen zu verlassen und die Regierung abzusetzen.

Das alles geschieht ironischerweise in dem Augenblick, in dem Siles endlich dem Druck des Parlaments und der Oppositionsparteien nachgab und Neuwahlen ein Jahr früher als vorgesehen anbot. Nun protestierten die von Marxisten geführten Gewerkschaften gegen „die Unterbrechung des demokratischen Prozesses“. In Wirklichkeit haben sie diesen Prozeß durch ihre Disziplinlosigkeit ad absurdum geführt.

Siles hatte dem vollkommenen Zusammenbruch des Staates mit einem Manöver begegnen wollen, das ihm früher geholfen hatte: einen Hungerstreik durchzuführen. Es half diesmal nicht mehr, denn der Zynismus in der Bevölkerung hat den Glauben an solche heroischen Gesten zerstört. Niemand kann übersehen, daß das wirtschaftliche Chaos von einer moralischen Krise begleitet wird: Man warf dem Präsidenten vor, ohne allerdings konkrete Beschuldigungen zu formulieren, daß er irgendwie am blühenden Rauschgifthandel beteiligt sei, der größten Devisenquelle des Landes.

Das Rätselraten um den kranken Mann auf dem Dach der Anden geht weiter. Wird es zu einem neuen Umsturz kommen? Und kommt er von rechts oder von links? Daß er kommt, bezweifeln im Augenblick nur wenige.

P. Q. läßt grüßen

Von Enno v. Loewenstern

Kurz sei's vermerkt: Das britische Magazin „Defence Attaché“ muß der koreanischen Fluggesellschaft KAL Schadensersatz zahlen. „Defence Attaché“ hatte eine Darstellung gegeben, als sei das im September 1983 über Sachalin von den Sowjets abgeschossene koreanische Verkehrsflugzeug auf einem Spionageflug gewesen und als sei das Leben der 269 Insassen bewußt dafür aufs Spiel gesetzt worden.

Kurz sei daran erinnert: Die KAL-Maschine wurde abgeschossen, als hier der „heiße Herbst gegen die die Nachrüstung“ seinem Höhepunkt entgegenging. Plötzlich stand Europas antiamerikanische Fronde, Politiker, Medien, Straßendemagogen, vor dem Wegfall ihrer Geschäftsgrundlage, die da lautet: die Sowjets sind friedlich, wir brauchen keine Raketen. Wie friedlich ist ein System, das ein harmloses Verkehrsflugzeug abschießt, wenn es vom Kurs kommt?

Folglich durfte das Flugzeug nicht harmlos gewesen sein, so gründlich auch seriöse Experten die „Spionage“-Story widerlegten. Eine Kampagne setzte in Zeitungen, Funk und Fernsehen ein; der „Stern“ berief sich wie viele andere auf „die angesehene britische Militärzeitschrift 'Defence Attaché'“, in der jemand unter dem Pseudonym „P. Q. Mann“ behauptet hatte, der KAL-Flug sei „*Teil einer großangelegten US-Spionagemission*“ gewesen. Seither „weiß“ der verzweifelte, aber von keinem Zweifel geplagte Teil unserer Jugend, daß die Amis, wie alles auf dieser Welt, auch den Tod der 269 Menschen über Sachalin auf dem Gewissen haben.

KAL allerdings ging vor Gericht. Und siehe da, die angesehene Zeitschrift hatte natürlich nicht den Schatten eines Wahrheitsbeweises. Die Legende fiel zusammen wie ein Soufflé, aber an ihrem Weiterleben wird das nichts ändern, an der Bildung weiterer Legenden auch nicht. Denn drei Wahrheiten stehen unerschütterlich fest: Die Amerikaner sind böse, die Sowjets sind gut und die selbsternannte Erben der Aufklärung scheuen nichts so sehr wie Aufklärung. Oder hätte vielleicht das Pseudonym *sie warnen können, sollte „P. Q. Mann“ heißen:* „Polit-Quatsch, Mann!“ – ? Natürlich nicht. Das Märchen stand ja in einem britischen Blatt.



Die Kurve kriegen — KLAUS BÖHLE

Jugend und Völkerrecht

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Jugendverbände der großen Parteien genehmigen sich Jugendlichkeit bis zum 35. Lebensjahr, obwohl jeder junge Bürger schon mit 18 Jahren wählen darf. Diese Verbände folgen wohl der schwäbischen Lebensweisheit, wonach man erst mit Vierzig gescheit wird. Gleichwohl tummeln sich in der Jungen Union ausgewachsene Mannsbilder, die – wie Friedbert Pflüger, Pressesprecher des Bundespräsidenten, oder Alfred Sauter, vielversprechender Bundestagsabgeordneter – in unserer Republik schon verantwortungsvolle Aufgaben wahrnehmen.

Diese beiden und andere bemächtigten sich auf dem unionsnahen Jugendkongreß in Berlin eines Themas, dessen gewaltsamen Ursprung sie gar nicht und dessen frühe Weichenstellungen sie in Strampelhosen miterlebt haben. Sie stritten in jugendlich-chaotischer Aufgeregtheit über die Deutschlandfrage.

Natürlich ist das Lebensalter nichts, was man einem Mitmenschen vorzuwerfen hätte. Wer aber das Kriegsende, die Flucht und die Vertreibung nicht miterlebt hat, der tut gut daran, erst die erschütternde Dokumentation der Vertreibung zu lesen, ehe er sich öffentlich über den Charakter der Oder-Neiße-Linie ausläßt. Wenn Fürsorge für die Bürger vornehmste Aufgabe eines jeden Politikers ist, dann wird jedem Leser dieser Dokumentation aufgehen, daß für Millionen Menschen, die damals den Leidensweg zu gehen hatten, und für deren Familien noch die schwierigsten Probleme individueller Rechte offenstehen. Diese werden sich nur dann – und auch dann nur in Annäherungswerten – lösen lassen, wenn irgendwann bei Verhandlungen über einen Friedensvertrag die Oder-Neiße-Linie noch ein Verhandlungsgegenstand sein kann. Es müssen also nicht „territoriale Ansprüche“ sein, wenn jemand an der völkerrechtlichen Position der Grenzen Deutschlands von 1937 festhält.

Wenn das so ist, dann darf diese völkerrechtliche Position nicht zu einem nur noch zum Schein aufrechterhaltenen „Formelkram“ abgewertet werden. Niemand hat das Recht, einer zukünftigen gesamtdeutschen Regierung ihr Mandat auf einer Friedenskonferenz schon heute abzuwracken, indem man politische „Realitäten“ schafft, die substantiellen Verhandlungen den Boden entziehen. Auf einer Friedenskonferenz ginge es keineswegs darum, zwischen Deutschen und Polen Verbrechen gegen Verbrechen, Mord gegen Mord aufzurechnen. Aber es müßte für die betroffenen Menschen auf beiden Seiten ein Rechtsfrieden gefunden werden, wenn der Frieden nicht Unrechtszustände festschreiben soll.

Dies ist der sachliche Hintergrund des Streites unter den Jungunionisten. Die Frage ist nur, ob er allen Disputanten klar war. Nehmen wir Friedbert Pflüger, dem wir bald das schöne Lied „Schier dreißig Jahre bist du alt“ singen können. Wenn wir ihn richtig verstehen, so ist er wohl von dem Gedanken beseelt, daß die aufgebrochene Diskussion über die Einheit Deutschlands und die deutschen Grenzen die große Chance in sich berge, den „Klärungsprozeß“ des öffentlichen Bewußtseins im Sinn der von Brandts Ostverträgen vorgezeichneten Linie einer „Anerkennung der Realitäten“ voranzutreiben.

Mag sein, daß Pflüger dabei den väterlichen Blick des Bundespräsidenten im Nacken spürt. Jedenfalls könnte das die Hartnäckigkeit erklären, mit der er in Berlin den Satz durchzupauken versuchte, „daß von deutscher Seite die polnische Westgrenze nicht mehr in Frage gestellt wird“. Diese Formulierung hätte nicht nur alle Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, die ohnehin durch den Warschauer Vertrag gebunden sind, ins Wort genommen, sondern auch eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung.



Scheiterte mit seinem Vorstoß: JU-Vorsitzender Böhr (mit Kohl) FOTO: DPA

Solchen Anfechtungen hat der wackere CSU-Mann Sauter widerstanden – und mit ihm die Mehrheit der Delegierten. Wie schon beim Gang zum Bundesverfassungsgericht wegen des Grundlagenvertrags mit der „DDR“ zeigt sich auch jetzt wieder, daß die entschiedensten Kämpfer für die deutsche Einheit justament aus Bayern kommen. Wie Adenauer so hat auch Strauß schon Ende der fünziger Jahre von der „Österreichischen Lösung“ gesprochen. Folglich kann man den Bayern *nicht vorwerfen*, sie könnten sich keine andere freiheitliche Lösung als die Staatseinheit vorstellen. Aber das ist es eben: Es muß eine freiheitliche Lösung sein, die Grenzen nicht zumauert, sondern zur durchlässigen Zweibahnstraße macht. Auf eine solche Entwicklung in Europa richten sich die Hoffnungen der Gutwilligen, doch bereits mit Abstrichen, wie deutlich zu erkennen ist. Redete man Ende der fünfziger Jahre vom Österreich-Modell für die „DDR“, so geben sich die allzu Gutwilligen jetzt schon mit dem Ungarn-Modell zufrieden, also mit ein klein bißchen Freizügigkeit bei unangetasteter Einparteien-Herrschaft.

Sauter, und mit ihm die Kongreßmehrheit in Berlin, hält die Ergebnisse in den immerhin schon mehr als zehn Jahren seit Abschluß der Ostverträge für zu mickrig, als daß man auf ihnen die begründete Erwartung einer „Normalisierung“ des Verhältnisses zum politischen Osten nach freiheitliche Maßstäben aufbauen könnte. Deshalb hält *er an Positionen des internationalen* und des deutschen verfassungsmäßigen Rechts fest. Man kann vernünftige Ostpolitik nicht aus den Seelenschründen einer an zwei Weltkriegen zerbrochenen Nation treiben, ein Mindestmaß an Selbstbehauptungswillen gehört dazu.

Doch das alles ist noch nicht das Wichtigste. Wer die deutsche Ausgangsposition für Friedensverhandlungen unterläuft, höhlt die Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes und – was letzten Endes entscheidend ist – für Berlin aus. Gedankenspiele mit der Sicherheit Berlins sollten sich von selbst verbieten. Auch wenn man noch nicht vierzig ist.

IM GESPRÄCH Czerny-Stefańska

Polizei und Chopin

Von Joachim G. Görlich

Polens Medien feierten den Auftritt der bekannten Pianistin Halina Czerny-Stefańska im „Polnischen Institut“ zu London: Londons Polen hätten die begnadete Künstlerin mit viel Applaus bedacht.

Das mit dem Applaus stimmt. Ansonsten muß man wissen, daß dieses Polen-Institut aus einem kleinen Konzertsaal bei der polnischen Botschaft besteht und daß am Konzertabend neben diplomatischen Vertretern der polnischen Militärjunta nur eine Handvoll regimetreuer Exilpolen teilnahm. Anders als früher wagte die Künstlerin nicht, in der Londoner Öffentlichkeit zu spielen: Das streng antikommunistische „polnische London“ hätte die Pianistin entweder boykottiert oder, schlimmer, wohl eher aufgesucht und „ausgeklatscht“, wie ihr das in Polen zuletzt mehrfach widerfuhr. „Ausklatschen“ heißt dort, durch Klatschen am Weiterspielen hindern.

Frau Czerny-Stefańska hat sich nämlich dem Warschauer Generalregime derart an den Hals geworfen, daß sie – wie die polnische Presse selbst empört zugeben mußte – verachtet wird. Es begann mit Konzerten vor der berüchtigten Einsatzpolizei ZOMO und der Truppe. Sie nahm sogar als „künstlerische Beobachterin“ und „um Anregungen zu erhalten“ an Truppenmanövern teil. Für all das wurde sie mit Orden überhäuft, in Jaruzelskis „Polnischen Kulturrat“ und die „Patriotische Bewegung der nationalen Erneuerung“ *(PRON) berufen sowie in das* „Partei-Musiker-Aktiv“ bei der Kulturabteilung des ZK der KP. Sie rief die Kollegen auf, sich für General Jaruzelski und seine Politik zu engagieren. Nun traut sie sich in Krakau, wo sie sehr beliebt war, nur noch unter „Personenschutz“ auf die Straße.

Dort in der Königstadt an der Weichsel wurde sie 1922 als Kind einer vornehmen Familie geboren, die auf den Beethovenschüler und angesehenen Klavierpädagogen Karl Czerny zurückblicken kann. In Krakau lernte sie ihren 1983 verstorbenen



Jähes Engagement für Jaruzelski: Halina Czerny-Stefańska FOTO: THOMAS KAISER

Mann, Stefański, kennen. Er war nicht nur Klavierpädagoge, sondern führte sie nach dem Krieg zur KP, begleitete sie fast auf allen Reisen in den Westen und galt in Musikerkreisen als Mann des polnischen Nachrichtendienstes.

1949 erzielte Halina Czerny-Stefańska den künstlerischen Durchbruch: Die Schülerin namhafter polnischer Chopinisten errang den ersten Preis beim Internationalen Chopinwettbewerb. Eine steile Karriere begann. Die Staatliche Hochschule für Musik verlieh ihr das Staatsexamen ehrenhalber, obwohl sie kein Abitur hat.

Trotz KP-Zugehörigkeit war Frau Czerny-Stefańska bis zur Kriegsrechtserklärung des Generals Jaruzelski am 13. November 1981 eine Künstlerin, die sich politisch nicht besonders engagierte. Aber, wie sie selbst erklärte: für Uniformen hatte sie schon immer eine Schwäche.

Die Künstlerin hat eine Tochter, Elzbieta Stefańska-Lukomska, die das Musiktalent ihrer Eltern geerbt hat. Sie, die an der Krakauer Musikakademie einen Lehrstuhl innehat und auch in aller Welt konzertiert, gilt als beste Cembalistin Polens. Tochter Elzbieta hält sich aber von Politik und KP fern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt befindet zu den Abrüstungskontakten:

Drei Dinge sind es, die absolut nicht neu sind, die aber unsere friedensbewegten Wichtigtuer bis weit in die SPD hinein bedenken sollten: Einmal war es die Sowjetunion und *nicht die USA, die* im Jahrzehnt der Entspannungseuphorie einseitig und recht heimlich ihre nukleare Aufrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft ankurbelte. Zum anderen war es der vormalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der wiederholt die Carter-Regierung auf das immer deutlicher zutage tretende atomare Ungleichgewicht vorab im Bereich der Mittelstrecken-Raketen hinwies. Die Europäer würden, so Schmidt, politisch erpreßbar, falls Amerika nichts entsprechendes entgegensetze. Und schließlich ist die Weltpolitik heute nicht mehr auf eigene deutsche oder gar deutsch-deutsche Entspannungsinitiativen angewiesen, um den Weltfrieden zu bewahren. Deutsches Wesen und deutsches Gefühl müssen nicht bemüht werden.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zum Jahresgutachten der fünf Weisen heißt es hier:

Nur beim Bau sieht man düsterer – und bei der Arbeitslosigkeit. Das ist der dunkle Schatten, der auch über diesem bunten Bilde liegt. Daß die „fünf Weisen“ so optimistisch sind und daß sie damit allen Unkenrufen zum Trotz einer ungebrochenen Aufschwungphase das Wort reden, ist ein Politikum für sich. Es ist geeignet, neue Erwartungen zu schaffen und erlahmende zu beflügeln. Die Konjunktur lebt von der Hoffnung, nicht von der Schwarzseherei. Und wenn diese Hoffnung dann auch noch mit so handfesten Zahlen gespeist wird wie am Freitag, dann hat sie eine reelle Chance, sich auch tatsächlich zu erfüllen.

SUNDAY TELEGRAPH

Die Londoner Wochenzeitung bemerkt zum Streit um die Waffenstationierung:

Die Stationierung von Cruise Missiles und Pershings in Großbritannien *als Teil eines größeren NATO-*Programmes hat die Türen für Ost-West-Gespräche nicht zugeschlagen. Im Gegenteil, sie hat geholfen, diese Türen erst richtig zu öffnen.

NÜRNBERGER Nachrichten

Sie meinen zu Börners Situation:

Es kommt wohl nicht von ungefähr, daß sich in dieser Zeit der Funkstille die freien Demokraten zu Wort melden. Sie, die sich aus den Turbulenzen nach dem Bruch des rot-grünen Bündnisses wohlweislich herausgehalten haben, erblicken nun ihre Chance. Nicht als Ersatz für die Grünen und schon gar nicht als Koalitionspartner – das wäre wohl doch eine zu große Abkehr von der ursprünglichen Verweigerungshaltung. Aber wenn's die Interessen des Landes erfordern, könnte sich die FDP schon eine punktuelle parlamentarische Zusammenarbeit mit der Regierung Börner vorstellen.

Die sieben wundersamen Leben des Giulio Andreotti

Erfahrungen eines Politzauberers mit der KP in Rom und Moskau / Von Alfons Dalma

Der christlich-demokratische Außenminister Giulio Andreotti hat wieder einmal in der vereinigten Sitzung der beiden römischen Parlamentskammern eine politisch lebensgefährliche Situation überstanden. Dank des inneren Zusammenhalts seiner Partei und der Fünfparteienkoalition unter der festen Führung des Sozialisten Bettino Craxi hat sich eine – *ungeachtet der warnenden Abweichung* von einem halben Hundert „Heckenschützen“ – ausreichende und bequeme Mehrheit zusammengefunden, um auch den letzten großen Anlauf der Kommunisten abzuwehren, die Andreotti unter Ministeranklage vor das Sondertribunal des Verfassungsgerichts gestellt sehen wollen.

Das war der vierte Versuch in einem Monat, am Beispiel der vierzigjährigen Prominentenkarriere des früheren Ministerpräsidenten und „historischen“ Parteiführers die ganze Democrazia Cristiania als korrupt hinzustellen. Und es war das 27. Mal, daß der römische Politiker eine parlamentarische Untersuchung erfolgreich bestehen konnte. Wo Skandale immer mehr zum Hauptinhalt der europäischen Innenpolitik werden, ist das Beispiel Andreotti für die Kunst des Überlebens nicht uninteressant.

Der Erfinder der Sentenz „Die Macht verschleißt nur die, die sie nicht haben“ ist in allerlei *politische Geschäfte* verwickelt worden. Eines mußten ihm aber auch die schärfsten Gegner einräumen: äußerste Bescheidenheit der Lebenshaltung und persönliche Integrität. Zudem vermochten er und seine Verteidiger die Unglaubwürdigkeit des zusammengewürfelten Haufens von Anklägern – Kommunisten mit Neofaschisten und Linksextremisten aller Schattierungen – anzuprangern. So konnte sich wieder einmal die Sage bewähren, daß Giulio Andreotti nicht ein, sondern sieben politische Leben habe.

Die in diesem Herbst um den zierlichen, aber zähen (gebürtigen) Römer geflochtenen Affären spielen sich vor einem besonderen Hintergrund eines Labyrinths ab, in dem Andreotti sich nicht hätte verfangen dürfen, wenn er auch siebenfache Lebensweisheit besäße. Wechselwirkungen zwischen den außenpolitischen Winkelzügen des Ministers und der Gunst oder Mißgunst der Kommunisten beziehungsweise des Kreml schufen eine Dimension der Affäre, in der *Andreotti per Bilanz doch empfindliche Verluste* einstecken mußte. Seine Sowjetfreundlichkeit, im innenpolitischen Gleichklang mit der KPI, war ohne Zweifel in seinem Konzept auch als eine Garantie wenn nicht für Förderung, so doch wenigstens für Schonung seitens der Kommunisten gedacht.

Zur außenpolitischen Linie Andreottis gehörte ein ständiges Drängen auf Washington, durch Konzessionen in der europäischen Sicherheitspolitik die Initiative zu den Verhandlungen mit Moskau über die Rüstungskontrolle zu ergreifen, sowie in der Begünstigung der antiwestlichen Elemente innerhalb der Dritten Welt; hier besonders zum Vorteil Libyens, für dessen „Zuverlässigkeit“ und „ungerecht schlechten Ruf“ sich Andreotti bei Reagan sogar persönlich zum Bürgen machte. Zwei Beweggründe werden ihm unterstellt: Die Autonomie der europäischen NATO-Länder und eine Vermittlerrolle Italiens zwischen Ost und West zu fördern (wozu auch der „*Realismus*“ *in der deutschen Frage gehörte*) und sich die Unterstützung der KPI für die Präsidentschaftswahl zu sichern.

Nun, die Kommunisten haben zwar geschwankt zwischen der Neigung, Andreotti persönlich zu schonen, und *dem neuen Kurs und* Drang, gegen das bestehende Parteiensystem einen totalen Krieg zu führen. Zwischen dem 4. und 5. Oktober sind sie von der Errettung Andreottis aus parlamentarischer Not brüsk dazu übergegangen, den bisherigen Verbündeten auf dem Altar des „moralischen“ Vernichtungsfeldzuges gegen dessen Partei zu opfern. Die mehr oder weniger diskreten Interventionen des Sowjetbotschafters und der Ost-Diplomaten in Rom haben dann zwar die Taktik der KPI durcheinandergebracht. Aber das Fazit der Affäre ist, daß Andreotti jede Präsidentschaftschance verspielt hat.

Wirklich katastrophal ist indessen die außenpolitische Bilanz. Aufgrund der Tschad-Erfahrung könnte jetzt Mitterrand dem Freund Andreotti die Rechnung für die Khadhafi-Bürgschaft vorlegen, während Mubarak den Beweis für Khadhafis terroristische Umtriebe liefert und Craxi auf die Versuche hinweist, den Terrorismus auch in Italien wieder aufzubauen. Zugleich haben die Sowjets über die Köpfe aller selbstbewußten europäischen Makler hinweg die Verhandlungen mit Washington aufgenommen, und zwar auf eigene Initiative, ohne eine solche von Reagan zu erwarten, und ohne Vorbedingungen, die ein Andreotti so nachdrücklich befürwortete.

Die größere Macht nutzt eben doch die allzu kleine ab.

„Wenn wir den Afghanen nicht helfen, wer soll es dann tun?"

Nach sechs Monaten Einsatz in Afghanistan ist der deutsche Arzt Karl Viktor Freigang nach Pakistan zurückgekehrt. Sein Fazit: Die Hauptprobleme der Freiheitskämpfer sind Hunger und schlechte medizinische Versorgung.

Von WALTER H. RUEB

Karl Viktor Freigang ist ernst. Strapazen und Entbehrungen haben um Augen und Mund Spuren hinterlassen. 17 Pfund seines Gewichts hat er während seines Einsatzes verloren. „Ich freue mich auf zu Hause", sagt er in der pakistanischen Grenzstadt Peschawar zur WELT. „Der Sommer war lang, das Jahr nicht leicht."

Der Doktor vom Niederrhein hat viel zu erzählen: Seine Bilanz für das Bonner Afghanistan-Komitee kann sich sehen lassen: Drei medizinische Zentren hat er zwischen Frühjahr und Spätherbst 1984 in Afghanistan aufgebaut, Tausenden von Verletzten und Kranken geholfen, Hunderte von Kilometern zu Fuß, auf Pferden und Flößen, in Jeeps und Lastwagen zurückgelegt. Er entkam Bomben und der Verfolgung sowjetischer Soldaten.

„In den Provinzen Bamyan und Baghlan, 200 Kilometer nordwestlich von Kabul, können jetzt in den Dörfern Tala, Barfak und Daob Verletzte und Kranke medizinisch betreut werden. In Barfak stehen für Leprakranke vier Betten zur Verfügung. Daob muß nach der Zerstörung durch sowjetische Flugzeuge wieder aufgebaut werden. Nach mehreren Bombardierungen blieb dort kein Stein auf dem anderen, erzählt Freigang.

In der Provinz Nangahar, südwestlich von Jallalabad, errichtete der Arzt im Dorf Hugany eine Ambulanz. Spenden in Höhe von insgesamt 55 000 Mark von Lesern einer Zeitung ermöglichten die Erstausstattung mit



Ein deutscher Arzt im besetzten Afghanistan: Karl Viktor Freigang. FOTO: RUEB

Medikamenten, EKG- und Röntgengerät. „Ein afghanischer Arzt und zwei Krankenpfleger halfen mir dort bei der Behandlung der Patienten. Während meiner Abwesenheit im Winter wird ein Notdienst aufrechterhalten."

In der Provinz Kunar im Osten Afghanistans eröffnete Freigang ein drittes medizinisches Zentrum. „Es ist nur klein, doch im Dorf Pech ist es ruhig. Die Russen greifen nur aus der Luft an. Auf dem Boden wagen sie sich nicht in das enge Tal hinein." Freigang aber wagte sich über 3500 Meter hohe, steile und schroffe Berge ins Kunartal und dann über den reißenden Kumarfluß. „Der Fluß muß mit Flößen aus Kuhfellen oder Autoreifen überquert werden. Man stößt sich irgendwo ab, treibt flußabwärts und landet mehrere Kilometer entfernt am anderen Ufer. Und dauernd kommen sowjetische Hubschrauber und Flugzeuge. Die Russen schießen sofort, wenn sich etwas bewegt ... Nie habe ich in meinem Leben mehr durchgemacht. Mit schweren Lasten die Berge hoch, ohne Hilfe von Pferden oder Maultieren. Die Tiere schaffen die steilen Anstiege nicht. Die Menschen wohl, aber wie." Ab Januar soll Pech mit einem afghanischen Arzt besetzt werden.

Die Bilanz des Arztes enthält neben Guthaben auch Verluste. Die Flucht eines afghanischen Arztes nach der Bombardierung von Daob im Juni war für ihn der härtestes Schlag. „Jetzt sind da oben eine halbe Million Menschen wieder ohne medizinische Versorgung. Der afghanische Kollege konnte den Verlokkungen des Geldes nicht widerstehen. Er arbeitet nun für das kommunistische Regime im besetzten Teil seiner Heimat."

Nur schweren Herzens kehrte Freigang überhaupt nach Pakistan zurück, das er heute in Richtung Heimat verläßt. „Afghanistan braucht so dringend Ärzte. Auch in Hugany, in meinem dritten Zentrum, versorgt jetzt nur ein Hilfsarzt die in der Region lebenden 200 000 Menschen."

Trost schöpft Freigang aus der Zuversicht, im Frühjahr 1985 an der Spitze einer ganzen Mannschaft von deutschen Ärzten und Krankenschwestern in das Land am Hindukusch zurückkehren zu können. „In neun Provinzen Afghanistans traf ich nur einen einzigen Arzt", berichtet Freigang bitter. „Ferner begegnete ich zwei kleinen französischen Ärzte-Teams, die auf dem Weg zu ihrem Einsatzort im afghanischen Norden waren. Aber unentwegt kamen wir durch zerstörte Dörfer und Städte. Sogar Einzelgehöfte waren durch Bomben dem Erdboden gleichgemacht. Und überall begegneten uns Flüchtlingstrecks. In einer Woche zählte ich 3000 Flüchtlinge. Sie waren unterwegs nach Pakistan – zu Fuß, zu Pferd oder mit Kamelen, mit Hab und Gut, manche mit leeren Händen. Ihre und unsere Wege waren gesäumt mit Kadavern von Kamelen und Pferden, ferner mit den Trümmern abgeschossener sowjetischer Hubschrauber und Panzer sowie ausgebrannter Lastwagen der Russen."

Freudlosigkeit zeichnet das Gesicht des Mannes, der eigentlich Anlaß zur Zufriedenheit hätte. Doch da ist noch etwas anderes, was ihn bewegt. „Der Mangel an Nahrungsmitteln ist in Afghanistan groß ... Wo keine Menschen mehr leben, wird nichts angebaut. Da gibt es für Vorbeiziehende nichts zu ernten, nichts zu kaufen und nichts zu essen ..."

„Manchmal habe ich mich gefragt", sagt der Arzt leicht verzweifelt, „warum ich dies alles tue, ertrage und auf mich nehme." „Meist waren die Afghanen Anlaß zu Enttäuschungen, Ärger und Zweifeln. Die sind mutig, tapfer, genügsam und stark, aber auch egoistisch, streitsüchtig und uneinsichtig. Doch wenn wir ihnen nicht helfen – wer soll es dann tun?"

(Konto des Afghanistan-Komitees: Sparkasse Bonn 9010).

Als Tito den Geheimdienstchef stürzen wollte

Von C. G. STRÖHM

Nicht nur in Polen, sondern auch in anderen kommunistischen Staaten ist die Rolle von Geheimdienst und Geheimpolizei in jüngster Zeit ins Zwielicht geraten. Dabei stellt sich nicht erst seit der Ermordung des Priesters Popieluszko heraus, daß es durchaus mehrere parallele Geheimpolizeien im gleichen Staat geben kann, die zum Teil gegeneinander arbeiten. In Jugoslawien hat jetzt einer der führenden Geheimpolizisten Titos, der ehemalige Chef der Spionageabwehr Ozna, spätere Innenminister Kroatiens und Parlamentspräsident des kroatischen Landtags, Ivan Krajacic-Stevo, öffentlich über gegeneinander gerichtete Aktionen zweier jugoslawischer kommunistischer Geheimdienste berichtet.

Im Jahre 1966, so schildert Krajacic in einem Interview für die Zagreber KP-Zeitung „Vjesnik", habe Tito ihn beauftragt, mit Hilfe der Geheimpolizei der Teilrepublik Kroatien den Obersten Geheimdienst- und Polizeichef ganz Jugoslawiens, Aleksandar Rankovic, zu stürzen. In geheimer Mission und ohne daß die jugoslawische Bundespolizei davon Wind bekommen durfte, entsandte Krajacic – der als Parlamentspräsident in Zagreb noch über ausgezeichnete Verbindungen zu seinen alten Kollegen und Schülern im Geheimapparat Kroatiens verfügte – zwei kroatische „Experten" nach Belgrad. Einer von ihnen war zugleich Pilot und steuerte das Flugzeug, das „illegal" (so Krajacic) zu nächtlicher Stunde in Belgrad landete. Die „Experten" suchten und fanden die geheimen Mikrofone und Abhöranlagen, die Polizeichef Rankovic in den Amts- und Privatgemächern Titos installiert hatte. Auf diese Weise bekam Tito jenes Beweismaterial in die Hand, durch das Rankovic und sein Polizeiapparat überführt und gestürzt werden konnten.

Krajacic schildert, wie er und seine kroatischen Geheimpolizisten die Parteiführung und Tito vor etwaigen „Schweinereien" (so Krajacic) der jugoslawischen Bundes-Geheimpolizei schützen mußten. Der kroatische Alt-Geheimdienstler veranlaßte Tito, die entscheidende ZK-Sitzung, auf der die Absetzung des Aleksandar Rankovic beschlossen werden sollte, nicht in Belgrad, sondern auf Titos Ferien-Insel Brioni in der Adria abzuhalten – weil auf der Insel eine bessere Überwachung der Teilnehmer möglich war. Zur Sicherheit und „auf alle Fälle" änderte Tito seine sonst übliche Reiseroute nach Brioni und fuhr eine Umleitung. Den Begleitschutz für den jugoslawischen Partei- und Staatschef übernahm Ivan Krajacic-Stevo mit seinen Leuten aus dem kroatischen „Republik-Sekretariat für innere Angelegenheiten".

Bei der Rivalität zwischen dem in der Partei weitaus ranghöheren Serben Rankovic und dem Kroaten Ivan Krajacic spielten auch nationale Momente eine Rolle. Noch heute beschuldigt der kroatische Geheimdienstler den damals gestürzten und inzwischen verstorbenen gesamtjugoslawischen Geheimdienstchef, unter dem Einfluß „groß-serbischer Kreise" gestanden zu haben.

Folge des Brioni-Plenums 1966 war eine vollkommene Umkrempelung der von Rankovic geführten und mit seinen Leuten durchsetzten jugoslawischen Bundes-Geheimpolizei. Von einer Abschaffung der Geheimpolizei an sich konnte aber keine Rede sein: An die Stelle der Rankovic-Leute traten die Krajacic-Leute, die womöglich noch besser geschult waren.

Ivan Krajacic, Jahrgang 1906, ist heute längst in Pension und gehört nur noch dem „Rat der Föderation", einer beratenden Altherren-Riege, an. Ihn wurmt aber, daß ein anderer jugoslawischer Altkommunist, der bekannte Historiker und Tito-Biograph Vladimir Dedijer, ihn öffentlich als einen „ehemaligen sowjetischen Spion" bezeichnet hat. Er sei, so sagt Krajacic jetzt, kein sowjetischer Spion gewesen. Seine Verbindungen zum sowjetischen Geheimdienst habe er lediglich auf Befehl Titos und der jugoslawischen Partei unterhalten. Allerdings – zu jener Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, als Krajacic der illegalen KP Jugoslawiens beitrat, waren alle Kommunisten seines Kalibers faktisch sowjetische Agenten.

Seerecht: Kein Ost-West- und kein Nord-Süd-Konflikt

Der Fahrplan für Bonn scheint klar zu sein: Man wird die UNO-Seerechtskonvention nicht unterzeichnen, einer Unterzeichnung durch die EG aber kein Veto entgegenstellen. Heute und morgen berät der Ministerrat.

Von HEINZ HECK

Als „größten Landraub zu Wasser in der Geschichte der Menschheit" hat der CDU-Abgeordnete und Seerechtsexperte Peter Kittelmann die 3. Seerechtskonferenz scherzhaft, aber zutreffend bezeichnet. Fast ein Jahrzehnt lang haben sich Vertreter aus über 160 Teilnehmerstaaten in einer Mammutkonferenz bemüht, rund 70 Prozent der Erdoberfläche – die Meere – neu zu verteilen und zu ordnen.

In dieser Zeit führte die „bedeutendste internationale Konferenz, die je stattfand", (so der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger) nicht nur in der Bundesrepublik ein Schattendasein. Auch die Bundesregierung hat sie allzu lange sträflich vernachlässigt. Schlagzeilen waren ihr erst sicher, als sich in Bonn ein Koalitionskonflikt über die Frage „Zeichnung – ja oder nein?" anbahnte. Mit der Vorentscheidung der Koalition vom vergangenen Dienstag scheint er beigelegt zu sein.

Dabei gibt es in Bundesregierung und Koalition, auch in der SPD-Opposition, keine großen Meinungsverschiedenheiten über die Bewertung der Konferenzergebnisse, wohl über die Gewichtung und das weitere taktische Vorgehen.

Die Bundesrepublik, das weiß man seit langem, gehört zu den Verlierern der Konferenz. Dafür gibt es auch natürliche Ursachen, zum Beispiel die kurze Küste. 80 Langküstenstaaten bildeten eine übermächtige Allianz. Die Ausdehnung des Küstenmeeres (Hoheitsgebiet des Küstenstaats) auf zwölf und der ausschließlichen Wirtschaftszone auf weitere 188 (zusammen also 200) Seemeilen war bei Konferenzbeginn 1973 nicht mehr verhandlungsfähig.

Obwohl die Initiatoren der Konferenz unter dem hehren Motto angetreten sind, „das gemeinsame Erbe der Menschheit" zu schützen und allen zugänglich zu machen, ist das paradoxe Vorwegergebnis, daß mit den Wirtschaftszonen und den bis zu 350 Seemeilen breiten Festlandsockelzonen rund 40 Prozent der Weltmeeresfläche „nationalisiert" wurden.

Es geht um die verbleibenden 60 Prozent

Uwe Jenisch, Seerechtsexperte des Kieler Wirtschaftsministeriums, hat die wirtschaftliche Dimension dieser Umverteilung in wenigen Zahlen skizziert: „Diese Seegebiete enthalten 80 bis 90 Prozent der Weltfischbestände, mehr als 90 Prozent der Kohlenwasserstoffvorkommen, deren jährliche Produktion zur Zeit einen Wert von 140 Milliarden Dollar repräsentiert, der weit über das hinausgeht, was der Tiefseebergbau in absehbarer Zeit erwirtschaften könnte."

Mit dieser Vorverteilung muß sich das deutsche Interesse zwangsläufig auf die verbleibenden 60 Prozent der Hohen See und den dort zu regelnden Meeresbergbau konzentrieren – dies auch deshalb, weil die Bundesrepublik zu den wenigen Staaten gehört, deren Unternehmen in den letzten Jahren die Gewinnungstechnik erfolgreich entwickelt haben.

Doch die Zukunftschancen werden mit der Meeresbodenregelung der Konvention zugeschüttet, bevor man richtig damit begonnen hat, die Schätze aus der Tiefe zu heben – dies zum vermeintlichen Vorteil einer Handvoll Bergbaustaaten, die sich durch die Gewinnung der auch Nikkel, Kupfer und Kobalt enthaltenden Manganknollen wirtschaftlich bedroht sehen. Hauptnutznießer dieser neuen, sich am Landbergbau orientierenden Regelung wären vor allem Industrieländer wie Kanada, Australien und die Sowjetunion; daneben ein paar Entwicklungsländer.

Dritte Welt stimmte gegen eigenes Interesse

Damit wird zugleich deutlich, daß es hier nicht um die „einfachen", klassischen Ost-West- oder Nord-Süd-Konflikte und -gegensätze geht. Die Interessenverflechtung ist weit komplizierter. Die Koalitionen bilden sich nach Kriterien wie kurze oder lange Küste, Festlandsockel, Interesse und Know-how im Meeresbergbau oder eigene Bergbauproduktion.

Wenn dennoch die Entwicklungsländer in ihrer überwältigenden Mehrheit der Konvention auch gegen ihre wohlverstandenen Eigeninteressen zustimmen, so deshalb, weil hier „erstmals wesentliche ordnungspolitische Stützen einer 'Neuen Weltwirtschaftsordnung' völkerrechtlich" verankert werden sollen, wie es in einer Studie des Kieler Weltwirtschaftsinstituts heißt.

Denn den rohstoffimportierenden Entwicklungsländern müßte ebenso wie der Bundesrepublik und anderen Rohstoffhabenichtsen an einem florierenden Meeresbergbau gelegen sein, wenn sie sich strikt an ihrer eigenen Interessenlage orientierten. Doch hier kommt ein strategisches Element ins Spiel: Alles, was das Meeresbergbauregime an Dirigismus enthält, würde nach Inkrafttreten der Konvention (dazu müssen 60 Staaten ratifiziert haben) gleichsam „an Land" gebracht, also erneut und mit dem Nachdruck des erzielten Verhandlungserfolgs auch im Außenhandel, für die Industrieproduktion usw. gefordert werden. Daher schließt sich eine Art Cordon Sanitaire um die Dritte Welt mit dem Ziel, diese dirigistischen Errungenschaften zu retten.

Und es steckt eine ganze Menge Dirigismus in dem Meeresbergbauregime, zum Beispiel:

- Obligatorischer Transfer technischen Wissens an ein Unternehmen der Meeresbergbaubehörde („enterprise") sowie an einzelne Entwicklungsländer.
- Abgaben privater Unternehmen an die Behörde in einem Ausmaß, das einen wirtschaftlichen Tiefseebergbau praktisch ausschließt.
- Diskriminierung privater Unternehmen zugunsten des „enterprise" und staatlicher Unternehmen.
- Keine hinreichende Absicherung der Interessen der wichtigsten Rohstoffbezieher, Technologielieferanten und mutmaßlichen Beitragszahler im Willensbildungsprozeß der Behörde.
- Eine aufgeblähte internationale Bürokratie, deren Funktionsfähigkeit zweifelhaft erscheint.

Schließlich stellt die in der Konvention vorgesehene Revisionskonferenz, die nach Jahren über das Schicksal des Tiefseebergbaus mit Dreiviertelmehrheit endgültig – und auch für überstimmte Staaten verbindlich – entscheiden soll, ein Damoklesschwert dar, das bereits heute die langfristigen Investitionsentscheidungen negativ beeinflußt.

Doch gibt es auch Aktivposten in der Konvention. Positiv ist zu werten, daß ungeachtet der massiven Ausdehnung der Wirtschaftszonen auch dort die traditionellen Freiheiten der Hohen See (wie Schiffahrt, Überflug, militärische Nutzungen) erhalten bleiben. Ferner soll auch in Meerengen, deren Zahl durch die 200-Meilen-Zone beträchtlich zunimmt, weiter das Recht auf ungehinderte Durchfahrt und Überflug gelten. Weniger günstig sind die Bestimmungen zum Umweltschutz, da auch hier Nationalisierungstendenzen durchschlagen, wo eine internationale Regelung besonders sinnvoll, ja zwingend wäre. Bei den akzeptablen Bestimmungen handelt es sich jedoch weitgehend nur um die Bestätigung und Festschreibung von bisherigem Völkergewohnheitsrecht.

Das Auswärtige Amt sieht in dem Abkommen „eine umfassende Regelung aller Rechtsverhältnisse und Nutzungsrechte am Meer ..., die wichtige Fortschritte beinhaltet", und plädiert daher für Zeichnung. Mit der Zeichnung würde Bonn Mitglied der Vorbereitungskommission. Diese hat zwar kein Mandat, die Konvention zu ändern. Außenminister Genscher hat jedoch die Hoffnung, daß „durch die Ausführungsregelungen ... Verbesserungen bewirkt werden" könnten, wie er jetzt an Parteifreunde geschrieben hat.

Ein deutlicheres Signal des Widerspruchs

Das Meeresbodenregime ist nicht nur nach Auffassung des Wirtschaftsministeriums das neue Völkerrecht der Konvention „mit radikal neuen Ansätzen gegenüber dem bisherigen Weltwirtschaftsrecht. Es hat daher mehr Gewicht als die übrigen Teile."

Die Gegner der Zeichnung plädieren für „konzertiertes Draußenbleiben", um sich gemeinsam mit den USA und Großbritannien (die drei Länder stellen rund 40 Prozent des Beitragspotentials) um Verbesserungen zu bemühen.

Zweifellos kann so ein deutlicheres Signal des Widerspruchs gegeben werden. Der Vorbehalt, mit dem Genscher die Zeichnung verbinden will, hätte dagegen keine vergleichbare Wirkung. „Über die rechtliche Unverbindlichkeit eines solchen Vorbehalts besteht Einigkeit", hat Rolf Rodenstock, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, in einem Brief an den Kanzler geschrieben.

Bereits in den siebziger Jahren standen die drei nicht zur Zeichnung bereiten Länder in einer für die Weltwirtschaft ähnlich entscheidenden Frage, der Rohstoffpolitik, einer ebenso großen Mehrheit gegenüber. Auch damals plädierte Genscher für Bonns Zustimmung zum Integrierten Rohstoffabkommen mit Fonds und ähnlich viel Dirigismus. Sein Votum scheiterte am SPD-Kanzler und am SPD-Finanzminister. Der Widerstand der drei großen Industrieländer hat letztlich dazu geführt, daß in der Rohstoffpolitik eine vergleichsweise harmlose Regelung beschlossen wurde. Seither haben die Entwicklungsländer in manchen Fragen zu realistischeren Ansätzen gefunden.

Begriff Aussöhnung existiert im Kommunismus nicht

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Wie schwierig das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen auch heute noch ist, haben die Ereignisse um den abgesagten Besuch des Bundesaußenministers in Warschau bewiesen. Da nun von maßgeblicher Bonner Seite immer wieder die Notwendigkeit einer „Aussöhnung" zwischen Deutschland und Polen betont wird, muß man allerdings genau analysieren, was unter diesem Begriff zu verstehen ist.

Zunächst einmal: Die amtliche polnische Seite spricht, wenn von den Beziehungen zur Bundesrepublik die Rede ist, niemals von „Aussöhnung". Dieser Begriff läuft nämlich der marxistisch-leninistischen Ideologie zuwider, für welche die Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftordnung nur eine besondere Variante des Klassenkampfes auf internationaler Ebene sein kann. Schon Lenin kritisierte seine politischen Gegner als „Versöhnler". Der Begriff „Aussöhnung" existiert also im kommunistischen Sprachgebrauch entweder gar nicht oder nur als Schimpfwort.

Bundeskanzler Kohl erinnerte im Zusammenhang mit der Bonner Aussöhnungspolitik an die Geste von Verdun, wo der französische Staatschef und der deutsche Regierungschef Hand in Hand vor den Gräbern der Gefallenen beider Völker standen. Es ist aber undenkbar, daß General Jaruzelski oder irgend ein anderer kommunistischer Führer Polens sich zu einer solchen oder ähnlichen Geste bereit finden könnte. Die antideutsche Propaganda ist noch heute eine der wichtigsten Stützen des polnischen Regimes, das sich – zumal es sich ja nicht einmal mit seiner eigenen Bevölkerung aussöhnen konnte und wollte – auch zu einer großen *Geste nach außen als* unfähig erweist. Es ist eine Frage des Systems, das den Polen nach 1945 von der Sowjetmacht aufgezwungen wurde.

Das schließt die Möglichkeit nicht *aus, mit dem gegebenen polnischen* kommunistischen Regime und seinen jeweiligen Machthabern „normale" Beziehungen zu pflegen. Die Normalität der Warschauer Beziehungen zur Bundesrepublik wird allerdings in starkem Maße von der Normalität oder Unnormalität der inneren Zustände in Polen bestimmt. Diese entziehen sich aber weitgehend deutscher oder westlicher Einwirkungen.

Wenn nun die Bonner Seite sich diesem Regime unter dem Motto „Versöhnung" nähert, die polnischen Kommunisten dagegen unter der Parole des internationalen Klassenkampfes gegen Imperialismus, Revanchismus, Revisionismus und Antikommunismus vorgehen, wird das Verhältnis höchst einseitig bleiben. Ein namhafter polnischer Intellektueller sagte vor einigen Tagen zu einem deutschen Gesprächspartner: „Ihr habt Euch zu billig an Jaruzelski verkauft". Natürlich habe man in Polen – bei der Bevölkerung – Verständnis dafür, daß die Bundesrepublik die „Verhandlungskanäle" nach Osten offenhalten wolle. Aber man gewinne den Eindruck, daß die polnischen Kommunisten der Meinung seien, die Deutschen seien National-Masochisten. Es genüge, sie kräftig zu treten und zu beschimpfen, um anschließlich von Bonn alle *möglichen wirtschaftlichen und politischen* Vorteile zu erhalten.

Es ist richtig, daß Bonn sich seine internationalen Verhandlungspartner nicht aussuchen kann. Es muß

DIE ● ANALYSE

die polnische Regierung nehmen wie sie ist. Indem man aber die Möglichkeiten und Grenzen dieser Beziehung gründlich analysiert und nicht einer vorschnellen Rhetorik erliegt, erspart man sich Enttäuschungen und auch die Gefahr eines gewissen Selbstbetrugs.

Auf keinen Fall stellt der von offizieller Warschauer Seite immer wieder unternommene Versuch, die Bundesrepublik politisch in einen Zustand minderen Rechts und erhöhter Schuldhaftigkeit zu halten sowie alle möglichen Bedingungen zu stellen und gleichzeitig wie selbstverständlich großes wirtschaftliches und politisches Entgegenkommen zu verlangen, eine tragfähige Grundlage für ein vernünftiges politisches Verhältnis zwischen beiden Staaten dar. Auch eine „Aussöhnung" gegen bare Kasse und Kredite würde wohl kaum den Ansprüchen gerecht. Es klingt geradezu absurd, wenn etwa das Warschauer Regime von der Bundesrepublik auch noch eine „Entschädigung" für die nach Verkündigung des Kriegsrechts eingeführten Sanktionen des Westens verlangt.

Ähnlich verhält es sich mit der Grenzfrage. Obwohl die Bundesrepublik und Polen keine unmittelbaren Nachbarn sind – dazwischen liegt die „DDR" – und obwohl in Deutschland niemand, nicht einmal die Vertriebenen, irgendeine Grenze gewaltsam ändern möchte, wird von Warschau immer wieder das Revanchismus-Gespenst aus dem Sack geholt. Oft geschieht das aus innenpolitischen Gründen. Bonn braucht hier nur seinen Standpunkt zu bekräftigen, daß niemand an eine Grenzrevision auf Kosten Polens denkt, daß andererseits aber gewisse Rechtspositionen – vor allem die deutsche Staatsbürgerschaft von Menschen aus den ehemals deutschen Ostgebieten – *nicht ohne friedensvertragliche* Regelung aufgehoben werden können.

Die eigentliche Versöhnung aber muß sich nicht so sehr zwischen Regierung, sondern zwischen den Nationen vollziehen. Hier gibt es paradoxe Erscheinungen: Genscher, die Bundesrepublik und die Deutschen waren in weiten Kreisen der polnischen Gesellschaft und Öffentlichkeit noch nie so beliebt, wie nach der Absage des Besuchs. Die Eilfertigkeit, mit der manche westliche Politiker ins offizielle Warschau pilgern, wird nämlich von vielen Polen gar nicht *gutgeheißen. Die Opposition* – und zu ihr zählen in Polen viele Millionen Menschen – sieht darin eine Gefahr: Daß nämlich das Regime sich auf Kosten der Menschen und um den Preis einer „Normalisie*rung" ohne* Normalität mit dem Westen arrangieren könnte.

So wie die polnischen Kommunisten sich das Recht herausnehmen, im Westen zwischen „Fortschrittlichen" und „Reaktionären", zwischen „Imperialisten" und „Realisten" zu unterscheiden, muß natürlich auch der Westen die Unterschiede innerhalb Polens unterscheiden dürfen. Da gibt es das Spektrum von Lech Walesa bis Jaruzelski, von der katholischen Kirche bis zur Kommunistischen Partei. Niemand kann westlich-demokratischen, dazu noch liberalen, christlich-demokratischen und sozialdemokratischen Politikern verbieten, den Bestrebungen gleichgesinnter Menschen in Polen mit *Sympathie zu begegnen.*

Solange es in Polen neben dem offiziellen Regime eine breite, wenn auch zur Zeit unterdrückte Bewegung der Opposition gibt, werden Polens Beziehungen zum Westen und auch zur Bundesrepublik ambivalent sein müssen. Insofern ist das „unnormale" Verhalten des Warschauer Regimes am Vorabend der geplatzten Genscher-Reise lediglich ein Beweis dafür, daß die Lage in Polen selber und innerhalb der polnischen Führungsspitze zur Zeit nicht normal ist.

Von Brauchitsch nennt Vorwürfe „infam"

AP, **Düsseldorf**

Als „geradezu infam" hat der frühere Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch Berichte der „Rheinischen Post" zurückgewiesen, wonach *Zuwendungen des Konzerns an die SPD* nach den Unterlagen der Staatsanwaltschaft in engem Zusammenhang mit einer angeblichen Einflußnahme der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf die umstrittene Steuerbefreiung für den Konzern in den 70er Jahren stehen.

Die Interessenlage von Flick und der Düsseldorfer Regierung sei in bezug auf die Umstrukturierungspläne des Konzerns „geradezu identisch" gewesen, erklärte von Brauchitsch in *Radio Luxemburg.* So hätte sich Nordrhein-Westfalen eine „erhebliche Verbesserung" der Steuereinnahmen und der Arbeitsplatzsituation versprochen. Deshalb seien Ministerpräsident Rau und Finanzminister Posser „selber daran interessiert" gewesen, „auf die Eilbedürftigkeit der 6b-Flick-Entscheidungen in Bonn einzuwirken", erklärte von Brauchitsch.

Ein Düsseldorfer *Regierungssprecher* wies den Bericht der Zeitung als „absolut unseriöse Vermischung von Vermutungen" zurück. Alle Mutmaßungen in dieser Richtung seien „völlig haltlos". In ihrer Samstagsausgabe berichtete die „Rheinische Post", Rau, Posser und Wirtschaftsminister *Jochimsen müßten wahrscheinlich* vor dem Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages aussagen.

Nach einem Bericht der „Westfälischen Rundschau" vom Samstag ist die Bonner Staatsanwaltschaft auf eine weitere „Geldwaschanlage" gestoßen, über die Spendenbeträge in Millionenhöhe unversteuert an die CDU geflossen sein sollen. Dabei handelt es sich nach Angaben des Blattes um die gemeinnützige „Studiengesellschaft für Mittelstandsfragen e. V." (SGM) in Krefeld. Gegen den SGM-Vorstand und Krefelder CDU-Bundestagsabgeordneten Hansheinz Hauser seien bereits Ermittlungen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung eingeleitet worden.

Warnung vor Kurzatmigkeit in der deutschen Frage

Wolfgang Leonhard prophezeit Wandlungen im Osten

AXEL SCHÜTZSACK, **Bonn**

Sind die Deutschen dabei, die Stabilität der Sowjetunion, Osteuropas und der „DDR" als etwas für alle Zeit Gegebenes anzusehen? Diese provozierende Frage stellte der Ostexperte Professor Wolfgang Leonhard auf einer Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Bonn, die dem Thema gewidmet war: „Die deutsche Frage in internationaler Sicht". Leonhard gab auch gleich die Antwort: „Wenn man die Geschichte der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges überblicke, müsse man feststellen, daß es in dieser Zeit „eine unglaubliche Menge an Wandlungen" gegeben habe. Alles spreche dafür, *daß in den kommenden Jahren* weitere große Wandlungen bevorstünden.

Leonhard stellte damit die von Horst Ehmke vertretene Auffassung in Frage, daß die Deutschen sich mit der Teilung und den Nachkriegsgrenzen, einschließlich der innerdeutschen Grenze abzufinden hätten, weil ein übereinstimmendes Interesse in Ost und West an der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa bestehe. Im Ausland wachse die Sorge um die unruhigen Deutschen, da durch die Aktualisierung des Problems der deutschen Teilung der Status quo in Europa wieder in Frage gestellt werde. Die Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti, daß es zwei deutsche Staaten gäbe und dies *auch in Zukunft so bleiben solle* spiegele die Auffassungen der Nachbarstaaten des geteilten Deutschland und der Verbündeten der Bundesrepublik wider.

Unwidersprochen blieb die von Ehmke vertretene These freilich nicht, daß keiner der europäischen Nachbarstaaten Deutschlands an einer Änderung des derzeitigen Status quo interessiert sei. Staatminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt zitierte als Gegenbeweis Charles de Gaulle, der unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß die Politik der Staaten von nationalem Eigeninteresse bestimmt würde, erklärt habe, es liege nicht im nationalen Interesse Frankreichs, daß sowjetische Truppen nur wenige hundert Kilometer von der Landesgrenze entfernt stationiert seien. Es liege auch nicht im nationalen Interesse seines Landes, daß durch die Teilung Deutschlands an der Ostgrenze Frankreichs ein dauernder potentieller politischer Unruheherd existiere.

Gewarnt wurde aus dem Auditorium vor Kurzatmigkeit in der deutschen Frage. Kurzfristige Lösungen seien nicht in Sicht. Mit einer Politik des „What can we do now?" sei in der ungelösten Deutschland-Frage nichts zu erreichen. Wer die sprichwörtliche Geduld des Ostens kenne, wisse auch, daß man sich auf lange Zeiträume einrichten müsse.

Mertes hält es für möglich, daß die Sowjetunion ihre Deutschland-Politik neu durchdenkt, wenn der Kreml alle Illusionen verloren habe, daß es gelingen könne, die Bundesrepublik von ihren Verbündeten zu trennen.

Vorläufig werde aber von der Sowjetunion eine Sicherheitspolitik vertreten, die jede Bewegung in der deutschen Frage ausschließe. Mertes wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Sowjetunion unter dem „Begriff der Sicherheit" etwas anderes als der Westen verstehe.

Auch wenn man angesichts der Erfahrungen der Sowjets im letzten Weltkrieg Verständnis für ein sensibles Sicherheitsbedürfnis der Russen haben müsse, so kann nach den Worten von Mertes jedoch nicht akzeptiert werden, daß die Sowjetunion die Befriedigung ihres Sicherheitsbedürfnisses mit der Unterdrückung anderer Völker erkauft.

„Kampf um Freiheit aller Deutschen"

Reden über das eigene Land / Franz Josef Strauß in den Münchner Kammerspielen

PETER SCHMALZ, **München**

Angekündigt wurde „ein Mann in seinem Widerspruch", dem – so der Journalist Hans Heigert in seiner Vorrede – „die starken Worte leicht über die Lippen gehen, der aber, wenn es brenzlig wurde in der Nachkriegsgeschichte, still und besonnen war", ein Mann, der „häufig recht behalten, *aber oft nicht Recht bekommen hat*": Franz Josef Strauß sprach gestern in den Münchner Kammerspielen als Schlußpunkt der Reihe „Reden über das eigene Land: Deutschland". Und es trat einer auf die Bühnenbretter, der nach eigenem Bekunden „zwar mit einiger Sorge, aber nicht ohne Zuversicht der Zukunft unseres Volkes entgegenblickt".

Er kam als studierter Historiker sowie als praktizierender Politiker und servierte wie keiner seiner Vorredner (Brandt, Augstein, Schily, Herzog) ein kompaktes Bündel konzentrierter Gedanken zur vergangenen, gegenwärtigen und künftigen Geschichte der Deutschen.

Aussteiger-Politik

Mit Beispielen aus der Blütezeit deutscher Geschichte im Mittelalter belegte Strauß den Gedanken, die Deutschen seien ein untrennbarer Bestandteil der europäischen *Geschichts- und Kulturgemeinschaft,* ihre geschichtliche Entwicklung habe aber wegen ihrer geographischen wie machtpolitischen Mittellage und wegen ihrer zahlenmäßigen Größe im Unterschied zu west- und nordeuropäischen Völkern nicht zu einem einheitlichen Nationalstaat geführt.

So weit fand der Redner noch Zustimmung. Schwieriger wurde für viele der meist jungen Zuhörer, die Strauß-These über Moral und Nazi-Regime zu akzeptieren. Die Verbrechen dieser Gewaltherrschaft, von denen – so Strauß – „kein Jota geleugnet oder beschönigt werden soll, haben die moralische Substanz des deutschen Volkes nicht zerstört und seine Zugehörigkeit zur europäischen Kultur und Wertegemeinschaft nicht in Frage gestellt".

Unruhe und Unbehagen wurden spürbar in den Sitzreihen, wo kürzlich noch Brandt und Schily mit Begeisterung gefeiert wurden, bei den Überlegungen zum neu aufkeimenden Irrationalismus einer deutschen *Aussteigerpolitik.* „*Wiederum*", so Strauß, „scheint eine Art pseudofaustischer Unruhe die Deutschen zu ergreifen. Offensichtlich schwindet die Bereitschaft zum vernünftigen Argument und zum sachgemäßen Kompromiß." Dennoch aber gingen die Buh-Rufe im Beifall unter, als der Redner die Grünen als eine Bewegung qualifizierte, die geleitet seien von Kräften, „denen es in erster Linie gar nicht um unsere Wälder und um den Frieden geht, sondern, die einen anderen Staat wollen".

Der Staat, den Strauß will, ist der, der auf den Grundlagen der von Adenauer eingeleiteten Westintegration seinen „geschichtlichen und moralischen Platz unwiderruflich an der Seite der freien Völker Europas" gefunden hat, die geschichtliche Entscheidung zu Gunsten der freiheitlichen Rechts- und Wertordnung des Westens und der gewaltenteilenden parlamentarischen Demokratie dürfe *durch nichts und niemanden ins* Zwielicht gerückt werden.

Hieraus aber leitet Strauß auch die Vorgabe für eine Wiedervereinigung ab. Hatte Brandt eine Woche zuvor am selben Ort die deutsche Frage als nicht mehr offen und damit den Wunsch nach Wiedervereinigung als aufgegeben erklärt, so beharrte der CSU-Vorsitzende gestern: „Die deutsche Frage ist völkerrechtlich offen. Hier bestehen rechtliche und politische Vorgaben, die nicht zur Diskussion gestellt werden können."

Die deutsche Frage sei nicht nur ein Anliegen der Deutschen, sondern eine politische und moralische Verpflichtung des Westens, aufgeregte Spekulationen und dramatisierende Äußerungen zur Deutschlandpolitik seien daher stets alles andere als hilfreich gewesen, was für das „dramatische und überflüssige Gerede" im Vorfeld des Honecker-Besuches ebenso gelte wie „für die skandalösen und jede Solidarität verratenden Äußerungen" des italienischen Außenministers Andreotti.

Strauß forderte eine „aktive Deutschlandpolitik, die nicht nur die deutsche Frage völkerrechtlich offenhält, sondern alle Möglichkeiten wahrnimmt, das innerdeutsche Verbindungsgeflecht zu stärken und schrittweise Verbesserungen zu erreichen".

Blick in die Zukunft

Da wir aber, so der Redner, wieder lernen müssen, langfristig in geschichtlichen Dimensionen zu denken, versagte er sich gestern auch nicht einen Blick in die deutsche Zukunft. Und da tauchte bei ihm die Vision eines mehr ideell als national wiedervereinigten Deutschlands auf. Ihm geht es in erster Linie weniger um einen wiedervereinigten Nationalstaat, als um Selbstbestimmung und Freiheit für alle Deutschen. Er könnte sich dann offenbar eine staatliche Grenze zwischen den Deut*schen vorstellen, die nicht tragischer* und nicht einschneidender wäre als jene zwischen Bayern und Österreich. „Deshalb", so Strauß, „ist der politische Kampf der Deutschen um die Einheit ihrer Nation in erster Linie ein Kampf um die Freiheit für alle Deutschen."

Neu ist dieser Gedanke bei ihm allerdings nicht. Schon vor 26 Jahren meinte er in einer Bundestagsrede, es gehe weniger um die Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, als es vielmehr das Herzensanliegen der Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände in der „DDR" sei.

Schweiz kontrolliert Ostblock-Transporter

AP, **Bern/Freiburg**

Nach dem Wirbel um einen sowjetischen Lastwagen im vergangenen Sommer scheint die Schweiz dem Schwerverkehr aus osteuropäischen Staaten vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken. Für die am Freitag zu Ende gegangene viertägige Truppenübung „Cassius" seien Überwachungsmaßnahmen bei Schwerverkehrstransporten aus Osteuropa angeordnet worden, bestätigte Bundesanwaltssprecher Josef Hermann.

Aufgrund der bisherigen Auswertung gebe es „keine Hinweise auf eine Schwerpunktaktion von Ostblockdiensten", sagte der Sprecher. Es sei jedoch noch „verfrüht", Ergebnisse der Überwachung bekanntzugeben. Hermann bestritt in diesem Zusammenhang, *daß am Mittwoch* im Großen Moos bei Treiten im Kanton Bern Insassen eines „DDR"-Lastwagens, mit Teleobjektiven ausgerüstet, Manöverszenen fotografiert hätten.

ZdK vertagt Beschluß zur Ausländerpolitik

AP, **Bonn**

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat die Entscheidung, ob es eine Begrenzung für das Nachzugsalter von Ausländerkindern geben soll, nach mehrstündiger kontroverser Diskussion dem geschäftsführenden Ausschuß übertragen. Er soll Änderungsanträge in die ursprünglich für den vergangenen Samstag geplante Erklärung zur Ausländerpolitik einarbeiten. Die Neufassung der Erklärung soll jetzt am 21. Dezember verabschiedet werden. Die Debatte des ZdK war offenbar von einer vor wenigen Tagen veröffentlichten Stellungnahme der katholischen Deutschen Bischofskonferenz beeinflußt worden. Darin hatten sich die Bischöfe gegen eine Begrenzung des Nachzugsalters ausgesprochen.

Blüm: Kostendämpfung nicht auf der Strecke geblieben

Kompromiß zur Reform der Krankenhausfinanzierung

PETER JENTSCH, **Bonn**

Der Streit zwischen Bund und Ländern um die Reform der Krankenhausfinanzierung ist beigelegt. Nach einer zweiten Gesprächsrunde zwischen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am Donnerstag und nach zähen Abstimmungsverhandlungen zwischen dem Arbeitsministerium, den Län*dern und den Regierungsfraktionen* wurde am Wochenende der Durchbruch erreicht. Blüm zur WELT: „Das ist ein Kompromiß, bei dem die Kostendämpfung nicht auf der Strecke geblieben ist, sondern der besonders im Pflegesatzrecht neue Instrumente geschaffen hat."

An zwei Problemen drohte die Reform des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) zu scheitern: an der Frage der Mitverantwortung der Kas*sen für die unter Länderhoheit stehende* Krankenhausbedarfsplanung und für Investitionsprogramme sowie an der Frage des Einflusses der Kassen auf die (wirtschaftlichere) Gestaltung der Pflegesätze.

Blüm gab im ersten Punkt *nach.* Die Länder behalten die Entscheidungshoheit über die Bedarfsplanung und über Investitionsprogramme mit der Einschränkung (Paragraph 7 KHG), daß in dieser Frage „eine einvernehmliche Regelung zwischen den unmittelbar Beteiligten anzustreben" ist. Die Letztentscheidung über Krankenhaus- und Bettenbedarf oder die Anschaffung von teuren Apparaten bleibt damit zwar den Ländern erhalten, aber die Krankenkassen müssen zumindest gefragt und eine „einvernehmliche Regelung" soll erzielt werden.

Im Zuge der Verhandlungen hatte Blüm darauf verzichtet, auf der „freien Vertragsgestaltung" zwischen Kassen und Krankenhäusern zu beharren. Dafür konnte er zwei wesentliche Forderungen durchsetzen: Die Pflegesätze werden künftig „voraus*kalkuliert". Das heißt,* sie werden nicht mehr auf der Basis der Kosten des vergangenen Jahres für das neue Jahr hochgerechnet. Diese Zukunftsprojizierung eröffnet den Kassen zum Beispiel die Möglichkeit, die Anschaffung neuer technischer Geräte zu torpedieren, weil sie die Kosten nicht über den Pflegesatz abzurechnen brauchen. Gleichzeitig wird den Kliniken die Chance eröffnet, bei sparsamem Wirtschaften Ge*winne zu behalten. Die neutrale* Schiedsstelle, die bei Pflegesatz-Streitigkeiten zu entscheiden hat, wird mit einem Beamten besetzt, der „in Ausübung seines Amtes nicht an Weisungen gebunden" ist.

Lafontaine wirbt um grüne Wähler

Parteitag nominiert saarländischen SPD-Chef mit großer Mehrheit zum Spitzenkandidaten

PETER PHILIPPS, **Saarbrücken**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat auf dem Landesparteitag in Saarbrücken seine Partei dazu aufgefordert, sich nicht „grüner zu geben als andere, sondern herauszufinden aus einer nicht weit zurückliegenden Vergangenheit, als man glaubte, Umweltschutz gegen Arbeitsplätze ausspielen zu müssen". Wenn der kurz zuvor von den 384 Delegierten mit nur vier Gegenstimmen offiziell zum Spitzenkandidaten für die kommende Land*tagswahl am 10. März gewählte Oskar* Lafontaine „gewinnt, dann bedeutet dies auch den Beginn einer Umgruppierung der politischen Gewichte in der Bundesrepublik Deutschland", sagte Brandt.

Lafontaine bekräftigte während seiner rund neunzigminütigen Grundsatzrede zuvor das Wahlziel der absoluten Mehrheit. Er setzte dabei sein bereits bei der Kommunalwahl erfolgreiches Werben in Brandts Sinne um potentielle Wähler der Grünen fort, indem er einerseits eine von ihm geführte Landesregierung als Garanten einer ökologisch-orientierten Politik, sozusagen als beste Grüne darstellte, die es je gab, andererseits aber – *mit ausdrücklichen Verweis* auf Hessen – davon sprach, daß er sich nach dem 10. März nicht auf das „Glatteis einer ungesicherten Mehrheit" begeben werde, „bei der eine Parlamentsfraktion die Regierung toleriert oder je nach Lust und Laune auch nicht toleriert". Er bleibe dabei, daß die Grünen bei einer Zusammenarbeit auch in die Regierung eintreten müssen: Hessen sei der Beweis dafür, „wer den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft will, erreicht dieses Ziel *nicht durch den Ausstieg aus der Verantwortung*".

Er könne verstehen, daß die Grünen „Angst davor haben, von der SPD eingemeindet" oder „wieder vereinnahmt" zu werden. Aber die *Sozialdemokraten müßten „ihren* Führungsanspruch nachhaltig anmelden". Ein Regierungswechsel im Saarland werde auch einen Wechsel in Niedersachsen erleichtern und damit zu anderen Mehrheitsverhältnis*sen im Bundesrat führen, die Voraus*setzung dafür seien, „um die Wendepolitik in Bonn wirksam zu korrigieren". Aber die SPD dürfe auch „die Verantwortung in Bonn erst wieder annehmen, wenn die Mehrheit im *Bundesrat korrigiert ist*".

Er wisse, sagte Lafontaine in einer Rede, die sich zu 70 Prozent mit der Lage von Kohle und Stahl im Saarland beschäftigte, daß es im Fall eines Wahlsiegs eine schwere Last auf ihn *und die SPD zukomme. Um bei*spielsweise zu einem „wirklich tragfähigen Unternehmenskonzept" bei Arbed-Saarstahl zu kommen, „werden soziale Härten nicht zu vermeiden sein" – auch weil die Landesregierung erst nach sieben Jahren SPD-Vorschläge aufgegriffen habe. Aber „zur Lösung der Krise von Saarstahl wird eine von mir geführte Regierung unverzüglich die Option ausüben und die Gesellschafterrechte wahrnehmen". Denn er sei es „leid, daß saarländische Steuergroschen von der Regierung in Luxemburg verwaltet werden. Wo sind wir denn?" Eine SPD-Regierung werde „keine Wunder bewirken", können. Aber die Stahlarbeiter, „die jahrelang für den Wiederaufbau des Staats ihre Knochen hingehalten haben, haben ein Recht darauf, daß die Bundesregierung ihren Glaubenskrieg mit den anderen europäischen Nationalstaaten um die marktwirtschaftliche Heilslehre nicht auf dem Rücken der saarländischen Stahlarbeiter austrägt".

In Übereinstimmung mit einem späteren Beschluß des Parteitages erteilte Lafontaine „dem falschen Weg des Ausbaus der *Kernenergie*" eine Absage. Wie es in dem Beschluß heißt, soll auch der „Import von Kernenergiestrom" aus dem französischen Cattenom verhindert werden.

Zu seinen Ministerkandidaten, die Lafontaine gestern präsentierte, gehört neben dem Protagonisten von Umweltschutz- und Friedensbewegung, Jo Leinen, auch Reinhard Überhorst, einst Senator im Berliner Kabinett von Hans-Jochen Vogel.

Holz-Gewerkschaft für Tempolimit

dpa, **Darmstadt**

Für eine Geschwindigkeitsbegrenzung und für die Einführung von bleifreiem Benzin hat sich die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) am Samstag in Darmstadt ausgesprochen. Wenn die „katastrophale Entwicklung" des Waldsterbens nicht aufgehalten werde, müsse man befürchten, daß der Rohstoff Holz eines Tages nicht mehr in genügendem Umfang zur Verfügung stehe, sagte ihr Vorsitzender Horst Morich. Mit Holz hingen 750 000 Arbeitsplätze zusammen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Pekings KP wird weiter „gesäubert“

DW. Peking

Die schon im Oktober 1983 eingeleitete „Säuberung“ der chinesischen Kommunistischen Partei von ideologischen Abweichlern ist offenbar in das entscheidende letzte Stadium getreten. Nach Angaben der Parteizeitung „Renmin Ribao“ hat der Reformausschuß der chinesischen KP alle Parteiuntergliederungen angewiesen, die vorbereitete Neueinschreibung der Parteimitglieder rasch über die Bühne zu bringen.

Alle Mitglieder der KP Chinas müssen sich nach den im vergangenen Jahr veröffentlichten Richtlinien einer ausführlichen Kritik ihres Verhaltens unterziehen. Dann müssen sie selbst erklären, ob sie dem Anspruch der Partei genügen, und ob sie es verdienen, weiterhin Mitglied zu sein.

„Linksabweichler“ und Personen, die sich während der Kulturrevolution zwischen 1966 und 1976 an Ausschreitungen beteiligten oder – wie es offiziell heißt – „vom Gift der Kulturrevolution noch infiziert sind“, sollen aus der Partei verschwinden. Von der „Säuberung“ sind offiziell 400 000 Menschen betroffen, westliche Beobachter sprechen dagegen davon, daß etwa drei Millionen Genossen ausgeschlossen werden.

China: Kontrolle von Atomanlagen gestattet

rtr, Tokio

Die Volksrepublik China ist offensichtlich bereit, eine Kontrolle seiner Atomanlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) zu akzeptieren. Eine japanische Nachrichtenagentur berichtete am Wochenende, der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Li Peng habe zugesichert, daß sich Peking entsprechenden Inspektionen unterziehen wolle. Lis Ankündigung sei als Garantie zu verstehen, daß China die aus Japan importierten Atomanlagen und den dazugehörenden nuklearen Brennstoff nicht für militärische Zwecke verwenden wolle.

Japans Forderung nach strengen Garantien gegen eine „militärische Zweckentfremdung“ der an China geleisteten Lieferungen hatte lange Zeit einem Abkommen über nukleare Zusammenarbeit im Wege gestanden.

Irak normalisiert sein Verhältnis zu den USA

Folge des Golfkrieges / Angst vor Irans islamischer Militanz

PETER M. RANKE, Athen

Der irakische Vizepremier und Außenminister Tarik Aziz trifft heute in Washington ein. Er wird von Präsident Reagan und Außenminister Shultz empfangen, denn er bringt ein politisches Geschenk für die amerikanische Nahost-Politik mit: Irak nimmt die seit dem arabisch-israelischen Krieg von 1967 abgebrochenen Beziehungen zu den USA wieder auf.

In Washington weiß man, daß dies keine Abkehr des irakischen Präsidenten Saddam Hussein von Moskau bedeutet, da die Sowjetunion noch vor Frankreich, Ägypten und Brasilien der wichtigste Waffenlieferant Bagdads im Golfkrieg ist. Dennoch wird Irak von der amerikanischen Politik jetzt als „gemäßigt“ eingestuft, als wichtiger Partner der arabischen Golfstaaten, Jordaniens und Ägyptens. Washington hofft sogar, daß nach Jordanien auch Irak wieder Beziehungen zu Kairo aufnimmt.

Die Hinwendung Iraks zum Westen, vor allem zu Frankreich, ist zweifellos eine Folge des seit 1980 andauernden Golfkrieges und der Bedrohung durch den schiitischen Fundamentalismus des Khomeini-Regimes. Terroraktionen dieses Regimes haben auch die Amerikaner in Beirut und Kuweit zu spüren bekommen, und daher sehen sie – wie übrigens auch die Sowjets – in jeder Macht einen politischen Bundesgenossen, der eine Ausbreitung der iranischen Revolution behindert.

Über eine Eindämmung des Fundamentalismus Teherans, über die weitere Hilfe für Irak und über die Lage im Golfkrieg wird zweifellos auch gesprochen, wenn diese Woche in Kuwait die Könige und Scheichs der sechs Länder des gemeinsamen Golf-Rates zusammenkommen. Sie wollen einen neuen Appell an Teheran richten, den Krieg endlich einzustellen, wofür sie beträchtliche Reparationen zahlen würden. Aber Teheran hat am Wochenende wieder mit einer Offensive gedroht.

Sein Kriegsziel bleibt der Sturz von Saddam Hussein. Er gilt den Mullahs als Verräter am Islam, als Ungläubiger, der bestraft werden muß und der nicht über die heiligen Stätten der Schiiten in Nedschef und Kerbela herrschen darf. Auch die immerhin mögliche Einsicht, daß Irak stärker geworden ist und militärisch wohl nicht mehr besiegt werden kann, hat die Mullahs nicht kompromißbereit gestimmt. Vielleicht aber die Militärs in Teheran und an der Front?

Dabei ist gerade die militärische Stärke Iraks und die politische Absicherung Bagdads in Moskau und nun auch in den USA keine schlechte Voraussetzung für den Erfolg einer neuen Vermittlungsaktion. Das haben selbst die Syrer eingesehen, die einzigen arabischen Bundesgenossen der Mullahs.

Ihr Vizepräsident Khaddam war unlängst in Teheran und mahnte angeblich zu einer nachgiebigen Haltung. Denn natürlich ist Damaskus nicht daran gelegen, daß der verfeindete Irak durch die Sowjetunion und Frankreich immer weiter aufgerüstet wird und bald auch den verhaßten König Hussein von Jordanien militärisch abdecken kann.

Irak ist mit der Luftwaffe den Iranern vier zu eins überlegen, bei den Panzerfahrzeugen ist das Verhältnis drei zu eins. Bagdad hat jüngst von Frankreich Kampfhubschrauber des Typs „Super Frelon“ und weitreichende Mirage F 1 erhalten. Beide Flugzeugtypen sind wie die „Super Etendard“ mit Exocet-Flugkörpern ausgerüstet, die für Tanker und Ölanlagen so gefährlich sind. Mit den neuen Mirage kann Irak nicht nur die Kharg-Ölinsel weiter bombardieren, sondern auch die zweite, fast am Ende des Golfs gelegene iranische Ölverladeinsel Lavan.

Die Bezahlung für diese neuen Waffen besteht in Rohöl. Täglich fließen rund 80 000 Barrel nach Frankreich. Irak konnte seine Ölexporte über die Pipeline zur türkischen Mittelmeerküste seit September um ein Viertel erhöhen. Außerdem werden täglich rund 200 000 Faß mit Lastwagen und Tankern zum jordanischen Hafen Akaba gebracht und verschifft. Zudem ist eine neue Pipeline durch Saudi-Arabien für 508 Millionen Dollar in Bau. Sie wird den Italienern und Franzosen mit irakischem Öl bezahlt. Bagdads Ölexport wird also vom Golfkrieg allmählich unabhängig, eine neue Waffe gegen Teheran.

Diese wirtschaftliche Stärkung Iraks ist vor allem den Syrern ein Dorn im Auge, denn sie sehen darin eine Verstärkung der Front der „gemäßigten“ Staaten Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten. (SAD)

Mitterrand sondiert in Syrien

Paris stellt sich auf Damaskus als wichtigen Faktor einer Lösung im Nahen Osten ein

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zu einer seiner wohl schwierigsten Auslandsreisen in seiner Amtszeit bricht Frankreichs Staatspräsident Mitterrand heute nach Syrien auf. Drei Tage lang wird er mit dem syrischen Staatspräsidenten Hafes el Assad Gespräche führen. Sie gelten dem Versuch, Syrien an einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts zu beteiligen. Mitterrand wird von seinem Außenminister Claude Cheysson begleitet, einem guten Kenner Syriens und des Nahen Ostens. Auf die Begleitung seines Beraters Jacques Attali, eines Juden, hat Mitterrand verzichtet.

Mitterrand wird einem Mann gegenüberstehen, der eine schwere gesundheitliche und politische Krise hinter sich hat. Zur Jahreswende 1983/84 erlitt Präsident Assad einen schweren Zusammenbruch – vermutlich einen Herzanfall. Die Regierungszügel legte er dennoch nicht aus der Hand. Im Glauben aber, der Staatschef werde nicht wieder genesen, hatte dessen jüngerer Bruder Rifaat el Assad, Oberkommandierender der „Verteidigungsbrigaden“, die Macht zu ergreifen versucht. Es kam zu einer ernsten Krise, beide Seiten mobilisierten Truppen. Hafes el Assad verbannte seinen Bruder in die Schweiz und nach Frankreich.

Erst ein Dekret vom 10. November autorisiert Rifaat el Assad, nach Damaskus zurückzukehren und seinen neuen Posten als einer der drei Vizepräsidenten einzunehmen. Präsident Assad steht also heute stärker denn je da. Gleichwohl führt er ein Land, das eine wichtige Rolle auf dem nahöstlichen Schachbrett einnimmt. Einige französische Beobachter schließen nicht aus, daß es zwischen den beiden Assad-Brüdern nach Rifaats Rückkehr nach Damaskus nochmals zu einer Krise kommen könnte, wenn Mitte Dezember die Staatspartei Baath ihren Parteitag einberuft.

Präsident Mitterrand wird wissen wollen, wie sich sein Gesprächspartner den Frieden im Nahen Osten vorstellt. Assad weiß, daß es ohne ihn keine Lösung gibt. Frankreich kommt nicht an ihm vorbei, die USA nicht und auch nicht die Sowjetunion, die ihrerseits weiß, daß kein Frieden ohne ihre Zustimmung möglich ist. Daher rührt das enge Verhältnis und die gleiche Interessenlage zwischen Damaskus und Moskau. Frankreich wird das respektieren müssen, auch wenn es ältere „Ordnungsrechte“ im Vorderen Orient zu besitzen glaubt.

Mitterrand hat seine Wunschvorstellung, auf Israel und den PLO-Führer Yassir Arafat allein gestützt die Krise lösen zu können, aufgegeben, nachdem Arafats Stern sinkt und Israel sich in seiner Friedenssuche ausschließlich an den USA, neuerdings aber auch an Damaskus orientiert.

Mitterrand will die langfristigen Absichten Assads in Libanon erkunden und sicherstellen, daß er sich einem internationalen Krisenmanagement unter amerikanischer und sowjetischer Beteiligung nicht länger widersetzt. Mitterrand wird dabei vergessen müssen, daß der von Syrien gesteuerte Terrorismus Frankreich schwere Wunden geschlagen hat. Syrische Attentäter ermordeten 1981 den französischen Botschafter in Beirut, Delamare. Syrische Bomben töteten Franzosen im gleichen Jahr in der Pariser Rue Marbeuf.

Türken auf Zypern lenken nicht ein

E. ANTONAROS, Nikosia

In einer dritten und voraussichtlich letzten Gesprächsrunde mit den Spitzenvertretern der Griechen und Türken Zyperns will UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar versuchen, eine Annäherung der beiden Volksgruppen zustandezubringen. Aber die Erfolgsaussichten auch dieser Beratungen, die heute in New York beginnen, werden vom westlichen Beobachter in Nikosia äußerst pessimistisch beurteilt.

Außenminister Georgios Iakovou sagte gegenüber der WELT, daß es nicht einmal die geringsten Anzeichen für eine Änderung der türkisch-zyprischen Haltung gebe. „Daher können wir ganz und gar nicht optimistisch sein“, sagte er. Das Scheitern der beiden vorangegangenen Runden rechtfertige im Grunde genommen keine neue Verhandlungsserie. Aber durch ihre Teilnahme wollen die Inselgriechen ihren guten Willen demonstrieren.

Wie bei den ersten beiden Runden wird auch jetzt Pérez getrennte Gespräche mit Zyperns Staatspräsident Spyros Kyprianou und dem türkisch-zyprischen Volksgruppenführer Rauf Denktasch führen. Dies hatten die Inselgriechen zur Bedingung für ihre Teilnahme an den Beratungen gemacht, weil ihrer Meinung nach ein direkter Dialog mit den Inseltürken einer Quasi-Anerkennung der gerade ein Jahr alt gewordenen „Türkischen Republik von Nordzypern“ gleichkommen würde.

Denktasch gab vor den Gesprächen zu erkennen, daß er eventuell bereit wäre, bis zu zwei Prozent mehr als bisher des von türkischen Truppen besetzten Inselgebietes an die Griechen zurückzugeben. Diese Offerte wird allerdings nicht nur vor den Inselgriechen, sondern auch von vielen in Nikosia stationierten westlichen Diplomaten als eine gezielte Propaganda-Aktion bewertet.

Bei den bisherigen Gesprächen hat sich Denktasch nach Ansicht eines westeurpäischen Botschafters „unerwartet unnachgiebig“ verhalten. Keinen Erfolg brachten im übrigen auch zwei Demarchen der deutschen Diplomatie gegenüber Ankara und Denktasch. Die Inseltürken sollten nämlich dazu gebracht werden, ihren Inselanteil von derzeit 37 auf 30 Prozent zu reduzieren, um durch diese Geste des guten Willens die Annäherung zu erleichtern.

Es zeichnet sich eher eine Verhärtung der türkisch-zyprischen Haltung ab: in zwei Papieren an den Generalsekretär macht Denktasch deutlich, daß er nur eine äußerst schwache Zentralregierung akzeptieren würde. Ebenfalls besteht er darauf, daß das Rotationsprinzip für das Präsidentenamt angewandt und das Oberhaus je zur Hälfte aus Griechen und Türken zusammengesetzt wird, obwohl die Inselgriechen 80 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Ihre herbste Enttäuschung erlebten die Inselgriechen bei der „Famagusta“-Frage: Während Pérez' ursprüngliche Vorschläge die Rückgabe eines Teils dieser Hafenstadt an die Griechen als eine Art „vertrauensbildende Maßnahme“ vorsahen, machen die Inseltürken eine solche Konzession nun vom Zustandekommen einer Gesamtregelung abhängig. (SAD)

Trifft Glemp Jaruzelski noch in diesem Jahr?

DW. Warschau

Ein Spitzengespräch zwischen dem polnischen Regierungschef Jaruzelski und dem Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Glemp, deutet sich noch für dieses Jahr an. Regierungssprecher Urban hat jedenfalls eine solche Begegnung in Aussicht gestellt. Unterdessen hat Glemp die Erwartung geäußert, daß die Hintergründe des Mordes an Pater Popieluszko bald auch offiziell der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ hat am Wochenende erneut ihren Mitgliedern empfohlen, in den Gremien der Arbeiterselbstverwaltung mitzuarbeiten, die in einigen Betrieben Polens wieder zugelassen sind. Die Führung mahnte allerdings zugleich, eine Zusammenarbeit sei nur mit Organisationen möglich, die „öffentlich das Prinzip des Gewerkschaftspluralismus anerkennen“. Deshalb müßten die offiziellen Gewerkschaften weiter boykottiert werden. Hingegen könnten die seit 1982 in einigen Unternehmen wieder zugelassenen Arbeiterselbstverwaltungsräte eine „Schule für echte Sozialarbeit“ darstellen.

Silvius Magnago wieder Parteichef

dpa, Meran

Der Südtiroler Landeshauptmann Silvius Magnago, dienstältester Parteichef Westeuropas, ist am Wochenende zum zehnten Mal seit 1957 zum Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP) gewählt worden. Die Entscheidung der im Meraner Kursaal versammelten Delegierten fiel erneut eindeutig aus: Magnago brachte es auf 90 Prozent der Stimmen.

Sein Parteiprogramm skizzierte der alte und neue Parteivorsitzende mit den Worten, das Recht auf Selbstbestimmung sei unverzichtbar, aber derzeit unrealisierbar. Die Volkspartei wolle ihre Autonomiepolitik fortsetzen und dabei in den wesentlichen Fragen hart gegenüber der Regierung in Rom bleiben.

Magnago will, wie er auf dem Kongreß sagte, weiterhin für die Gleichstellung der deutschen Sprache gegenüber der italienischen, vor allem im Justizbereich, kämpfen.

Medien: SPD sucht Einigung mit der Union

DW. Düsseldorf

Die SPD-Führung hält auch angesichts von Kritik an der Parteibasis an dem Vorhaben fest, sich auf Grundlage des Bremerhavener Kompromisses der Ministerpräsidenten mit der Union über die Neuordnung des Rundfunk- und Fernsehwesens zu einigen. Wie auf einer mit bundespolitischer SPD-Prominenz besetzten Medien-Konferenz der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten in Düsseldorf deutlich wurde, wollen jedoch die vier sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Bürgermeister in weiteren Verhandlungen mit ihren sieben Unionskollegen Verbesserungen oder Konkretisierungen durchsetzen, die vornehmlich eine Bestands- und Entwicklungsgarantie *für die öffentlich-rechtlichen* Anstalten in Konkurrenz zu neuen privaten Anbietern deutlicher als bisher in einem Staatsvertrag festschreiben sollen.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident, der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau, Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz maßen der als Drohung empfundenen Erklärung der Unions-Ministerpräsidenten, zur Neuordnung der Medienlandschaft *notfalls ohne die Sozialdemokraten* einen Staatsvertrag abzuschließen, keine große Bedeutung bei. „Wenn die ARD platzt, platzt auch das ZDF", meinte Glotz.

Rau unterstrich die Bedeutung des SPD-regierten und bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen als Werbemarkt, auf den die privaten Rundfunk- und Fernsehanbieter nicht verzichten könnten. Ebenso wies auch Glotz diesem Bundesland für die künftige medienpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik eine Schlüsselrolle zu. Am Rande der Düsseldorfer Veranstaltung war zu erfahren, daß Glotz damit auf eine auch für weitere Anbieter offene Zusammenarbeit des größten öffentlich-rechtlichen Senders WDR (Köln) mit dem Essener WAZ-Zeitungskonzern und liberalen Filmemachern um den Regisseur und Produzenten Alexander Kluge abzielte. Dohnanyi meinte, ein solches deutsches Kooperationsmodell könnte noch erfolgreicher sein als die bislang *für vorbildlich gehaltene Zusammen*arbeit staatlicher (BBC) und privater Anstalten (ITV) in England.

Kohlebehörde stellt Ultimatum

Streikfront der britischen Bergarbeiter bröckelt weiter / Scargill bestreitet Übergriffe

DW. London/Moskau

Die staatliche britische Kohlebehörde NBC hat den 123 000 noch im Streik stehenden Bergarbeitern ein neues Ultimatum gestellt: Falls der Streik noch lange andauert, müßten die Garantien, daß die geplanten Zechenstillegungen nicht von Zwangsentlassungen begleitet sein sollen, zurückgenommen werden. Verhandlungen sollen erst dann wieder geführt werden, wenn die Bergarbeitergewerkschaft „solide" Garantien dafür gibt, der Schließung mit Verlust arbeitender Zechen zuzustimmen. Dies erklärte der Sprecher der Kohlebehörde, Michael Eaton, am Samstag.

Die Kohlebehörde bot den Streikenden einen neuen finanziellen Anreiz für eine Wiederaufnahme der Arbeit: Wer bis Freitag dieser Woche *wieder in die Grube einfährt, soll eine* auf rückwirkende Lohnerhöhungen anrechenbare Vorauszahlung von 175 Pfund, also rund 650 Mark, erhalten. Bei einer Rückkehr an den Arbeitsplatz bis zum vergangenen Freitag konnten die Bergarbeiter noch in den Genuß des Weihnachtsbonus kommen. Um sich ihn nicht entgehen zu lassen, scherten seit Anfang November 13 000 Kumpel aus der Streikfront aus. NBC-Sprecher Eaton prophezeite ein weiteres Abbröckeln der Streikfront. Die ursprüngliche Schätzung jedoch, daß bis Weihnachten die Hälfte der 189 000 Streikenden wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sein würde, sei wohl doch zu optimistisch gewesen, meinte der Sprecher.

Labour-Führer Neil Kinnock hat unterdessen bei seinem ersten Moskau-Besuch als Parteichef die Berichterstattung der sowjetischen Medien über den Bergarbeiterstreik kritisiert: Es könne keine Rede davon sein, daß streikende Bergarbeiter in Großbritannien hungern müßten. Kinnock korrigierte diese Berichterstattung bei einer Zusammenkunft mit dem Chef des sowjetischen Gewerkschaftsrates, Stepan Schalajew.

Der Chef der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, hat sich gegen den Vorwurf verwahrt, daß streikende Gewerkschaftsmitglieder Übergriffe gegen Wohnungen von nichtstreikenden Bergarbeitern verübt hätten. In Upton in der Grafschaft Yorkshire, dem größten britischen Kohlebecken, war am Samstag das Haus eines nicht an dem seit über acht Monaten andauernden Streik teilnehmenden Bergarbeiters durch Feuer zerstört worden.

Die Polizei wollte nicht ausschließen, daß Berufskollegen den Brand gelegt haben. Der Bergarbeiter war aus seinem Haus geflohen, nachdem er am Donnerstag von mehr als 100 Menschen darin belagert und wegen seiner Arbeitsaufnahme beschimpft worden war. Ein weiterer nicht am Streik teilnehmender Kumpel ist am Freitag in seinem Haus 20 Minuten lang von maskierten Männern *verprügelt worden. In beiden Fällen* wurden Ermittlungen eingeleitet. Wie Scargill am Samstag erklärte, liegen keinerlei Beweise für die Täterschaft von Streikteilnehmern seiner Gewerkschaft vor. Solche Aktionen könne niemand gutheißen.

Grüne erteilen der SPD klare Absage

Bundesvorstand programmiert mit einem Antrag zum Parteitag einen neuen Konflikt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Vorstand der Grünen lehnt Regierungsbeteiligungen und Bündnisse mit der SPD ab. Selbst eine Tolerierung der SPD ist unter anderem wegen *der „hessischen Erfahrung"* für die Parteispitze „schwer vorstellbar". Vielmehr soll „der Weg der grundsätzlichen Systemopposition" fortgesetzt und ausgebaut werden. Der Schwerpunkt der Grünen müsse „wieder viel mehr auf die Verbindung mit den außerparlamentarischen Kräften gelegt" werden. Man brauche *„dringend einen neuen Schub aus* den sozialen Bewegungen des Widerstands und der Alternativen".

Mit diesen Forderungen, die in einem neunseitigen Antrag für den Parteitag Anfang Dezember enthalten sind, ist für den dreitägigen Kongreß in Hamburg ein neuer Konflikt vorprogrammiert. Denn nach wie vor gibt es bekannte Grüne wie die Bundestagsabgeordneten Otto Schily, Joseph Fischer oder Waltraud Schoppe, die eine Zusammenarbeit mit der SPD befürworten. Offenbar vor diesem Hintergrund „stellen" sich die Vorstandsmitglieder „vor, daß auf der Bundesversammlung nicht über jeden Satz" ihres Antrags „abgestimmt werden muß". Stattdessen sollten die Delegierten mit dem „Positionspapier", so die Begründung, den „politischen Handlungsrahmen für die Bundesebene" abstecken.

Der Vorstand gibt sich in dem Papier demonstrativ selbstbewußt und optimistisch. Die Grünen seien „gemeinsam mit den oppositionellen Basisinitiativen" zu einer „ernstzunehmenden Herausforderung für das etablierte politische System" geworden. *Die „Angst" der anderen, „noch mehr* Terrain" zu verlieren und der „gesellschaftspolitische Druck" der Grünen zwinge diese zu Reformen.

Insbesondere die SPD wird mehrfach attackiert. So schlage die Ablehnung der Regierungspolitik „nicht mehr bei der etablierten Opposition SPD, die den Regierungsweg mit kosmetischen Reparaturen" begleite, sondern bei den Grünen zu Buche, die „realpolitisch die einzige wirkliche Opposition" bildeten. Das „überwiegend formale Gegeneinander" von CDU/CSU und FDP einerseits sowie SPD andererseits könne nicht darüber „hinwegtäuschen", daß es in allen zentralen politischen Fragen „faktisch eine große Koalition der drei etablierten Parteien" gebe. Es bestehe die Gefahr, daß die Grünen mit einer Politik „Gemeinsam gegen rechts" die „geringfügigen Angebote" der SPD „hochjubeln" und so zur Pflege deren „arg lädierten Images beitragen". Im übrigen hätten die *Bündnisvereinbarungen* bewiesen, daß die Grünen die SPD nicht ändere, „sondern sie sich unserer Stimmen für ihre Politik bedient".

Als ein Schwerpunkt ihrer Politik wird die Forderung nach einseitiger Abrüstung und Blockfreiheit bekräftigt. Die Grünen wollten weder eine atomare noch eine konventionelle Verteidigung. Denn jede „militärische Verteidigung im Ernstfall" bedeute „Selbstvernichtung". Deshalb möchte die Partei „im Hinblick auf Osteuropa und die DDR" die Sowjetunion „mit der größten politischen Herausforderung konfrontieren, die wir uns denken können": Den Abzug aller Truppen der Bündnispartner aus der Bundesrepublik Deutschland und eine „reale Abrüstung".

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Dank an Matthias Walden

Lieber Herr Hertz-Eichenrode,

Ihr WELT-Artikel über Matthias Walden veranlaßt mich zu diesen Zeilen: Er ist ein journalistisches Meisterwerk, *eine bewegende Darstellung* dazu. Da ist Ihnen ein Stück Psychologie der journalistischen Begabung gelungen, das exemplarischen Charakter hat. Und ergreifend wird es durch die Menschlichkeit, die Freundschaft, aus denen heraus Sie geschrieben haben. Derartiges ist selten und bemerkenswert; es verdient Dank, und den wollte ich ausdrükken.

Gewiß ist der Tod von Matthias Walden eine Tragödie. Er macht die Schatten dunkler, die der Abend wirft. Ein Artikel wie Ihrer ist da ein freundliches, wärmendes Licht, das Zuversicht erlaubt und – hoffentlich – verbreitet.

Herzlich Ihr
Joachim Freyburg
Haan

*

Matthias Walden hat uns in den Jahren der Gefangenschaft in dem Mauerstaat – der meinigen von '45 bis Mitte '63 – jederzeit Hilfe, Rat und vollen Einsatz zukommen lassen. Zweimal konnte ich ihn trotz Bespit*zelung auf Schritt und Tritt in der* Masurenallee aufsuchen und persönlich sprechen. Mit Herz, Verstand und großem Einfühlungsvermögen nahm er Berichte und Informationen auf und wertete sie mit allen Kräften aus. Seine Kenntnisse über Spitzel in der Zone waren erstaunlich gut, sie haben vielen Bedrängten den Weg in die Freiheit in letzter Minute ermöglicht.

So haben wir Kontakt gehalten und aufgrund meiner zahlreichen Korrespondenz mit vielen guten Freunden jenseits der Elbe konnte ich ihm öfter Briefe zuleiten, die ihm ein klares und trauriges Bild Hilfesuchender vermittelten. Zuletzt noch – es war um die Weihnachtszeit – ließ er mir sein Buch: „Wenn Deutschland rot wird" mit längerem Brief zugehen.

Sein Name und sein Wirken löst sicherlich auch heute noch größeres Vertrauen und Zuversicht bei den Freiheitsberaubten aus als bei uns im satten Westen. Es ist schwer, hier die Gewissen wachzurufen.

Ich hoffe, daß es Hunderttausende sind, die von „Matthias Walden Abschied nehmen, um ihn nie zu vergessen". Das sollte doch wohl für Berlin ganz besonders gelten. Jawohl: „Er ist in Gottes Hand". Diesen Glauben und diese Kraft lasse ich mir nicht nehmen.

Ihr dankbarer Leser
Norbert Bode
Oldendorf

*

Matthias Walden ist tot. Alle seine in der WELT unter diesem Namen *veröffentlichten Artikel habe ich mit* stetem Interesse und Zustimmung gelesen. Den Tod dieses aufrechten und national gesinnten Deutschen bedaure ich aufrichtig. Er hätte noch so vieles für Deutschland und damit für uns alle leisten können. Ich darf Ihnen meine Teilnahme zu dem Verlust Ihres Mitarbeiters und Freundes aussprechen.

Mit aufrichtigem Dank
grüßt Sie Ihr
Otto Werner von Dassel
Hamburg 55

*

Matthias Waldens Beiträge waren seltener geworden, aber es war gut zu wissen, daß es ihn gab. Kein Wort der *hohen Wertschätzung für ihn ist zu*viel gesagt. Ich erlebte Walden vor Jahren einmal persönlich in einem Vortrag in Berlin – ein Eindruck von nachhaltigster Wirkung. Ihr Gedenkartikel ist ein kongenialer Beitrag für den großen Verstorbenen. Eine Zeitung, die mit einem so würdigen Artikel von einem Kollegen Abschied nimmt, erweist sich selbst eine Ehre.

Die Erinnerung an den Abschied von Hans Zehrer wurde geweckt, der einzige Vergleich, der sich anbietet. Meine besondere Anteilnahme gilt auch Herrn Axel Springer. Wird er einen finden, dem er Waldens Vermächtnis anvertrauen kann?

Mit Anteilnahme grüßt Sie
Dr. G. Schneider
Hamburg-Bergedorf

*

Seit meiner frühesten Kindheit war mir der Name Matthias Walden ein Begriff. In meiner ostsächsischen Heimat kam seine Stimme aus dem Radio zu mir, die mich in den folgenden Jahren nicht verließ und mir viele Erkenntnisse vermittelte.

Auch hinter den Mauern des SSD der „DDR" war sein Name bekannt und hochgeschätzt. Ein Haftkamerad, jünger als ich, sagte: „Auf die Argumente von Matthias Walden würde auch Herr Honecker nichts entgegnen können." Das war in der Heimatstadt von Matthias Walden, in Dresden.

Seit ich hier in der Freiheit bin, waren die Artikel von Matthias Walden die ersten, die ich las. Seine zutiefst menschliche Haltung konnte ich persönlich darin erfahren, als er sich, in einem Kommentar, für einen Haftkameraden hinter den Mauern des SSD der „DDR" einsetzte.

Als Leser der WELT bedaure ich es sehr, *daß Sie diesen wertvollen Men*schen verloren haben.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfram Wenzel
Flörsheim a. M.

*

Auch ich hatte die letzten Artikel von Matthias Walden so verstanden – obwohl ich nicht wußte, wie krank er wirklich war – daß es sich um etwas sehr Grundsätzliches und uns alle Betreffendes ging.

Matthias Walden, Sie und ich sind *eine Generation, die deswegen zu* schreiben begonnen hat, „damit was war nicht wiederkommt" und die das Schreiben als Verpflichtung sehen.

Nochmals herzlichen Dank
Ihr
K. O. Skibowski
Sankt Augustin 2

Die neue Sicht

„Leserbrief: Vom Dienen"; WELT vom 14. November

Mit Erstaunen und Heiterkeit habe ich diesen Brief gelesen. Der Schreiber meint, die Hauptbewandtnis des „Soldatentum" liege im Dienen. Nun, diese Bewandtnis hat sich ja wohl, unseren heutigen Verbündeten sei Dank, im Mai 1945 erledigt.

Es geht hier und heute nicht mehr um Soldatentum, sondern um die Erfüllung einer Aufgabe: Den Frieden zu sichern! Die Hauptbewandtnis ist nicht die Ehre, dienen zu dürfen, sondern die Hauptaufgabe ist, möglichst *gut ausgebildet zu sein, um einen* Krieg zu verhindern!

Daß das kein Job ist, den wir so nebenbei erledigen, sollte jedem klar sein, der die Dienst- und Ausbildungspläne der Bundeswehr von heute kennt. Für das Lustwandeln im „Ehrenkleid" bleibt bei meist mehr als 56 Dienststunden pro Woche *wahrlich keine Zeit.*

Nun zum letzten Absatz: Wir erfüllen eine Aufgabe, gemessen am Wehretat eine sehr wichtige, und dementsprechend sollte auch die Besoldung sein. Es geht hier nicht um Disziplin, Ehre oder Treue, sondern um eine der Wichtigkeit der Aufgabe angemessenen Behandlung (und Besoldung) im Vergleich zu den anderen Beamten. In diesen Fragen kann kein auch noch so soldatischer, sich für seine *Untergebenen* einsetzender Disziplinarvorgesetzte helfen: Die Wehrbeschwerdeordnung legt den Weg zum Verwaltungsgericht eindeutig fest.

Das versteht man heutzutage unter einem Bürger in Uniform, nicht mehr rechtlos auf eine Person fixiert wie zu der Zeit der „alten, guten Begriffe", sondern ein Staatsbürger wie alle anderen auch, nur: mit einer sehr wichtigen Aufgabe!

Mit freundlichem Gruß
K. D. Vieth, Soldat,
Braunschweig

Mit Verbitterung

„Die Neid-Steuer"; WELT vom 13. November

Sehr geehrter Herr Gillies,

zwar gehe ich grundsätzlich mit Ihnen konform; indessen fühle ich mich als CDU-Wähler verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, daß in Ihrer Glosse der Aspekt der Gerechtigkeit zu kurz kommt.

Als Angestellter im öffentlichen Dienst spüre ich die Verbitterung jener Kollegen, die entgegen ihren früheren Gepflogenheiten im März 1983 der CDU ihre Stimme gaben, um ihr eine faire Chance einzuräumen. Nun wird die Notwendigkeit des staatlichen Sparens von denjenigen, die aufgrund der neuen Bestimmungen heuer bis zu 500 DM weniger als in früheren Jahren von ihrem Weihnachtsgeld ausgezahlt erhalten, durchaus anerkannt; jedoch sehen sie nicht ein, weshalb die über 5200 DM mtl. Verdienenden sowie die Beamten keinerlei vergleichbare Einbußen hinzunehmen haben und aus welchem Grunde die Zwangsanleihe infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes schnellstens an die Besserverdienenden zurückgezahlt wird, ohne daß man eine rechtlich zulässige Ausgleichsabgabe bzw. Sondersteuer ventiliert.

Diese als ungerecht empfundene Situation veranlaßt jedenfalls viele, den Regierungsparteien bei den nächsten Wahlen einen „Denkzettel" zu verabreichen. Ich selbst, obwohl ich hier auch pro domo spreche, halte diese Konsequenz für absolut falsch – aber ich sehe kommen, daß eine solche Entwicklung eintritt, wenn nicht alsbald eine diesbezügliche Kurskorrektur vorgenommen wird. Und wohin die Reise geht, wenn die von W. Brandt ersehnte rot-grüne Mehrheit an die Macht kommt, das kann sich jeder ausmalen!

Mit freundlichen Grüßen
E. Hügel,
Grefrath

Wort des Tages

„Es ist meines Erachtens falsch, das Gute zu unterlassen, weil man das Bessere erstrebt, dieses aber noch nicht realisierbar ist. Genauso halte ich es für falsch, den Schritt, der heute möglich ist, zu unterlassen, weil der größere, weitere Schritt erst morgen gelingen könnte."

Konrad Adenauer; deutscher Politiker (1876–1967)

Personalien

EHRUNGEN

Dipl.-Berging. **Arno Jochums** wurde das Große Bundesverdienstkreuz, Professor Dr. **Heinz J. Kiefer** das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Beide gehören dem Ruhrinstitut für gesellschaftspolitische Forschung und Bildung e. V., Essen, an.

*

Für ihre „jahrelange mit viel Humor gewürzte ökumenische Zusammenarbeit" werden die katholische Pfarrei Heilig Geist und die evangelische Philippus-Gemeinde in Frankfurt-Riederwald mit dem Preis *„Humor in der Kirche"* ausgezeichnet. Gestiftet wurde dieser erstmals im Jahr 1983 verliehene Preis von dem ehemaligen Frankfurter Stadtdekan **Walter Adlhoch** und von dem früheren Vorsitzenden des evangelischen Regionalverbandes, Pfarrer **Ernst Schäfer**. Weitere Preisträger sind der katholische Pfarrer von St. Wendel/Frankfurt, **Lothar Zenetti**, und Dekan **Manfred Klein** vom evangelischen Dekanat Bornheim.

*

Professor Dr.-Ing. **Friedrich W. Bornscheuer** wurde mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Berlin geehrt. Professor Bornscheuer ist Anfang der fünfziger Jahre durch seine Veröffentlichungen über die Wölbkrafttorsion, die den Biege- und Verdrehvorgang bei Stahlbauteilen beschreibt, international bekannt geworden.

DIPLOMATEN

Hansjörg Kastl, deutscher Botschafter in Moskau, hat jetzt auch in *der Mongolischen Volksrepublik* sein Beglaubigungsschreiben als Botschafter überreicht. Kastl wurde von dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volkshurals, von **Njamyn Shagwarai** empfangen. Dienstsitz ist Moskau. Auch in Peking hat der neue Botschafter **Per Fischer** inzwischen sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

*

Indien hat in Hamburg einen neuen Generalkonsul. Das Exequatur wurde **Satinder Kumar Uppal** erteilt. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

WAHL

Dr. h. c. Graf **Lennart Bernadotte**, im Jahre 1962 vom damaligen Bundespräsidenten **Heinrich Lübke** zum Sprecher des Deutschen Rates für Landespflege berufen, ist auf seinen Wunsch von dieser Aufgabe entbunden worden. Er wurde von den Ratsmitgliedern zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Als Nachfolger des Sprechers wurde Professor Dr. h. c. **Kurt Lotz**, Heidelberg, gewählt. Der unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehende Deutsche Rat für Landespflege in Bonn ist eine unabhängige Vereinigung und an Aufträge oder Weisungen irgendwelcher Stellen nicht gebunden. Er hat 18 Mitglieder und verfolgt als Zweck die Zielsetzung der „Grünen Charta von der Mainau" und stellt in Erfüllung dieser Aufgabe Richtlinien auf, gibt Empfehlungen und äußert sich gutachtlich zu aktuellen Problemen und Projekten des Natur- und Umweltschutzes.

GEBURTSTAGE

Eberhard Franke, langjähriges Vorstandsmitglied der Nordzement, Hannover, und der Schulte-Schlagbaum AG, Velbert, wird am 30. November 75 Jahre alt.

*

Am 1. Dezember vollendet Brigadegeneral a. D. **Heinz Karst** sein 70. Lebensjahr. Er war einer der Ersten, der nach der sozialdemokratischen Wende 1969 die Konsequenzen aus der veränderten Bundeswehr-Politik des späteren Bundeskanzlers Schmidt zog. Verantwortlich für die Bildung und Ausbildung des Offiziers-Nachwuchses, sah er keine Gemeinsamkeit mehr für eine gedeihliche Zusammenarbeit. Er ist noch heute ein begehrter Referent für Grundsatzfragen der Bundeswehr im In- und Ausland.

Eine Augsburger Institution: Die „Puppenkiste"

Atta Troll am Faden

Ein Leckerbissen für Kinder (und Erwachsene) wird in der Adventszeit von der ARD ausgestrahlt. Die „Augsburger Puppenkiste", eine Marionettenbühne, die im Fernsehen schon oft mit ihren Stars am Faden zu Gast war (man erinnere sich nur an „Renner" wie „Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer" oder an das Urviech „Urmel aus dem Eis"), bringt das „Tanzbärenmärchen". Den Text schrieb Sepp Strubel. Er führt auch Regie.

Dem „Tanzbärenmärchen" liegt das im Stuttgarter Thienemanns Verlag erschienene Kinderbuch gleichen Titels zugrunde. Das Kinderbuch wiederum geht auf das von Heinrich Heine 1847 – wenige Jahre vor seinem Tod – in Hamburg verfaßte allegorische Epos „Atta Troll" zurück. Von diesem Epos heißt es, es sei „eine Apothese der echten Poesie und zugleich eine Satire auf deren Entstellungen. Der humoristische Stil hat darin klassische Ruhe gewonnen. Atta Troll ist eine glänzende Parodie der plumpen, unkünstlerischen Gesinnungspoeten und ihrer andressierten

Das Tanzbärenmärchen (1) – ARD, 17.20 Uhr

Künste". Bei Heine, dem „ungezogenen Liebling der Grazien", wie auch in der vierteiligen Kinderserie führt der Bär Atta Troll durchs Geschehen.

Genauer gesagt, die Kindermärchensendung, eine „gruselige Komödie", handelt von einem Tanzbären, der sehr schnell wittert, daß es zu guter Letzt um sein Fett geht, dessen man habhaft werden will. Um das Fett zu erlangen, muß natürlich der Bär getötet werden. Vom Augenblick *dieser Erkenntnis an hat Atta Troll* berechtigtes Interesse, solchem Los zu entgehen. So etwas mitzuerleben macht Spaß – denn im Kinderland dürfen wir sicher sein, daß der Himmel ebenso rechtzeitig wie nachdrücklich eingreift.

Spaß machte die Fernseh-Aufzeichnung auch den beiden jetzigen Betreibern und künstlerischen Leitern der „Augsburger Puppenkiste": Hannelore und Hanns Joachim Marschall. Hannelore Marschall ist die Tochter des Gründers der weit über Augsburg hinaus berühmt gewordenen Marionettenbühne. Der 1977 verstorbene Walter Oehmichen gründete sie 1948. Von Anfang an spielte er für Kinder und für Erwachsene. Bekannte deutsche Märchen, „Frau Holle" oder „Der Teufel mit den drei goldenen Haaren" bezauberten die Kinder in der Augsburger Spitalgasse 15, Am roten Tor. Die Erwachsenen entführte Walter Oehmichen mittels der Fadenpuppen in die Welt von „Leonce und Lena", von „Dr. Faust". „Der kleine Prinz" und „Die Schöne und das Biest" rissen, außer dem Publikum, vermutlich selbst die Marionetten hin.

Den Fadenpuppen ist es eigen, Faszination auszuüben. Der ungeheuerlichste Text, der ihnen in den Mund gelegt wird, läßt sie keinen Augenblick die Contenance verlieren. Ihre Starrheit feit sie auch gegen Kitsch; mit Sicherheit gegen Obszönität. Walter Oehmichen muß um dies Geheimnis der Marionetten gewußt haben.

Ebenso seine Tochter. Sämtliche Puppen wurden (und werden) von Hannelore Marschall geschnitzt und gefertigt. Als Schnitzerin, folglich Schöpferin der Marionetten, muß sie jeder Figur den ihr angemessenen „Charakterkopf" verleihen. Unverwechselbar müssen die „Guten" von den „Bösen" auseinandergehalten werden können. Das „Lasterhafte" ist eindeutig lasterhaft. Der „Hinterhältige" erkennbar am scheelen Blick. Die „Schöne" bleibt schön bis in den Tod. Und der „Lustige" lacht am längsten.

Seien wir also – egal, ob Kind oder Erwachsener – neugierig auf den Tanzbären Atta Troll, der sich, auf wunden Füßen und hungrig, mit seinem betagten Führer Jakob gerade der Stadt Paris genähert hat. In Frankreichs Wäldern aber haust die Hexe Uraka. Zur Zeit hält sie sich in beängstigender Nähe von Paris auf. *Ihre Zaubersalbe. Lebenselixier für* sie, geht zur Neige. Für die Herstellung benötigt sie bestes Bärenfett. Falls sie nämlich den letzten Salbenrest aus der Dose kratzen würde, ginge sie ab sofort ihres hexischen Wesens und damit all ihrer Künste verlustig. Fortan müßte sie ausschließlich – eine entsetzliche Vorstellung! – „gute Werke" tun.

Das aber ist Hexen und manchen artverwandten Lebewesen nicht zuzumuten. Es raubt ihnen die Daseinsfreude. Uraka also wird ziemlich rasch den dahintrottenden Atta Troll *entdecken. Sie wird ihn nicht aus den* Augen lassen. Das Schicksalsdrama kann seinen Lauf nehmen.

ESTHER KNORR-ANDERS

KRITIK

Massenweise Wespennester

Unbelehrbar ist Inspektorin Corinne Levasseur. Erst bringt sie den Neffen des Bürgermeisters wegen Rauschgiftdelikts vors Gericht; und noch ehe sie sich in dem kleinen Ort, in den sie deswegen strafversetzt wurde, einleben kann, hat sie auch schon dort wieder in ein Wespennest gestochen.

Der mächtigste und reichste Mann der Stadt macht miese Geschäfte mit Kinderprostitution und -pornographie. Das Geld, das er damit verdient, gibt er der Stadt: für eine Sporthalle beispielsweise oder ein Kulturzentrum. Durch einen Mord an einem Mädchen kommt die Inspektorin ihm auf die Spur. Aber sie findet niemanden, der bereit wäre, gegen den Schuldigen auszusagen: Eltern nicht, denn die Väter arbeiten in seiner Fabrik, und auch Frau Levasseurs Kollegen leiden an Gedächtnisschwund, als der Name des angesehenen Bürgers im Zusammenhang mit dem Mord auftaucht. Desillusioniert quittiert sie schließlich ihren Job.

Die Polizistin hieß Yves Boissets Film, den das ZDF in deutscher Erstaufführung brachte: Eine Studie von beklemmendem Kleinstadtmief mit Bildern von öder Häßlichkeit. Die Schauspielerin Miou Miou in der Titelrolle war eine spröde, kompromißlose Beamtin, die mit ihrer Vorstellung von Recht bloß Mißfallen erregt. Es ist auch ein Film über die Einsamkeit des Außenseiters in einer Gemeinschaft, die auf Gedeih und Verderb unter sich bleiben will. Gerechtigkeitsfanatiker sind da nur Störer, die früher oder später wieder fortgeschickt werden. Die Kleinstadtidylle muß gerettet werden.

RAINER NOLDEN

Kung Fu auf dem Motorrad

Ordnung muß sein – Gruselstunde ist im Fernsehen am Wochenende, gegen Mitternacht. Das ZDF hat eine Serie begonnen, in welcher der Freund von Gruselfilmen jeweils gleich mit mehreren Streifen bedient wird. Sie heißt **Carl Heinz Schroth – Meine schwarze Stunde**, dauert aber eineinhalb Stunden. Die Kurzfilme werden garniert durch Small talk von Schroth, und zwar in der diesem Charakterspieler so gut liegenden bedrohlichen Gemütlichkeit (oder umgekehrt).

War es wirklich so gruselig? Solche Effekte bedürfen einer besonderen Vorbereitung. Sie stellen sich erst ein, wenn der Film über lange Strecken eine ganz normale Welt vorführt, ehe sich dann unvermutet irgendwo eine Falltüre öffnet. Im ersten Streifen sah man schon in der allerersten Minute das Opfer verzerrten Gesichtes auf einen düsteren Friedhof wanken. Das ist etwa so, wie wenn in einem Liebesfilm das Paar schon in der ersten Szene aufs Bett plumpst. Ein bißchen Vorspiel sollte schon sein.

Der beste der fünf Streifen war denn auch der letzte. Nicht nur wegen des Auftritts von David Carradine alias „Kung Fu" in der Rolle eines alternativen Motorradfahrers. Dieser Film wälzte sich zunächst geradezu in gemütlicher Milieuschilderung, was den Zuschauer zum ersten Male während der eineinhalb Stunden unruhig stimmte. Saß man wirklich in einem Gruselfilm? Die Schlußpointe wurde dann allerdings noch verpatzt. Gruselszenen sollten theoretisch möglich bleiben: Ein gestiefelter Carradine wird allenfalls von einem Haifisch gefressen, sicher nicht von einer Krake...

ANTON MADLER

STUDIO

Zum Chefredakteur für die Hörfunk- und Fernsehaktivitäten des Verlagshauses Axel Springer ist **Hermann Leitner** (56) berufen worden. Er wird seine Tätigkeit am 1. April 1985 aufnehmen. **Henri Regnier**, der derzeit diese Aufgabe übergangsweise wahrnimmt, wird seine Tätigkeit vereinbarungsgemäß zum 31. März beenden.

Hermann Leitner war bisher als freier Regissseur und Autor in der deutschen Fernsehszene tätig. Unter seiner Regie entstanden bekannte Fernseh-Serien und Unterhaltungssendungen wie „Der Kurier der Kaiserin", „Polizeifunk ruft", „Hamburg Transit" und „Die Melchiors". Ferner stammen zahlreiche Heinz-Rühmann-Sendungen von ihm. So zeichnete Leitner unter anderem für das Porträt des Schauspielers zu seinem 80. Geburtstag verantwortlich.

DW





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

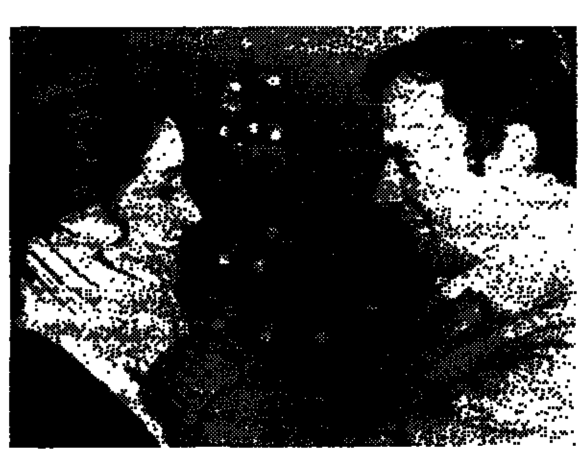
10.00 Tagesschau
10.05 Regenbogen
10.35 Der Onkel aus Amerika
Deutscher Spielfilm (1953)
12.15 Weltspiegel
Mit Gerd Ruge
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Video & Co.
17.20 Das Tanzbärenmärchen
Ein Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
1. Teil: Atta und Mumma
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Im Ring: Mr. White Death
21.00 Kinder der Welt (2)
Im Schatten der Götter
Indien – für viele verbindet sich mit diesem Land und seiner Religion Menschlichkeit und Nächstenliebe. Doch für die Mehrheit der Inder zeigt sich die soziale Wirklichkeit brutal, rassistisch und ausbeuterisch und steht in krassem Widerspruch zu den Forderungen des Hinduismus. In der zweiten Ausgabe seiner Dokumentationsreihe geht Gordian Troeller diesem Widerspruch vor allem am Leben der Kinder nach.
21.45 Bitte umblättern
Im Mittelpunkt der neuen Ausgabe des Unterhaltungsmagazins stehen diesmal der in Amerika zu *großem Erfolg gekommene Südti*roler Komponist Giorgio Moroder, der neue Hollywood-Star Kathleen Turner, der italienische Musiker Tony Esposito sowie der Porzellan-Riese Philip Rosenthal.
22.30 Tagesthemen
23.00 Meine Nacht bei Maud
Französischer Spielfilm (1968)
Mit Jean-Louis Trintignant, Françoise Fabian u. a.
Regie: Eric Rohmer
Der junge Ingenieur Jean-Louis ist ein prinzipienstrenger Katholik. Er widersteht den Verlockungen der attraktiven Ärztin Maud, als diese ihn eines Nachts auf die Probe stellt. Später muß er jedoch erfahren, daß die Sicherheit, die er sich von moralischer Prinzipientreue verspricht, trügerisch sein kann.
0.50 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mikroprozessor – Mikrocomputer
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
In Natal, einer Provinz Südafrikas, liegt das berühmte Umfolozi-Schutzgebiet, in dem das weiße Nashorn oder Breitmaulnashorn lebt, das sich mit seinem rasenmähergroßen Maul buchstäblich Gassen durch das Steppengras frißt. Martin Perkins schildert nun, wie solch ein tonnenschwerer Riese gefangen und in ein Gebiet gebracht wird, in dem die Breitmaulnashörner ausgerottet wurden.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 SOKO 5113
Goldregen
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Sechshundert Millionen unter Dreißig
Chinas Jugend, beobachtet von Peter Berg
Kamera: Klaus Keimer
20.15 Die Abenteuer des Rabbi Jacob
Franz.-ital. Spielfilm (1973)
Mit Louis de Funès u. a.
Regie: Gérard Oury
Der französische Industrielle und Erzkatholik Buntspecht hetzt zur Hochzeit seiner Tochter. Doch die Fahrt endet in einer Wasserlache, und sein jüdischer Chauffeur macht wegen Sabbatbeginn Arbeitsschluß. Bei seiner nächtlichen Hilfesuche gerät Buntspecht nun von einem Abenteuer ins nächste.
21.45 heute-journal
22.05 Klassik aktuell
Neuheiten vom Plattenmarkt
22.35 Das Fernsehspiel des Auslands
Rote und weiße Fahnen
Finnland 1978
Der Film schildert das Leben einer kleinen finnischen Provinzstadt zur Zeit des Ersten Weltkriegs.
0.35 heute



Françoise Fabian und Jean-Louis Trintignant in einer Szene von Eric Rohmers Film „Meine Nacht bei Maud" (ARD, 23.00 Uhr)

FOTO: ARD

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
21.45 Wenn Bilder reisen
Wieviel Mühe es kostet, eine Kunstausstellung vorzubereiten.
22.15 Der Prozeß
3. Teil: Urteile
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Eine Klassenreise (7)
19.15 Wovon wir leben
Unser täglich Brot
19.45 Aquaristik (1)
Welt der Zierfische
20.00 Tagesschau
20.15 Späte Heimkehr
21.00 Das Montagsthema
22.00 Der Henker nimmt Maß
Amerikanischer Spielfilm (1957)
23.25 Nachrichten

HESSEN

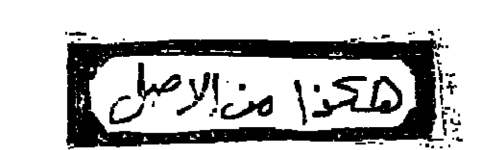
19.00 Rockpalast
Mit Herbert Grönemeyer
20.00 8 Brief 1000 Röhren
An der Frankfurter Börse
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
Nichts geht mehr ...
22.30 Weil ich weiß, so ist das gewesen und nicht anders
Der Maler Otto Dix

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
Vor 90 Jahren geboren: Lisa Tetzner – eine Märchenerzählerin unterwegs
20.35 Bahnen von morgen
Transrapid 06
Schnellbahn ohne Schienen und Rad
21.30 Buck Rogers (8)
21.45 Frauen in der Sowjetunion
Träume vom Glück unter anderen Umständen
22.30 Jazz am Montagabend
23.35 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Unsichtbare Welten
Kameras erweitern unseren Horizont
Dokumentation von Alex Pomasanoff
22.50 Schauplatz New York
Kinder der Straße
Kriminalfilm
23.35 Rundschau



Reagan stimmt US-Positionen für Genf ab

dpa/AP, **Washington**

US-Präsident Reagan berät in dieser Woche mit seinen engsten Mitarbeitern über die „Feinabstimmung" der amerikanischen Positionen beim Genfer Treffen zwischen Außenminister George Shultz und seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko am 7. und 8. Januar. Mit dem Treffen wollen die beiden Supermächte ihre Bemühungen um eine *Eindämmung der Atomrüstung* wieder in Gang bringen.

Wie aus dem Weißen Haus verlautete, gilt Paul Nitze als erster Anwärter für den Posten eines Sonderbeauftragten für die möglicherweise bevorstehenden neuen Abrüstungsgespräche. Nitze hatte auf amerikanischer *Seite die vor einem Jahr von den* Sowjets abgebrochenen Verhandlungen über atomare Mittelstreckenraketen geleitet. Aber auch der frühere Sicherheitsberater Brent Scowcroft sei noch im Gespräch.

Der stellvertretende Sprecher des Weißen Hauses, Bob Sims, erklärte, die US-Regierung habe zwar Pläne für den Fall neuer Verhandlungen ausgearbeitet. Es gebe aber keine „statische Situation". Die US-Regierung wolle nicht über die Erklärung Moskaus streiten, daß das Treffen in Genf „völlig neue Gespräche" bedeute. „Wir können damit leben." Sims wies die Mutmaßung des CBS-Fernsehens zurück, daß die US-Regierung bereit sein könnte, eines günstigeren Verhandlungsklimas wegen die Aufstellung weiterer Raketen in Westeuropa einstweilen einzustellen. Die Aufstellung gehe planmäßig weiter, und ein Aufstellungstopp oder ein Abbau komme nur in Frage, wenn ein Abkommen mit den Sowjets erzielt werde.

Bangemann fordert ein „neues Grundvertrauen"

Zu tolerantem Umgang mit der Parteiminderheit aufgerufen

hrk. **Berlin**

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann kündigte in einer programmatischen Rede vor dem FDP-Landesparteitag in Berlin an, nach seiner Wahl zum Genscher-Nachfolger für ein „neues Grundvertrauen" zwischen FDP-Basis und Führung zu sorgen. Er räumte ein, daß es daran zur Zeit mangele. Zugleich forderte er die Freien Demokraten zu mehr Solidarität, Geschlossenheit, Selbstbewußtsein und tolerantem Umgang mit der eigenen Parteiminderheit auf.

„Laßt uns ein Stück zusammenrücken", rief Bangemann in seiner mit starkem Beifall bedachten Rede aus. „Lassen Sie uns alle miteinander anfangen, uns als Liberale wieder zusammenzuraufen." Bangemann gab zu, die FDP habe in der Vergangenheit auch Fehler gemacht. Sarkastisch meinte er, bisweilen habe er den Eindruck, die Partei „lebt überhaupt nur von ihren Fehlern, und wir sind hier alle zusammen unberechenbar". Möglicherweise seien die Fehler der FDP „sogar so groß, daß wir uns damit nicht einmal den Wählern stellen können", meinte er.

Energisch widersprach der designierte FDP-Vorsitzende der Kritik von Franz Josef Strauß und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, die Liberalen sollten nach der Wende nun auch Abschied vom Freiburger Programm nehmen: „Wir werden diese Freiburger Thesen niemals verbrennen!" Die Partei habe auch im Rückblick „nichts von ihrem Willen zurückzunehmen, die sozial-liberale Koalition geschlossen zu haben".

Die FDP sei es gewesen, die Entspannungspolitik bis hin zur Annahme der Vereinbarungen von Helsinki möglich gemacht habe: „Wir haben *keinen Anlaß, auch nur einen* Zentimeter des Weges zu bereuen, den wir mit der SPD in der sozial-liberalen Koalition gegangen sind", stellte Bangemann fest.

Der Wechsel in Bonn sei dennoch ohne jeden Zweifel geboten und notwendig gewesen. Den Delegierten rief Bangemann zu: „Wir sollten uns nicht einreden, wir hätten uns selbst ausgewechselt!" Die FDP setze dieselbe liberale Politik, die sie stets verfochten habe, jetzt lediglich mit einem anderen Partner durch.

Seinen Parteifreunden hielt Bange*mann vor*, sich immer wieder und ohne Not über Strauß aufzuregen: „Es ist nicht nötig, alle drei Tage zu sagen, daß er kein Liberaler ist, das ist bekannt. Ich würde auch zutiefst erschrecken, wenn er ein Liberaler wäre!"

Selbstkritisch stellte der FDP-Politiker zugleich fest, die Liberalen hätten sich in der Vergangenheit offensichtlich manchmal politisch übernommen: „Wir haben uns an kritischen Punkten der Geschichte dieser Bundesrepublik stets einiges aufgeladen und manchmal überladen. Immer standen wir dann da und haben ‚Hier!' gerufen und das ganz laut ..."

Die FDP als liberale Kraft sei in der Bundesrepublik „nicht ersetzbar", auch wenn andere Gruppierungen „Fetzen liberaler Gedanken" übernommen hätten. Bangemann beklagte, daß durch die Ereignisse der vergangenen Wochen das Ansehen von Politikern insgesamt stark in Mitleidenschaft gezogen worden sei.

Oder-Neiße-Linie nicht anerkannt

Niederlage des Vorstandes der Jungen Union / „Kritischer Widerpart zur Partei"

DW. **Berlin**

Die Junge Union hat sich gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ausgesprochen. Auf dem Deutschlandtag der CDU/CSU-Jugendorganisation in Berlin scheiterte am Wochenende der Versuch des JU-Vorsitzenden Christoph Böhr sowie einer Mehrheit des Vorstands, unterhalb dieser Schwelle den Polen in diesen Gebieten eine Grenzgarantie zu geben.

Nach stundenlager kontroverser Debatte bei teilweise unübersichtlicher Abstimmungslage verwarf eine *deutliche Mehrheit* der Delegierten unter Führung der Bayern in der Nacht zum Sonntag mit Annahme eines Kompromißpapiers die ursprünglich geplante Aussage, von deutscher Seite werde die polnische Westgrenze nicht mehr in Frage gestellt. Böhr äußerte sich später vor der Presse enttäuscht, daß die Grenzformulierung keine Zustimmung gefunden habe. Er empfinde die Entscheidung jedoch nicht als Niederlage.

In dem angenommenen Papier kommt die Grenzproblematik nur durch Verweis auf den Warschauer Vertrag vor. Darin hatten die Bundesrepublik und Polen 1972 festgestellt, daß die Oder-Neiße-Linie die westliche Staatsgrenze Polens bilde. Die JU stellte in Berlin jedoch klar, dies *bedeute keine völkerrechtliche Anerkennung*. Um die Offenheit der deutschen Frage zu unterstreichen, wurden alle wichtigen Rechtsgrundlagen *zur Deutschlandpolitik aufgezählt*. Ergänzend sicherte die JU den Polen im Rahmen einer friedensvertraglichen Regelung „Heimatrecht" zu, *drang auf ein Volksgruppenrecht* für Deutsche in den osteuropäischen Staaten und trat für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen und des polnischen Volkes ein.

Der Deutschlandtag wollte unter dem Motto „Die Deutschen sollen einander näherkommen" einen umfangreichen Katalog praktischer Schritte in der innerdeutschen Politik verabschieden. Aus Zeitgründen wurde das Gesamtpapier jedoch nicht mehr fertig. Der Deutschlandrat, das nächsthöhere Gremium, soll nun über den unerledigten Teil beschließen. Das Papier setzt sich für mehr menschliche Begegnungen ein und verwendet dafür den Begriff Wiedervereinigung der Menschen. Es fordert ein innerdeutsches Jugendwerk sowie die Abschaffung von Schießbefehl und Selbstschußanlagen.

Böhr hatte zur Eröffnung des Bundeskongresses das Selbstverständnis der JU mit dem Satz umschrieben, sie sei der kritische Widerpart der Regierung. Am Sonntag wurde die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, *anstelle der vom Verfassungsgericht aufgehobenen Zwangsanleihe* Maßnahmen zu ergreifen, um die soziale Symmetrie der Einsparungen zu *gewährleisten. Dabei solle auch an Ausgleichsmöglichkeiten im Rahmen* der Steuerreform gedacht werden. Die CDU/CSU-Fraktion wurde ermahnt, beim Subventionsabbau entsprechende Schritte einzuleiten.

Auf zum Teil heftige Kritik war in der Jungen Union die Reaktion ihrer *Partei auf die Spendenaffäre* gestoßen. In einer Diskussion mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler auf dem Deutschlandtag bemängelten Delegierte, daß von der in diesem Zusammenhang geforderten Selbsterneuerung auch in der CDU nicht die Rede sei. Geißler wies diesen Vorwurf entschieden zurück und verwies auf von ihm eingeleitete Initiativen zur Klärung dieser Fragen.

Die Bundesregierung war zuvor vom *Vorsitzenden der CDU/CSU-*Nachwuchsorganisation, Christoph Böhr, kritisiert worden, nach dessen Ansicht die Regierungspolitik „viel zu sehr von Zwischenfällen und Skandalen" bestimmt ist. Geißler wurde vorgehalten, daß selbst Ansätze zur Selbsterneuerung der Parteien in der CDU nicht zu erkennen seien. Auch sei es nicht die Spendenaffäre selbst, sondern die Reaktion der Parteien darauf, die Unmut hervorrufe. Auf dem Deutschlandtag habe man zumindest ein Wort des Bedauerns oder des Eingeständnisses der Partei erwartet.

Geißler wies die Forderung aus den Reihen der Jungen Union zurück, er solle als Familienminister zurücktreten, um sich voll auf das Amt des Generalsekretärs zu konzentrieren. Unter der Doppelfunktion hätten, betonte Geißler, weder die Parteiaufgabe noch die Arbeit als Minister gelitten. Mit dieser Feststellung unterlief er einen Antrag des baden-württembergischen Landesverbandes der Jungen Union, in dem die Trennung beider Ämter im Interesse der Partei verlangt worden war. Geißler räumte allerdings ein, daß die Verbindung von Generalsekretär und Ministeramt in einer Person keine „Ewigkeitsentscheidung" sei.

Der CDU-Generalsekretär rief vor den Delegierten zur politischen Auseinandersetzung mit den Grünen und Alternativen auf, deren Schonfrist abgelaufen sei. Den Sozialdemokraten hielt er vor, mit Hilfe der Grünen eine Mehrheit gegen die Unionsparteien zu suchen. Dabei wurde er plastisch: „Die Grünen hetzen alle 14 Tage eine andere Sau durchs Dorf", und die Sozialdemokraten „setzten sich auf diese Sau".

Volontäre: Informationen aus erster Hand

URSULA von BENTHEIM, **Berlin**

Informationen aus erster Hand holten sich 60 Redaktionsvolontäre des Axel Springer Verlages bei einem zweitägigen Treffen in Berlin. Den jungen Zeitungsmachern in spe, die aus allen Teilen Deutschlands, Hamburg, München, Bonn, Stuttgart, Frankfurt und Hannover angereist kamen, sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich im Rahmen ihrer zweijährigen Ausbildungszeit auch in anderen Großstädten möglichst umfassend auf politischer Ebene zu orientieren. In Berlin wollten sie die Grenze zwischen Freiheit und Unfreiheit kennenlernen.

Im vergangenen Jahr hatte man schon den Bonner Politikern über die Schulter gesehen, im nächsten Jahr steht ein Volontärstreffen in Brüssel auf dem Programm. In Berlin verfolgte die Gruppe am Donnerstag mit Interesse die Abgeordnetenhaussitzung im Rathaus Schöneberg.

Auf die dort mit Berliner Politikern geführten Diskussionsrunden hatten sich die fünf Dutzend Jungjournalisten außergewöhnlich gründlich vorbereitet. Zum Gespräch stellten sich Parlamentspräsident Rebsch (CDU), der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) sowie der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Hans Kremendahl, der kurzfristig für den tags zuvor mit einem Schwächeanfall ins Krankenhaus eingelieferten Landesvorsitzenden Peter Ulrich eingesprungen war, und der FDP-Fraktionschef Walter Rasch. Am Freitag diskutierte man mit den Abgeordneten der Alternativen Liste (AL).

Miriam Frenzel (23), Volontärin beim „Hamburger Abendblatt", fragte den Regierenden nach den Beziehungen zur „DDR" und nach den Chancen im Ost-West-Dialog für Berlin. Florian Nehm (27), Volontär bei der WELT in Bonn, wollte von Diepgen wissen, wie sein Verhältnis zu Israel sei, und wie er heute die Verantwortung der jungen Deutschen für die damaligen Kriege sieht. Diepgen sagte, er nehme von Berlin aus alle Chancen wahr, um für ein Mehr an Freizügigkeit zwischen Ost und West zu kämpfen. Unabhängig von jeder Generation seien bei den Beziehungen zu Israel Rücksichtnahme und besondere Verantwortung entscheidend – ohne Kollektivschuldgefühle.

Über die kommende Wahl befragt, erklärte Diepgen *optimistisch*: „Ich habe nicht eine Stimme übrig – ich will sie alle haben!"

Die SPD wurde mit der Frage nach einer großen Koalition und der Tolerierung der AL in die Zange genommen. Kremendahl konterte: „Die große Koalition scheidet für uns aus. Man kann nicht die Wendepolitik bekämpfen und gleichzeitig ins Boot steigen!" Eine Tolerierung durch die AL hielt er für „politischen Selbstmord".

FDP-Fraktionschef Rasch beantwortete alle Fragen zu den Besonderheiten des Berliner Parlaments und unterstrich, daß seine Partei die zwölf Bezirksämter weiter streng durchforsten würde, um unnötige Stellen abzubauen.

Am Freitag sahen sich die jungen Gäste im Berliner Verlagshaus um und informierten sich auf einer Busrundfahrt über die zweigeteilte Stadt.

Wiener Zeitung wirft Polen Anmaßung vor

cgs./DW. **Wien/Warschau**

Als „politische Anmaßung" hat die Wiener „Kronenzeitung" das Verhalten der Warschauer Regierung im Zusammenhang mit der nicht zustandegekommenen *Polenreise* des Bundesaußenministers Genscher bezeichnet. Das Blatt fordert die deutschen Politiker auf, sie sollten endlich aufhören zu glauben, die *Bundesrepublik* habe Vermittleraufgaben zwischen den Supermächten zu erfüllen. Die deutsche Außenpolitik dränge sich mit ihren Versöhnungsgesten den kommunistischen Ost-Staaten geradezu auf und lasse dabei bisweilen die nationale Würde vermissen.

Polens amtliche Nachrichtenagentur PAP richtete am Wochenende heftige Angriffe gegen den WELT-Korrespondenten Carl Gustaf Ströhm. In ihrem Kommentar heißt es, Ströhm sei „Spezialist" für Verbindungen zu Mitgliedern des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOR) und habe dem KOR und anderen „anti-sozialistischen Kräften" die Spalten seiner Zeitung geöffnet. PAP polemisiert gegen die freie Berichterstattung des Journalisten Ströhm mit der unbelegten Behauptung, er führe einen „Psycho-Krieg" und rufe zur „Revolte" auf.

Entführer drohen Sprengung somalischer Boeing 707 an

Äthiopien: Noch mehr als 100 Menschen sind an Bord

DW. **Addis Abeba**

Die drei bewaffneten somalischen Soldaten, die am Samstag eine Boeing 707 der somalischen Fluggesellschaft mit 130 Menschen an Bord in ihre Gewalt gebracht und nach Äthiopien entführt hatten, fordern die Aussetzung der Hinrichtung von sieben jugendlichen somalischen Regimegegnern und die Freilassung von 13 politischen Häftlingen. Ein Ultimatum, das die Entführer der Regierung Somalias stellten, war von ihnen im Laufe des Wochenendes wiederholt verlängert worden. Die Luftpiraten drohen, sich mit den übrigen Insassen der Maschine in die Luft zu sprengen. Die Regierung in Mogadischu hat die Erfüllung der Forderungen kategorisch abgelehnt und erklärt, sie mache Äthiopien für das Leben der noch an Bord befindlichen Geiseln haftbar.

Nach Meldungen der äthiopischen Nachrichtenagentur Ena erbrachten Verhandlungen mit den Luftpiraten die Freilassung von 19 Passagieren und drei Besatzungsmitgliedern. An Bord befinden sich jetzt noch 118 Personen. Unter den Freigelassenen sind vier Kinder und 15 Frauen, ein bei einer Schießerei an Bord verletzter Sicherheitsbeamter, der von den Entführern verprügelte Flugkapitän und dessen erkrankter Kopilot. Den Kapitän hatten die Luftpiraten mißhandelt, weil er sich ihren Anordnungen widersetzt hatte.

In einer Erklärung des somalischen Außenministeriums heißt es, die Forderungen der Luftpiraten zu erfüllen hieße, „sich einer Erpressung zu beugen, die den internationalen Terrorismus weltweit ermutigen würde". Das Ministerium äußerte die Hoffnung, daß Äthiopien alles tun werde, um die Sicherheit von Flugzeugpassagieren und Besatzung zu gewährleisten. Radio Mogadischu meldete, die von den Flugzeugentführern für ihre Tat genannten Gründe seien fadenscheinig. „Was sie sagen, wird nicht beabsichtigt", hieß es offenbar in bezug auf die angeblich für gestern angesetzte Hinrichtung der sieben Jugendlichen.

Dschibuti will nach Angaben des Präsidialamtes aus humanitären Gründen den drei Luftpiraten Zuflucht gewähren. Ebenso würden auch die 13 Häftlinge und die sieben Studenten aus Somalia aufgenommen, deren Freilassung die Entführer forderten.

Auf dem Weg zur Versöhnung mit Polen

● Fortsetzung von Seite 1

Meinung." Deshalb würden die Erfolge der Regierung „beim jetzigen Zustand der öffentlichen Meinung nur langsam durchdringen".

Immer wieder klang bei den Fragen der Delegierten durch, daß es dem Nachwuchs der Union offensichtlich Mühe bereitet, gegenüber der Basis auf den Gebieten der Umweltpolitik überzeugend zu argumentieren. *Hier schickte Kohl die allgemeine Aufforderung voraus*, eine sachliche Umweltdiskussion zu betreiben und nicht der „allgemeinen *Umwelthysterie*" zu erliegen. *Auseinandersetzungen über Buschhaus und* umweltfreundliche Autos hätte es in diesem Maße nicht gegeben, „wenn *in Bonn andere vor mir nachgedacht* hätten". Kohl meinte damit vor allem die Zeit der sozialliberalen Koalition.

Der Mittelweg „zwischen Ökologie und Ökonomie", den die Regierung eingeschlagen habe, lasse sich beispielsweise beim Problem des Waldsterbens nur gemeinsam in der EG lösen. Kohl erklärte, man habe in diesem Punkt „die Stimmung in der EG umgedreht" und werde jetzt in Rekordzeit zum umweltfreundlichen Auto kommen. Mut für die politische Auseinandersetzung machte der Kanzler den Delegierten mit den Worten: „Liebe Freunde, Sie halten doch anhand der Fakten jede Diskussion mit den Grünen durch."

Zur parlamentarischen Arbeit der Grünen im Bundestag befragt, äußerte Kohl dann eine persönliche Einschätzung, die jedoch dem Union-Nachwuchs zum Teil bitter aufstieß. Manchem grünen Abgeordneten nehme er „den Idealismus in der Sache ab", bei einigen allerdings „mache ich nur noch die Augen zu und höre die Intentionen von Hilde Benjamin und Roland Freisler". Er sei fest überzeugt, daß sich das Problem der Grünen schon innerhalb dieses Jahrzehnts nicht mehr stellen werden, „wenn alle großen Parteien ihrer demokratischen Überzeugung treu bleiben". Wie sehr die Bereitschaft zum prompten Widerspruch in der Jungen Union gewachsen ist, verdeutlichte dann die Reaktion eines Delegierten, der feststellte, Vergleiche der Grünen mit dem Nationalsozialismus „führen uns nicht zum Ziel".

Gegen die Aufforderung an den Kanzler, „die braune Keule drinzulassen", verteidigte sich Kohl mit den Worten, er sei natürlich gegen jede pauschale Verurteilung. Allerdings sei er nicht bereit hinzunehmen, „daß *die Grünen Mitglieder des Parlamentes* bis zum Exzeß herabwürdigen".

Beim Thema Parteienfinanzierung apellierte der Kanzler an die JU, die später revidierte Steuerbefreiung für den Flick-Konzern strikt von der Parteienfinanzierung zu trennen. Kohl stimmte der Meinung einiger Redner zu, die jetzige Regelung zur Offenlegung der Einkünfte von Abgeordneten reiche nicht aus. Spenden an Parteien seien jedoch in keiner Weise anrüchig. „Wir haben immer von Spenden gelebt und werden auch weiter davon leben." Zur Berichterstattung über die Affären der vergangenen Monate warnte Kohl, „die Rechtskultur des Landes irgendwelchen Magazinen zu übergeben".

Angesprochen auf den Rücktritt Rainer Barzels, lehnte Kohl es ab, in diese Richtung „noch einmal nachzutreten". Der stürmische Beifall der Delegierten bewies, wie diese die Einschätzung Kohls teilten, Barzel habe „in schwierigster Zeit unserem Land und unserer Partei gedient" und eine „ausgezeichnete Amtsführung" bewiesen. Barzel habe in einer Angelegenheit, die strafrechtlich nicht einmal relevant sei, einen Fehler gemacht, weil er einen Sachverhalt „nicht rechtzeitig mitgeteilt hat". Zu Fragen, inwieweit er Einfluß auf den Rücktritt genommen und warum er keine „Ehrenerklärung" für Barzel abgegeben habe, sagte Kohl: „Rainer Barzel hat seine Entscheidung aus freien Stücken getroffen."

Der Service der Post

gb. – Monopolunternehmen sind von Übel, besonders öffentliche wie die Post. Wem zum Beispiel an einem Donnerstagabend das Fernsehgerät kaputtgeht, die Antenne ausfällt, ein Abwasserrohr verstopft, die Stromanlage ausfällt: Allen kann geholfen werden. Ein Blick in den Anzeigenteil der lokalen Tageszeitung oder in die gelben Seiten des Fernsprechbuches produziert eine Reihe von privaten Dienstleistern, die solche Schäden rund um die Uhr und natürlich auch an Wochenenden beseitigen. Anruf genügt.

Was aber passiert, wenn das Telefon nicht richtig funktioniert? Kein privater Unternehmer steht bereit, den wahrscheinlich kleinen Schaden zu beheben. Die Post hat sich diese Arbeiten selber vorbehalten. Nun wäre das nicht weiter schlimm, wenn der Service der Post dem der privaten Unternehmen entspräche. Tut er aber mitnichten, wie ein Anruf bei der zuständigen Stelle beispielsweise an einem Freitagmorgen schnell ergibt.

„Hören Sie mal", sagt der um prompte Arbeit gebetene öffentliche Dienstleister der Post, „wir haben viel zu tun und an einem Freitag machen wir früher Feierabend." Hinweise auf Privatfirmen oder etwa öffentliche Verkehrsunternehmen, die auch an Wochenenden tätig sind, beeindrucken den Mann von der Post nicht. Er überhöht lediglich sein individuelles Fehlverhalten ins Systembedingte: „Wenn Ihnen das so nicht paßt, dann müssen Sie das dem Schwarz-Schilling sagen." Was hiermit geschehen soll.

Zweifelhaft

Mk. – Als das noch bis Mitte 1986 laufende dritte Welttextilabkommen zur Beratung anstand, gab es ein Hauptargument dafür, daß mit dem Protektionismus in diesem Bereich nicht Schluß gemacht werden könne: Die düsteren wirtschaftlichen Aussichten in den Industriestaaten. Sicher, die Zahl der Arbeitslosen sind seitdem noch gestiegen, aber die Wachstumsperspektiven haben sich entscheidend verbessert. Überdies hat sich immer mehr herumgesprochen, daß Schutzwälle gegen Einfuhren ein zweifelhaftes Instrumentarium darstellen, um der eigenen Wirtschaft zu helfen. Unter dem Strich sind die Rechnungen nicht aufgegangen. So weist auch eine Studie des Gatts darauf hin, daß die Fortsetzung des Welttextilabkommmens nicht nur eine weitere Automation der Produktion und damit einen geringeren Arbeitskräfteeinsatz zur Folge haben würde, sondern daß die geringeren Einfuhren aus den Entwicklungsländern auch die Exportmöglichkeiten der EG begrenzen. Daher ist die Zeit reif, ernsthaft an Reformen in diesem Bereich heranzugehen.

BAUMASCHINEN / Die Branche erwartet vom Export Signale für Wachstum

Wiederbelebung der Bautätigkeit in Ländern und Gemeinden erhofft

DANKWART SEITZ, München

Ohne besondere Blessuren hat die deutsche Bau- und Baustoffmaschinenbranche 1983 den viel beachteten Konkurs des Mainzer IBH-Konzerns überstanden. Erstmals gelang es ihr sogar, auf dem hart umkämpften Weltmarkt „Export-Weltmeister" zu werden. Wenn sich auch im laufenden Jahr die vorsichtig optimistischen Erwartungen nicht ganz erfüllen, die weiteren Aussichten geben keinen Anlaß zur Sorge.

Auf eine Prognose für das kommende Jahr wollte sich Peter Jungen, Vorsitzender der Fachgemeinschaft Bau- und Baustoffmaschinen im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), während der Jahrestagung des Verbandes in München nicht festlegen lassen. Doch schließlich meinte er dennoch, daß ein Umsatzplus von vier bis fünf Prozent „durchaus im Bereich des möglichen" liegen sollte. Seine Erwartungen richten sich dabei wegen der fortschreitenden Haushaltskonsolidierung von Bund, Ländern und Gemeinden auf eine langsame Wiederbelebung der öffentlichen Bautätigkeit im Inland.

Die entscheidenden Signale werden allerdings, wie Jungen meinte, wieder von den Exportmärkten zu erwarten sein. Hier habe sich schon in den letzten Wochen und Monaten eine Nachfragebelebung abgezeichnet. Die währungsbedingte günstige Wettbewerbssituation deutscher Anbieter in den USA selbst, aber auch im gesamten Dollar-Raum, lasse für die kommenden Monate eine positive Entwicklung erhoffen. Das gelte nicht nur für den US-Markt, sondern auch für eine zunehmende Zahl von öl- und rohstoffexportierenden Ländern sowie für die meisten westeuropäischen Staaten, deren Konjunkturentwicklung weiter aufwärts zeige.

Im laufenden Jahr sieht Jungen allerdings „noch mehr Schatten als Licht". Für die ersten acht Monate weise der Inlandsumsatz nur noch einen realen Anstieg um 3,3 (nominal 5,9) Prozent auf 2,1 Mrd. DM auf und „blieb damit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück". Im Export habe sich sogar trotz positiver Entwicklung in verschiedenen Industrieländern ein realer Rückgang um 9,8 (nominal 7,5) Prozent nicht vermeiden lassen. Da auch die Auftragseingänge in den ersten drei Quartalen für die Branche ein Minus von real 15 Prozent aufwiesen (Inland minus 21, Ausland minus 11 Prozent), müsse für das Gesamtjahr mit einem Produktionsrückgang um acht Prozent auf sechs Mrd. DM gerechnet werden.

Als „Senkrechtstarter" haben sich nach Angaben von Jungen für den deutschen Baumaschinenexport wegen der Hochkonjunktur und des starken Dollars die USA entwickelt. In den ersten drei Quartalen 1984 erhöhten sich dorthin die Lieferungen um 106 Prozent auf 309 Mill. DM. Darin sieht Jungen für die deutsche Bau- und Baustoffmaschinenindustrie, aber auch für die weite Branche des Maschinenbaus, die Chance, jetzt „nicht nur schnelle Marktanteile kaufen zu können, sondern sich durch konsequenten Aufbau eines Vertriebs- und Servicenetzes dauerhaft auf diesen attraktiven Markt einzurichten". Auch bei einem Dollar-Kursrückgang oder einer Konjunkturabschwächung sei es dann ungleich besser möglich, etablierte Positionen zu verteidigen.

Im vergangenen Jahr mußte die Branche den Angaben zufolge ein Umsatzminus von 3,1 Prozent auf 8,48 Mrd. DM hinnehmen, wobei das Inlandsgeschäft ein Plus von 6,5 Prozent auf 3,17 Mrd. DM brachte. Der Export hingegen fiel um 8,1 Prozent auf etwas unter 5,8 Mrd. DM. Für Jungen ein „beachtlicher Erfolg", denn wegen der weltweiten Konjunkturschwäche verringerte sich 1983 der gesamte Bau- und Baustoffmaschinenexport der westlichen Industrieländer um 13,7 Prozent auf 24,5 Mrd. DM. Mit einem Anteil von 21,8 (20,5) Prozent sei die Bundesrepublik damit erstmals Weltmarktführer vor Japan (19,1 nach 16,6 Prozent) und den USA (19,0 nach 23,6 Prozent) geworden. Die wichtigsten Abnehmerländer waren Saudi-Arabien (591 Mill. DM), Irak (347,8), Frankreich (337,8), Großbritannien (275,5) sowie die USA (251,8 Mill. DM).

WELTTEXTILABKOMMEN

Verbraucher und Handel fordern die Abschaffung

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Für das Auslaufen des Welttextilabkommens nach einer fünfjährigen Übergangszeit haben jetzt gemeinsam der Zusammenschluß von Verbraucherverbänden der Europäischen Gemeinschaft (BEUC) und des Einzelhandels (FTA) in Brüssel plädiert. Sie fordern das Ende des Abkommens, weil es seine Zielsetzungen verfehlt habe und lediglich ein hochprotektionistisches Instrument für die europäische Industrie darstelle. Das Quotensystem habe dazu geführt, daß die Auswahl eingeschränkt und die Preise nach oben getrieben worden seien.

Das Ende des dritten Welttextilabkommens im Juni 1986 sollte der Beginn eines freien Textilhandels sein. Dabei weisen die Verbraucher und Importeure darauf hin, daß der Handel in diesem Bereich über den Schutz des Abkommens hinaus noch durch hohe Zolltarife belastet seien.

Als ersten Schritt für einen stufenweisen Übergangsprozeß schlagen sie vor, den Import von Kinderbekleidung, der durch das Abkommen besonders diskriminiert wird, zu liberalisieren. Dies würde den Familien mit Kindern in Europa helfen, wobei die Auswirkungen auf die Produzenten gering wäre. Vollständig liberalisiert werden sollten ebenfalls alle Produkte, deren Nachfrage nur unzureichend von den Produzenten aus der EG befriedigt wird, wenn zum Beispiel die Importe höher als 66 Prozent oder 75 Prozent des Verbrauches sind. Einen Abbau der Schutzmaßnahmen böte sich auch bei den Produkten an, bei denen die Industrie selbst mehr als ein Drittel der Importe durchführt. Möglich sollte die Liberalisierung auch bei solchen Erzeugnissen sein, bei denen die Importquoten zu weniger als 66 Prozent ausgenutzt werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen habe das Abkommen die Probleme, die es lösen sollte, eher vergrößert. So habe es nicht zu einer geordneten Expansion des Welthandels beitragen können. Es habe auch nicht den Entwicklungsländern geholfen, sondern eher den Industriestaaten. Dies zeige sich an der Dominanz der Mitgliedsländer und anderer entwickelter Staaten auf dem EG-Textilmarkt. Mit 2,1 Prozent habe China den höchsten Marktanteil aller Entwicklungsländer und rangiere damit auf Platz zwölf unter den Textilanbietern in der EG. Im Bekleidungssektor sehe es etwas günstiger aus. Vier der 15 ersten Lieferländer fielen unter das Abkommen und brächten es zusammen auf rund ein Fünftel des Importmarktes. Von den zehn größten Weltexporteuren im Textilbereich seien sechs EG-Staaten. Auf dem Bekleidungssektor wird die Vergleichszahl mit fünf EG-Ländern plus den USA angegeben. Die Quoten hätten dazu geführt, daß sich die Anbieter aus den Entwicklungsländern auf höhere Qualitäten spezialisiert und so den europäischen Produzenten direkte Konkurrenz gemacht hätten.

Probleme mit Investitionen

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die strukturellen Schwächen der französischen Industrie kommen vor allem der deutschen zugute. Sie hatte schon von der früheren Konsumbelebungspolitik der sozialistischen Regierung stark profitiert. Dem durch die übermäßige Erhöhung der Löhne und Sozialleistungen herbeigeführten Verbrauchsanstieg waren die nationalen Produzenten durchweg nicht gewachsen. Das führte zu einem Importboom, der eine rapide Verschlechterung der Handelsbilanz nach sich zog.

Inzwischen hat die Regierung auf Austerity geschaltet. Durch massive Steuererhöhungen und eine durch die Desindexierung der Löhne untermauerte restriktive Einkommenspolitik kam es auf breiter Front zu Kaufkraftverlusten. Sie wurden zwar zunächst noch durch den Rückgriff auf die Ersparnisse weitgehend kompensiert. In letzter Zeit aber haben die Franzosen ihren Verbrauch fühlbar eingeschränkt.

Diese Entwicklung erreichte im Oktober ihren vorläufigen Höhepunkt. Gegenüber dem Vormonat war in Frankreich der private Konsum um nicht weniger als 7,4 Prozent gefallen und unter Ausschluß der leicht belebten Autokäufe sogar um 10,7 Prozent. Zwar ist dieser Einbruch zum Teil darauf zurückzuführen, daß die kräftig erhöhte Wohnungssteuer bezahlt werden mußte. Aber der eigentliche Grund war der Rückgang der Reallöhne, der im dritten Quartal 0,9 Prozent erreicht hatte. Für das Gesamtjahr wird jetzt ein Kaufkraftverfall von 2,5 Prozent erwartet.

Entsprechend schlecht ist es zur Zeit um den deutschen Konsumgüterexport nach Frankreich bestellt. Dafür nehmen aber die französischen Investitionsgüterimporte aus der Bundesrepublik stark zu. Denn die Investitionstätigkeit der französischen Unternehmen hat sich beträchtlich belebt, seitdem sich ihre Ertragslage wegen der weniger steigenden sozialen Lasten und sinkender Kreditzinsen fühlbar verbesserte. Nach amtlichen Schätzungen dürften die Investitionen in diesem Jahr das Vorjahresergebnis um real 12 Prozent übertreffen.

Bei den Investitionsgütern ist Frankreich aber noch stärker auf Importe, insbesondere aus der Bundesrepublik, angewiesen als im Konsumgüterbereich. Die deutsche Industrie profitiert bereits hier von ihrer langjährigen Präsenz auf dem französischen Markt. Viele französische Unternehmen besitzen deutsche Maschinen und vergeben jetzt Anschlußaufträge. Obwohl die meisten der in den letzten Monaten bestellten Investitionsgüter noch nicht geliefert wurden, verbuchte Frankreich schon im Oktober gegenüber der Bundesrepublik einen Einfuhrüberschuß in der Rekordhöhe von 3,07 Milliarden Franc.

Die Bundesrepublik ist damit wieder einmal in den Blickpunkt des Pariser Außenhandelsministeriums geraten. Zwar denkt man dort nicht an protektionistische Maßnahmen. Kritisiert werden hier die nichttarifären deutschen Handelshemmnisse. Unerwähnt bleibt dagegen, daß der französische Franc gegenüber der D-Mark inzwischen wieder überbewertet ist. Gleichwohl konnte Frankreich seinen Export in die Bundesrepublik im Jahresvergleich der ersten neun Monate um 12,9 Prozent und damit preisbereinigt um 2,4 Prozent steigern.

Das Problem besteht für Frankreich heute vor allem darin, daß es einerseits auf die verstärkte Einfuhr von Investitionsgütern angewiesen ist, um mittelfristig seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, andererseits aber aus der Wiederbelebung der Weltkonjunktur wegen der noch unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit nicht vollen Nutzen ziehen kann. Dies um so weniger, als der Aufschwung vor allem in den Konsumgüterbereichen, in denen Frankreich relativ stark ist, gewisse Ermüdungserscheinungen zeigt.

Gewiß ist die französische Regierung mit ihrer derzeitigen Politik der Investitionsförderung und Verbrauchsbeschränkung auf dem richtigen Wege zur Wiederherstellung des Handelsbilanzgleichgewichts, auch wenn die dabei erzielten Fortschritte hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleiben und Rückschläge eintreten. Aber in absehbarer Zeit müßte der französische Außenhandel doch schon deshalb aus den roten Zahlen kommen, damit die in den letzten drei Jahren auf rund 500 Milliarden Franc verdreifachte Auslandsverschuldung kein kreditgefährdendes Ausmaß erreicht.

AUF EIN WORT



„Für den internationalen Handel sind auf mittlere Sicht die protektionistischen Risiken eines überhöhten Dollarkurses größer als die unmittelbaren Gewinne aus derart verzerrten Kursrelationen. Und ich fürchte, daß mancher bei uns glaubt, er sei wettbewerbsfähig, in Wirklichkeit profitiert er aber nur vom momentanen Dollarkurs."

Dr. Hans Friderichs, Vorstandssprecher der Dresdner Bank.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Immer weniger Baugenehmigungen

dpa/VWD, Wiesbaden

Das Volumen der Baugenehmigungen im Hochbau als Frühindikator für die weitere Entwicklung der Branche verspricht der Bauindustrie schlechte Zeiten. Im September lag ds Volumen der Baugenehmigungen um 17 Prozent niedriger als vor einem Jahr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden wurden von Januar bis September 1984 insgesamt Baugenehmigungen Für 220,3 Millionen Kubikmeter erteilt. Im Vergleich zur Vorjahresperiode gingen dabei die Genehmigungen für den Wohnungsbau um 17 Prozent zurück. Der Nichtwohnbau fiel sogar um 30 Prozent zurück.

LANDWIRTSCHAFT

Ausgleichszulage wird im nächsten Jahr erweitert

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die direkte Ausgleichszulage für Landwirte in benachteiligten Gebieten wird im nächsten Jahr aufgestockt und gleichzeitig nicht mehr nur auf Bergbauern beschränkt. Der Höchstbetrag der Zulage soll von 180 auf 200 Mark je Großvieheinheit und Hektar Futterfläche, in Gebieten mit besonderen Erschwernissen bis auf 240 Mark erhöht werden. Der Mindestbetrag der Zulage beträgt wie bisher 55 Mark. Die Länder können innerhalb dieser Spanne die Zulage staffeln.

Nach Angaben von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle seien bisher 1,2 Mill. Hektar gefördert worden. Durch die Ausdehnung auf alle benachteiligten Gebiete könnten künftig vier Mill. Hektar in den Genuß der Beihilfe kommen. Für Kiechle stellt dies die soziale Ergänzung seiner Politik dar, die auf eine Einschränkung der Überschüsse gerichtet ist.

Möglich wurde dieses dadurch, daß der Haushaltsausschuß die Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstrukturverbesserung und Küstenschutz nochmals um 0,1 auf 1,3 Mrd. Mark aufgestockt hat. Damit stehen im nächsten Jahr zusätzlich 125 Mill. Mark für die Ausgleichszulage zur Verfügung. Der Bund stellt insgesamt 190 Mill. Mark dafür bereit. Da die Länder 40 Prozent der Zulage aufbringen müssen, kann der Betrag insgesamt auf 315 Mill. Mark aufgestockt werden. Erhöht hat der Haushaltsausschuß auch den Zuschuß zu den landwirtschaftlichen Krankenkassen um 50 Mill. auf 1,05 Mrd. Mark. Der Etat des Landwirtschaftsministeriums steigt 1985 um 7,8 Prozent auf 6,6 Mrd. Mark.

US-AKTIENMÄRKTE

Diskontsenkung sorgte für breite Aufwärtsbewegung

VWD, New York

Inspiriert durch die Senkung des Diskontsatzes auf 8½ von vorher neun Prozent durch die US-Notenbank am Mittwoch kam es zum Wochenschluß an der Effektenbörse in New York zu einer deutlichen und breiten Aufwärtsbewegung. Die Diskontsatzsenkung konnte sich erst am Freitag auf die Börse auswirken, da dieser Schritt am Mittwoch nach Börsenschluß bekanntgegeben wurde und der Donnerstag ein Feiertag war. Die Gewinne konnten bis in das Schlußgeschäft ausgebaut werden, und die Kurse schlossen auf ihren Tageshöchstständen.

Bei einem Umsatz von 74,70 (81,62) Mill. Aktien zog der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte um 18,78 auf 1220,30 Punkte an. Dabei standen die Gewinner den Verlierern im Verhältnis von rund drei zu eins gegenüber. Insbesondere Kfz- und Arzneimittelaktien sowie Hochtechnologiewerte konnten recht beachtliche Gewinne verbuchen, da die Anleger die Auswirkungen der niedrigeren Zinsen gerade bei diesen Aktien als sehr positiv betrachteten.

Recht positiv wirkte sich auch die Entwicklung bei den Tagesgeldsätzen aus, die am Freitag auf 8⅞ Prozent im Eröffnungsgeschäft zurückfielen, nachdem das Durchschnittsniveau am vergangenen Mittwoch noch bei 9,32 Prozent gelegen hatte. Obwohl die Diskontsatzsenkung schon seit einiger Zeit erwartet worden war, zeigten sich die Wertpapierhändler überrascht über das Ausmaß der Gewinne. Nach den zum Teil enttäuschenden Konjunktureckdaten der vergangenen Tage hatte die Börse nur auf ein solch positives Signal gewartet, meinte der Handel.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Leisstungsbilanz mit Rückenwind vom Dollar

Düsseldorf (Py.) – Die hohen Auftragseingänge aus dem Ausland und die als Folge der DM-Abwertung gegenüber dem US-Dollar verbesserte Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter wird die Handelsbilanz 1984 mit einem deutlich höheren Saldo abschließen lassen als im Jahr zuvor, ohne jedoch das bisherige Rekordergebnis des Jahres 1982 von 51,3 Mrd. DM zu übertreffen. Da sich der hohe Dollarkurs auch in einigen Posten des Leistungsverkehrs mit dem Ausland niederschlägt, hält die Westdeutsche Landesbank (WestLB) Düsseldorf, für 1984 einen Leistungsbilanz-Überschuß über dem des Vorjahres (10,3 Mrd. DM) für denkbar. Für 1985 zeichnen sich nach Ansicht der Bank sogar noch höhere Überschüsse in der deutschen Handels- und Leistungsbilanz ab.

EG-Inflation unverändert

Brüssel (dpa/VWD) – Die durchschnittliche Jahres-Inflationsrate in der Europäischen Gemeinschaft lag im Oktober wie bereits im Vormonat bei 6,7 Prozent. Im Vergleich zum September stiegen die EG-Verbraucherpreise um durchschnittlich 0,8 Prozent. Dies ist nach Angaben des Statistischen Amtes der EG stärkste Zunahme seit sechs Monaten. In den einzelnen Mitgliedsländern haben sich jedoch, wie das statistische EG-Amt mitteilt, die Lebenshaltungskosten unterschiedlich entwickelt. Während sich die Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Großbritannien und Griechenland erhöhten, wurden in Frankreich, Italien, Luxemburg, Irland und Dänemark niedrigere Teuerungsraten ermittelt.

Zinsen gesenkt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Entwicklung am deutschen Kapitalmarkt hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) veranlaßt, die Zinssätze für bestimmte Kreditprogramme zu senken. Die KfW reduziert die Kondition ihres ERP-Exportfinanzierungsprogramms für neue Bestellkredite bei Auftragswerten bis rund 120 Mill. DM auf 8,28 Prozent und bei Auftragswerten über 120 Mill. DM auf 9,08 Prozent pro Jahr. Die neuen Zinsen gelten rückwirkend vom 15. November an. Die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) ermäßigt mit sofortiger Wirkung die Zinsen ihrer Projektkredite für die mittelständische Wirtschaft und für Bauzwischenkredite. Die Zinssenkung beträgt je nach Laufzeit zwischen 0,25 und 0,5 Prozent. Bei einer Auszahlung von 98 Prozent verlangt die BfG für vier Jahre Festlaufzeit einen Zins von nunmehr 8,25 Prozent.

Eurokredit aufgenommen

Luxemburg (rtr) – Die Außenhandelsbank der „DDR" nimmt von einem internationalen Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank einen Kredit über 400 Mill. Dollar auf. Wie die Deutsche Bank Compagnie Financier Luxembourg am Freitag mitteilt, ist dies der größte Eurokredit, den die „DDR" bisher überhaupt bekommen hat. Das Darlehen, das nicht an besondere Importfinanzierungen gebunden ist, hat eine Laufzeit von sechs Jahren und ist mit einer tilgungsfreien Zeit von 42 Monaten ausgestattet.

Gegen Subventionen

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission wird gegen die Niederlande ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten, weil die Erdgasbeihilfen für den Unterglasanbau von Agrarprodukten gegen den EWG-Vertrag verstoßen. Das erklärte ein Sprecher der Kommission. Der EG-Ministerrat hatte die Kommission zu Maßnahmen aufgefordert, um Wettbewerbsverzerrungen zu unterbinden.

Weg der Kurse

	23.11.84	16.11.84
Boeing	56,875	54,625
Chrysler	28,50	27,625
Citicorp	35,50	35,25
Coca-Cola	63,875	62,50
Exxon	43,75	43,375
Ford Motors	46,625	45,50
IBM	122,625	121,125
PanAm	4,625	4,625
US Steel	25,875	24
Woolworth	37,125	36,75

FINANZPLANUNGSRAT

Stoltenberg: Keine neue Steuerschätzung nötig

VWD, Bonn

Der Finanzplanungsrat wird trotz der günstigeren Prognose des Sachverständigenrats (SVR) an der bisher angenommenen wirtschaftlichen Wachstumsrate von 2,5 Prozent festhalten. Bundesfinanzminister Stoltenberg habe erklärt, daß die optimistische SVR-Schätzung, die ein Wachstum von drei Prozent für 1985 unterstellt, kein Anlaß sei, die jüngste Schätzung der Steuereinnahmen nach oben zu korrigieren, berichteten Teilnehmer des Finanzplanungsrates.

Erneut forderten die Länder einen Ausgleich für die Einnahmeausfälle im Zuge der Steuerreform, der über den Anteil von Ländern und Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer von zusammen 57,5 Prozent hinausgehen müsse. Stoltenberg habe die Länder auf die Verhandlungen über die Umsatzsteuerneuverteilung 1986 hingewiesen und zugleich bekräftigt, daß die Steuerentlastungen in zwei Stufen 1986 und 1988 in Kraft treten sollen.

Einige Länderfinanzminister haben im Finanzplanungsrat den Hinweis des SVR kritisiert, daß die Konsolidierung bereits gelungen sei. Die letzte Steuerschätzung habe dagegen deutlich gemacht, daß allein der Bund gegenüber den bisherigen Haushaltsplanungen 1984 und 1985 auf insgesamt sieben Mrd. DM an Steuern verzichten müsse. Das Wachstum der Staatsausgaben solle deshalb auch für 1985 auf eine Größenordnung von drei Prozent gegenüber dem voraussichtlichen Ist-Ergebnis in diesem Jahr begrenzt werden. Außerdem müßten die Auswirkungen der Steuersenkungen ab 1986 eingeplant werden.

GATT / Jahrestagung entscheidet über Zukunft des Abkommens

Anstoß für neue Welthandelsrunde

IRENE ZUECKER, Genf

Heute beginnt in Genf die Jahressitzung der Gatt-Vertragsparteien; von dieser Sitzung werden Auswirkungen auf die Entwicklung des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt und des Welthandelssystems erwartet. Ein Erfolg wäre ein wichtiger Anstoß für eine neue Welthandelsrunde. Ein Fehlschlag hingegen würde nicht nur diese multinationale Verhandlungsrunde in Frage stellen, sondern wäre auch fatal für die Nord-Süd-Beziehungen und zudem mit der Gefahr verbunden, daß sich die USA vom multilateralen System abwenden.

Rein technisch ist diese zwei, eventuell drei Tage dauernde Konferenz außergewöhnlich wichtig und deshalb mit hochkarätigen Delegationen beschickt, da die Gatt-Ministererklärung von 1982, die das Arbeitsprogramm enthält, als Termin für die geforderten Berichte überwiegend diese Jahressitzung bestimmt hat. Tagungspunkte sind einerseits der Textilbericht, gegen den die USA jedoch einen Vorbehalt eingelegt haben, andererseits die Studie über Handelsprobleme mit Rohstoffen.

Die fünf Punkte des Arbeitsprogramms, bei denen ein Verhandlungsfortschritt möglich ist, sind der Handel mit nachgeahmten Gütern, Wechselkurse, der amerikanische Vorschlag zu Dienstleistungen, wobei die Entwicklungsländer um einen Investitionsabfluß fürchten, Ursprungsregeln sowie Handel mit technologischen Gütern, ein weiteres Kind der USA. Allerdings sind den meisten Gatt-Mitgliedern diese Probleme in keiner Weise bewußt, obwohl sich hier folgenschwere Gefährdungen des Welthandelssystems abzeichnen.

Auf eine neue multinationale Welthandelsrunde hin arbeiten aktiv die USA, Japan und das Gatt. Sie wollen der gegenwärtigen Jahressitzung den Startschuß für eine Vorbereitungs-Sondersitzung des Gatt-Rates im Juli 1985 abringen, um die neue Verhandlungsrunde möglichst im November 1985 auf Ministerebene zu eröffnen. Doch die Entwicklungsländer stellen sich auf den Standpunkt, daß sie vor der Erfüllung des Arbeitsprogramms nichts von einer neuen Runde halten.

Die Dritte Welt würde von der Welthandelsrunde nur wenig profitieren. Ihre Interessen liegen vor allem bei den landwirtschaftlichen Produkten. Die Gruppe 77 versucht deshalb, bereits vor der neuen Runde für tropische Produkte Zugeständnisse auszuhandeln. Doch die EG, die im nachhinein die Welthandelsrunde favorisiert, lehnt Zugeständnisse ab. Die Gemeinschaft streicht demgegenüber ihre Leistungen im Rahmen des Lomé-Abkommens und allgemeinen Präferenzsystems heraus.

CHINA / Öl-Explorationsrechte werden versteigert

Bisher nur magere Funde

VWD, **Peking**

China hat eine Reihe großer und kleinerer ausländischer Mineralölgesellschaften in der letzten Woche dazu eingeladen, *sich an einer zweiten* Bietungsrunde für Offshore-Explorationsrechte nach Erdöl zu beteiligen, obwohl die Bohrungen nach der ersten Konzessionsrunde keinen Hinweis auf ein größeres Ölvorkommen ergeben hatten.

„Wir werden schon sehr bald einen großen Durchbruch erzielen", versprach Chen Bingqian, Sprecher der China National Offshore Oil Corp. Das an Energien knappe China setzt seine Hoffnung weiter darauf, daß im Kontinentalschelf Öl- und Gasvorkommen in der *Größe der Nordseelagerstätten* entdeckt werden.

Die bisher ausgemachten Vorkommen *waren jedoch sehr mager* ausgefallen und die US-Gesellschaft Mobil Oil gehörte zu den Mineralölgesellschaften, die ihr Interesse an der Offshore-Erdölexploration in China verloren haben.

Die chinesische Regierung offeriert *jetzt ein Gebiet von 100 000 Quadratmetern* im Gelben Meer und in der Südchinesischen See. Die erste Auktionsrunde für Konzessionen hatte vor nahezu drei Jahren stattgefunden. Die jetzige Konzessionsrunde beginnt in diesen Tagen mit vier Briten im Yinggehai-Becken, südlich der Insel Hainan. Die Gebote müssen bis zum 15. Dezember abgegeben *werden.*

Die Einzelheiten über die anderen drei Konzessionsgebiete im *Mündungsgebiet des Perl-Flusses und in* den südlichen und nördlichen Teilen der Gelben See sollen zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben werden.

Mit der Unterzeichnung der ersten Explorationsabkommen dürfte in etwa neun Monaten gerechnet werden, teilte der Sprecher weiter mit. Die Vereinbarungen sollen „flexibler" gehandhabt werden, wurde außerdem mitgeteilt.

„DDR" / Wachstum von 4,4 Prozent angestrebt

In diesem Jahr über Plan

dpa/VWD, **Berlin**

Die „DDR" strebt für 1985 mit ei*ner geplanten Steigerung* des produzierten Nationaleinkommens um 4,4 Prozent wiederum ein beträchliches gesamtwirtschaftliches Wachstum an. Dieses von Staats- und Parteichef Erich Honecker vor dem SED-Zentralkomitee genannte Ziel entspricht dem *Planansatz* für 1984. Nach offiziellen Angaben wurde bis Ende Oktober sogar ein Wachstum von 5,3 Prozent erreicht.

In seiner auszugsweise in der SED-Zeitung „Neues Deuschland" veröffentlichten Rede kündigte Honecker für 1985 ferner an, die Nettogeldeinnahmen und die Warenbereitstellung für die Bevölkerung sollten 1985 um jeweils vier Prozent erhöht werden. In den vergangenen Jahren blieben die Ergebnisse in diesen Bereichen häufig hinter den Planansätzen zurück, während die bisherigen Angaben für 1984 eine Überbietung der mit Steigerungen um 2,2 Prozent *allerdings sehr niedrig angesetzten* Ziele ausweisen.

Bei der Braunkohlenförderung, die 1980 noch 258 Mill. Tonnen ausmachte, werden nach Honeckers Worten im kommenden Jahr 300 Mill. Tonnen angestrebt. Damit wurden *frühere mittelfristige* Planungen erneut nach oben korrigiert. Wegen der seit 1982 von ursprünglich vorgesehenen 19 auf 17 Mill. Tonnen pro Jahr reduzierten sowjetischen Erdöllieferungen greift die „DDR" noch stärker auf die eigene Braunkohle zurück, was *allerdings mit zusätzlichen Um*weltbelastungen verbunden ist.

Ausführlicher als üblich ging Honecker auf die Entwicklung in der Landwirtschaft ein, in der es 1984 bei Getreide mit 11,5 Mill. Tonnen eine Rekordernte gegeben hat. Bei Kartoffeln sei der bisher beste Ertrag erzielt worden.

Honecker kündigte auch die *Durchsetzung neuer Methoden* für die Leitung und Planung in den landwirtschaftlichen Betrieben an. Die bisher in 88 ausgewählten „Kooperationen" der Pflanzen- und Tierproduktion erprobten Methoden würden auf Beschluß des SED-Politbüros 1985 und 1986 *schrittweise* überall eingeführt. Mit diesen Entscheidungen wird offenbar die Korrektur früherer Fehler und Fehlschläge in der Agrarpolitik fortgesetzt.

SCHERING / Das Gruppenergebnis konnte erheblich verbessert werden

Höhere Ausschüttung angekündigt

tb. **Berlin**

Etwas Nettes für die Aktionäre will sich die Schering AG, Berlin und Bergkamen, einfallen lassen. 1984 wird für den *Konzern ein gutes Jahr,* so Vorstandsmitglied Klaus Pohle vor Journalisten in Berlin. Und man werde hinsichtlich der Dividende überlegen, wie man den Abstand zu den anderen Chemie-Konzernen werde halten können. Die drei großen *deutschen Chemie-Unternehmen* haben bereits Dividendenaufstockungen angekündigt, die Höhe aber offengelassen. Schering hatte für 1983 je Aktie 10,50 DM ausgeschüttet.

Besonders gut verdient hat man nach Angaben Pohles in Japan und den USA, *wo man außerordentlich* zufrieden ist. Im Aktionärsbrief spricht man diesmal von einem erheblich verbesserten Gruppenergebnis. Diese Formulierung bedeutet, so Pohle, mindestens eine Steigerung um 50 Prozent – auch nach Steuern. *Das Ergebnis der Schering AG* werde dagegen nur leicht steigen, da die Diamalt AG in München die Bilanz belasten wird. Hier rechnet Pohle wieder mit einem Verlust in der Größenordnung des Vorjahres (rund 17 Mill. DM).

Der Gruppenumsatz wird in diesem Jahr etwa 4,9 (Vorjahr: 4,3) Mrd. DM erreichen, bei einem Exportanteil von 82 Prozent. Mit diesem hohen Auslandsanteil nähert sich Schering, so Pohle, den Schweizer Unternehmen. Vom Umsatz *entfallen* rund 1 Mrd. DM auf das USA-Geschäft, das damit zum erstenmal größer sein wird als das Inlandsgeschäft mit 900 Mill. DM. Den Umsatz in Japan gab Pohle mit 250 Mill. DM an. Dort sei man besonders in der Galvanotech*nik im Bereich der Computerschal*tungen erfolgreich. Im nächsten Jahr soll nordöstlich von Tokio ein Technologiezentrum erreicht werden.

Die Galvanotechnik, die aus den Verlusten heraus ist und jetzt Gewinne macht, und der Pflanzenschutz haben *sich in diesem Jahr besonders* erfreulich entwickelt. Als einen großen Erfolg wertete Pohle in diesem Zusammenhang *den Kauf* der *britischen* FBC. Das Getreideschutzmittel Sportak von FBC sei ein Umsatzrenner.

Die Investitionen hat Schering um 40 Prozent auf 154 Mill. DM erhöht – in der Gruppe sind es 280 Mill. DM. Und für 1985 hat der Konzern noch einmal eine erhebliche Steigerung auf 400 Mill. DM vor; davon sollen etwa 25 *Prozent* in Berlin investiert werden.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres ist der Gruppenumsatz um 15,2 Prozent auf 3,6 (Vorjahr: 3,1) Mrd. DM gestiegen. Dabei nahm das Auslandsgeschäft um 17,1 Prozent auf 2,9 (2,5) *Mrd. DM zu, der Inlandsumsatz* stieg um 7,5 Prozent auf 677 (630) Mill. DM.

Die Zahl der Mitarbeiter ist erstmals auf mehr als 10 000 gestiegen. Ende September hatte die Schering AG 10 100 Beschäftigte, 2,4 Prozent *mehr als vor einem Jahr.* In der Gruppe waren es 23 099 Mitarbeiter.

NEUSEELAND / Haushalt der Labourregierung *zeigt kaum sozialistische Elemente*

Bevölkerung muß jetzt sparen lernen

dpa/VWD, **Wellington**

Der Anfang November vom neuseeländischen Ministerpräsidenten David Lange (Labour-Partei) vorgelegte Sparhaushalt zeigt wenig sozialistische Elemente. Der 42jährige Premierminister spart entgegen aller Labour-Tradition mit sozialen Wohl*taten und bittet erstmals die 3,2 Mil*lionen-Bevölkerung deutlich zur Kasse. Die subventionierten Preise für Milch, Elektrizität und Kohle werden erhöht. Eine Art Mehrwertsteuer bringt bis 1986 stufenweise Verteuerungen. Zahlreiche Steuervergünsti*gungen entfallen. Das Benzin wurde* vier Pfennig teurer, die Kfz-steuer um 45 Prozent und die Flugpreise in diesem keineswegs kleinen Land sogar um 75 Prozent.

Ferner verlieren Rentner mit Nebeneinkünften ihre bisher einkommensunabhängige Staatspension, und Zinsverbilligungen für Hypotheken sowie die Steuerfreiheit für bestimmte Versicherungsbeiträge wurden gestrichen. Da sind die 60 DM Kindergeld pro Monat ab 4. Dezember für die Bezieher niedriger Einkommen kaum ein Ausgleich für die zu erwartenden Mehrkosten in der Lebenshaltung. Auch die Einstellung neuer Lehrer für ein lebenslanges Erziehungsprogramm kann höchstens langfristig zu höherer Qualifikation *und sozialer Gleichheit beitragen.*

Gespart werden sollen bis Ende des nächsten Haushaltsjahres 1,2 *Mrd.* neuseeländische Dollar (rund 2,1 Mrd. DM), bis zum Ende des übernächsten sogar 1,8 Mrd., also rund drei Mrd. DM. Dabei ist der Kurs von November zugrundegelegt, der sich im Verhältnis zur D-Mark seit der Abwertung um 20 Prozent im Juli *schon wieder deutlich erholt hat.* Dieser mutige Schritt zu einem realistischen Wechselkurs und zur Verbilligung der neuseeländischen Exporte hatte bereits das Signal gesetzt. So konsequent marktwirtschaftlich hatte die konservative Nationalpartei nicht operiert und letzten Endes wohl deshalb nach neun Jahren die Regierungsmacht verloren.

Einige Ausnahmen im Sparprogramm der Labour-Regierung zeigen deutlich, auf welchen Gebieten sie Zuwachsraten erhofft. So wird die Umsatzsteuer auf Boote und Wohnwagen auf zehn Prozent halbiert, was die sport- und freizeitbewußten Neuseeländer freut. Sie besitzen mehr Boote, mehr Fahrzeuge, aber auch mehr Telefone pro Kopf der Bevölkerung als jedes andere *Land. Für Com*puter sinkt die Umsatzsteuer von 40 auf zehn Prozent. Im Bereich der Software für die Mikroelektronik setzt Lange wie schon sein Vorgänger Muldoon auf hohe Zuwachsraten. Hier sind Exporterfolge am ehesten zu erwarten, weil der Standortnachteil mit den hohen Frachtkosten keine Rolle spielt. Im Gegenteil, Neusee*lands Lage am Rande der Welt fördert* die Innovationsfähigkeit seiner Bewohner.

In dem am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweig, dem Tourismus, investiert der Staat auch weiterhin. Bis zum 1. Januar 1987 zahlt er 9,5 Prozent dazu, wenn große Hotels in Auckland, Wellington, Christ*church und Queenstown gebaut wer*den. Für Touristen also wird Neuseeland billiger und attraktiver. Für seine Bewohner sinkt allerdings der Lebensstandard für ein paar Jahre.

CARAVAN / Enttäuschender Absatz in diesem Jahr

Aufschwung 1985 erwartet

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Nach dem für die Caravan-Branche enttäuschenden Verlauf des Jahres 1984 richten sich die Hoffnungen der Hersteller und Händler auf einen Aufschwung im kommenden Jahr. Wie Gerhard Schneeweis, Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Wohnwagenhersteller, und Michael Winkler, Vorsitzender des Deutschen Caravan Handels-Verbandes, vor Journalisten in Stuttgart darlegten, sprächen eigentlich alle Rahmendaten für eine positive Entwicklung des Caravan-Geschäfts. Man setze auf den wachsenden Freizeitmarkt, insbesondere auch darauf, daß bei zunehmender Bedeutung des Vorruhestandes sich aus dieser Ecke ein neuer Markt eröffne. Die Preise für Wohnanhänger und Motorcaravans werden, wie angemerkt wird, stabil bleiben.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres *6,9* Prozent weniger Wohnanhänger in der Bundesrepublik neu zugelassen. Insbesondere die Streiks in der Metall-Industrie haben kräftige Bremsspuren hinterlassen. Im ganzen Jahr 1983 beliefen sich die Wohnanhänger-Neuzulassungen auf 30 250 Einheiten (plus 3 Prozent). Produziert wurden von den deutschen Herstellern im vergangenen Jahr 50 800 Wohnanhänger im Werte von 600 Mill. DM. Der Cara*van-Bestand hierzulande* erreichte Mitte dieses Jahres rund 620 000 Einheiten.

Rückläufig waren in diesem Jahr auch die Zahlen bei den Motorcaravans, von denen in 1983 rund 7000 Einheiten *(plus 0,6 Prozent) neu zuge*lassen worden waren. Kräftig zugenommen hat freilich der Bestand an Motorcaravans, der bis Jahresmitte 1984 gemessen am entsprechenden Vorjahresstand um 16,2 Prozent auf 128 000 Einheiten anwuchs. Hier wirkt sich der steigende Anteil nachträglich ausgebauter Fahrzeuge aus. Die geringe Marktdurchdringung in diesem Sektor gibt der Branche die Zuversicht auf weitere Wachstumsmöglichkeiten. Zu den technischen Trends heißt es im Vorfeld der vom *19. bis 27. Januar 1985 stattfindenden* „CMT 85" Internationale Ausstellung für Caravan, Motor, Touristik in Stuttgart, die Entwicklung gehe zu noch weniger Gewicht, geringeren Luftwiderstand und damit zu besseren Fahreigenschaften.

RENTENMARKT / Kommt Konsolidierungspause?

Zinsen auf Fünfjahrestief

Die Kapitalmarktzinsen sind in der vorigen Woche auf einen Fünfjahrestiefstand zurückgegangen, und das, obwohl der Dollar zeitweilig wieder die *Marke von 3 DM* überschritt. Den Anstoß hat die Diskontsenkung in den USA gegeben, die jetzt auch die Zweifler davon überzeugte, daß die US-Notenbank einen weniger harten geldpolitischen Kurs steuert. Am deutschen Rentenmarkt wäre man nicht überrascht, wenn jetzt aus technischen Gründen eine Konsolidierungspause einträte, weil viele insti*tutionelle Anleger* ihre Dispositionen zum Jahresende weitgehend abgeschlossen haben. Die fundamentalen Voraussetzungen für ein Anhalten der Zinsabwärtsbewegung sind jedoch weiterhin sehr gut. (cd)

Emissionen	23.11. 84	16.11. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,74	6,84	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,88	6,95	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,80	6,87	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,11	7,19	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,81	6,83	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,55	6,59	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,31	7,33	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	6,81	6,85	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,41	7,41	8,08	8,45	10,32

Poker-spiel

sa – Enttäuscht werden wird, wer sich von der heutigen Aufsichtsratssitzung der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, München-Ottobrunn, ein klärendes oder gar entscheidendes Wort in Sachen Krauss-Maffei erhofft. Offener denn je scheint zur Zeit das Rennen um die Flick-Enkelin zu sein, auch wenn der Luft- und Raumfahrtkonzern als Favorit gilt. Dessen Chef Hanns Arnt Vogels hatte noch Mitte dieses Jahres geglaubt, das Geschäft in diesem Monat zum Abschluß bringen zu können. Aber eilig hat es inzwischen niemand mehr.

Stärker als erwartet haben offensichtlich die Befürchtungen des Bundesverteidigungsministeriums und nicht zuletzt des Berliner Bundeskartellamtes, daß an der Isar ein Rüstungsmoloch mit marktbeherrschender Stellung entstehen könnte, die Verhandlungen über eine schnelle Fusion gestört. Bonn kam es dabei mehr als gelegen, daß sich in den letzten Wochen um die Karlsruher IWKA mit der Münchner Dornier GmbH und der Diehl GmbH aus Nürnberg eine zweite Interessengruppe formierte. Fast dankbar wurde diese Alternative begrüßt.

Seitdem ranken sich die Spekulationen der Öffentlichkeit und die geheimen Verhandlungen der Beteiligten um die Frage, wer mit wem und in welcher Form mit welchem Anteil die günstigsten Voraussetzungen bieten kann, um den Zuschlag zu erhalten. Es scheint ein gordischer Knoten zu sein, dessen Entwirrung die Politiker in Ruhe abwarten können. Außer in Vorgesprächen, die rein informeller Natur waren, ist bisher auch noch niemand beim Kartellamt vorstellig geworden.

Auch Konzernchef Friedrich Karl Flick, der seine Panzerschmiede verkaufen will, könnte den Wettstreit mit Gelassenheit verfolgen, wenn da nicht die Parteispendenaffäre wäre. Man kann, ohne Prophet zu sein, schon jetzt sagen, daß er der eigentliche Verlierer des nun erst richtig beginnenden Preispokers sein wird. Früher hatte er einen Verkaufspreis von rund 300 Millionen Mark für Krauss-Maffei angepeilt. Schon das galt bei MBB als indiskutabel. Fast hatte man sich dann irgendwo zwischen 100 und 150 Millionen geeinigt. Aber das scheint inzwischen Makulatur.

Weniger als 100 Millionen Mark soll Krauss-Maffei wert sein, so ein Insider. Gewiß kein Marktwert. Man setzt Flick nun die Daumenschrauben an. Denn welcher Politiker – so die Überlegung – kann nun noch mit gutem Gewissen Aufträge an den Flick-Konzern vergeben? Flick muß verkaufen – am besten alles. Überhastete Aktionen sind also nicht vonnöten. Und bis die Frucht reif ist, kann man in Ruhe über Lösungsmöglichkeiten nachdenken und verhandeln.

ENERGIEMARKT / Die Deutsche Shell klagt, das Mineralöl allein trage die Last des Substitutionswettbewerbs

Pohl: „Wir brauchen Schutz vor dem Staat"

G. BRÜGGEMANN, Hamburg

„Die Mineralölindustrie hat schon große Anstrengungen unternommen, um sich an die veränderten Marktbedingungen anzupassen. Dennoch ist eine grundlegende Besserung für die nahe Zukunft nicht zu erwarten." Mit diesen Worten kennzeichnet Hans Georg Pohl, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Shell AG, die Lage seiner Branche zum Jahresende 1984. Nach kumulierten Verlusten in Höhe von 15 Milliarden DM in den letzten drei Jahren sei in diesem Jahr wieder mit einem Fehlbetrag von mehr als drei Milliarden DM zu rechnen.

Zwar schränkte Pohl, der auf einem Presseseminar im Schulungszentrum seines Unternehmens in Eddelsen bei Hamburg sprach, seine Feststellung insofern ein, als er die Deutsche Shell AG als einen Energie- und Chemiekonzern bezeichnete, der dank seiner Tochter- und Beteiligungsgesellschaften profitabel und finanziell gesund sei. Dennoch sei das Unternehmen im Kern weiter eine Mineralölgesellschaft mit erheblichen Ertragsproblemen. Allein in diesem Jahr habe sich der Verlust je Tonne von 15 DM im ersten Quartal auf 45 DM im dritten Quartal erhöht. Im letzten Quartal allerdings werde der Verlust wohl wieder auf 25 DM je Tonne fallen.

Ganz wesentlichen Einfluß auf diese Situation hat die Entwicklung des Dollarkurses, da der internationale Mineralölhandel auf Dollarbasis abgewickelt wird. Shell-Vorstandsmitglied Klaus Walter Müller erläuterte, daß der Kursanstieg des Dollars allein im dritten Quartal 1984 bei der Deutschen Shell eine zusätzliche Kostenbelastung von 100 Millionen DM verursacht habe.

Freilich würde auch ein stabiler Dollar an den strukturellen Problemen des Mineralölmarktes nur wenig ändern. Pohl trug hier im wesentlichen vier Ursachen vor. Da seien zum einen weltweite Überkapazitäten auf allen Stufen und ein verschärfter Wettbewerb mit ausländischen Anbietern. Hinzu käme eine intensive Konkurrenz im Inland, vor allem um den Wärmemarkt, und anhaltend ungünstige politische Rahmenbedingungen.

Obwohl es sich also im wesentlichen um externe Ursachen handele, die von der Industrie gar nicht oder nur wenig verändert werden könnten, habe sie in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Verlustsituation unter Kontrolle zu bekommen. Pohl nannte hier einen Abbau der Rohölverarbeitungskapazität um ein Drittel, der damit deutlich höher lag als der entsprechende Konsumrückgang um 25 Prozent. Dennoch hält Pohl eine weitere Stillegung für erforderlich, weil die vorhandenen Kapazitäten im Durchschnitt nur zu etwas mehr als 65 Prozent ausgelastet seien.

Der Shell-Chef rechnet damit, daß der Mineralölverbrauch mittelfristig bei 100 Millionen Jahrestonnen stagnieren und langfristig auf 80 Millionen Tonnen zurückgehen werde. Dabei werde sich überdies die Bedarfsstruktur ändern. So werde der Verbrauch von leichtem und schwerem Heizöl überproportional zurückgehen. Auch Benzin werde langfristig in geringeren Mengen verbraucht werden als heute, wobei die künftige Relation zwischen Normal und Super sowie zwischen verbleit und unverbleit noch völlig offen sei. Lediglich bei Diesel-Kraftstoff sei eine Absatzausweitung zu erwarten.

Auf der Angebotsseite sieht Pohl trotz des Versuches der Förderungsbegrenzung durch die Opec-Länder die Neigung, mehr Rohöl zu fördern, als der Markt benötigt. Aber auch vom deutschen Energiemarkt gehe Wettbewerbsdruck aus, da sich alle Energieträger in einer Überangebotssituation befänden. Die Kohle suche neue Märkte im Wärmemarkt, wo die Elektrizitätswirtschaft schon sehr aggressiv tätig sei. Auch bei Erdgas führten hohe Verfügbarkeit und reduzierter Einsatz in der Stromerzeugung zu dem Versuch, bei der Raumheizung neue Absatzmöglichkeiten zu finden. Als einziger freier, nicht leistungsgebundener oder reglementierter Energieträger müsse das Mineralöl die Substitutionslasten ausgleichen. Pohl fordert deswegen marktwirtschaftliche Bedingungen auf dem gesamten Energiemarkt.

Es helfe wenig, klagt der Vorstandsvorsitzende der Shell, wenn die Bundesregierung öffentlich nicht mehr die These „Weg vom Öl" vertrete, aber in Ländern und Gemeinden weiter danach verfahren werde. „Wir rufen nicht nach dem Staat", sagt Pohl. „Was wir brauchen, ist Schutz vor dem Staat."

THYSSEN NORDSEE

„Erträgliche Lösung" gesucht

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Heute will die Geschäftsführung der Thyssen Nordseewerke GmbH, Emden, zu den bekanntgewordenen Entlassungsplänen im Handelsschiffbau Stellung beziehen. Nachdem der Betriebsrat der Werft am vergangenen Freitag angekündigt hatte, er werde den erneuten Abbau von 650 Mitarbeitern nicht hinnehmen, gab die Unternehmensleitung bekannt, gesucht werde nach einer Lösung, die für alle Beteiligten „erträglich" erscheint.

Bereits vor einigen Wochen hatte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Rainer Wollmann, auf die völlig unbefriedigende Situation im Handelsschiffbau hingewiesen. Vor dem Hintergrund des weltweiten Überangebots an Schiffbaukapazitäten und des durch staatliche Subventionen verzerrten Wettbewerbs, so Wollmann damals, müßten notwendigerweise Konsequenzen gezogen werden, um die Verlustsituation zu bereinigen.

Eine wesentliche Rolle bei allen Überlegungen kommt offenbar der Bereitschaft des Landes Niedersachsen zu, finanzielle Hilfe bei der Hereinnahme von Neubauaufträgen zu leisten. Eine Entscheidung darüber, so verlautet zuverlässig, wird das niedersächsische Kabinett morgen treffen. Wie es heißt, ist die Landesregierung bereit, der einzigen Großwerft Niedersachsens unter die Arme zu greifen, wenn die Muttergesellschaft, die Thyssen Industrie AG, eine Standortgarantie zugunsten Emdens ausspricht. Dies indes ist nur ein formaler Akt; Stillegungsabsichten, so Wollmann, stehen nicht zur Debatte.

Nach Darstellung des Betriebsrats der Werft sehen die Pläne der Geschäftsführung vor, den Abbau der gewerblichen Mitarbeiter bis Ende März 1985 zu realisieren. Davon betroffen wären 425 Beschäftigte. Das würde bedeuten, daß die Belegschaft der Thyssen Nordseewerke auf dann noch rund 2100 Mitarbeiter sinkt. Dies wiederum wäre die untere Grenze, wenn die Werft weiterhin im Handelsschiffbau tätig bleiben will.

Bahlsen-Keks wächst nach Plan

dos. Hannover

Der größte deutsche Dauerbackwaren-Hersteller, die Bahlsen-Gruppe in Hannover, wird aller Voraussicht nach die für 1984 geplanten „ehrgeizigen Zahlen" erreichen. Nach Angaben von Hermann Bahlsen, Geschäftsführer der Obergesellschaft H. Bahlsens Keksfabrik KG, wird der Gruppenumsatz um 7,5 Prozent auf 1,44 (1983: 1,34) Mrd. DM steigen. Davon dürften 840 (782) Mill. DM auf das Inland und rund 590 (562) Mill. DM auf das Ausland entfallen. Die während der Tarifauseinandersetzungen entstandenen Umsatzeinbußen (12 Mill. DM) seien weitgehend ausgeglichen worden. Bahlsens Hinweis, daß das Ertragsdenken stärker als bisher präferiert wird, läßt darauf schließen, daß die Ergebnisentwicklung zumindest parallel zum Umsatz verläuft.

Die Investitionen, die bereits 1984 auf 45 (39) Mill. DM aufgestockt wurden, sollen 1985 weiter auf etwa 50 Mill. DM steigen. Der Baubeginn des neuen Werks in Barsinghausen wird für Anfang 1985 erwartet.

NAMEN

Dr. Wolgang Rutschke, Vorsitzender des Vorstandes der Lastenausgleichsbank, Bonn, wird am 27. November 65 Jahre alt.

Horst-Jürgen Grün, bisher bei der Hoechst AG, Frankfurt, und Dr. **Gunther Kessen**, bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Ruhrchemie AG, Oberhausen, wurden nach der Eingliederung der Ruhrchemie AG in die Hoechst AG zum 1. April 1985 zu Vorstandsmitgliedern der Ruhrchemie bestellt.

Karl Georg Müller, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der DG Bank, Frankfurt, wurde vom Verwaltungsrat „mit großem Bedauern" wegen einer langwierigen Erkrankung zum Jahresende von seinem Verpflichtungen freigestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Hersfeld: Nachl. d. Wilhelm Günther, Heringen; **Bad Homburg:** Holzleimbau u. Elementbau Schröder GmbH, Friedrichsdorf/Ts.; **Bensheim:** Oberndörfer Bau-GmbH, Lautertal-Beedenkirchen; **Bochum:** Hans-Dieter Berghäuser, Bauingenieur; **Bonn:** Günther Ahnert, Bad Honnef; **Celle:** Kurt Müller, Dipl.-Ing. u. Baumeister, Inh. d. Fa. Kurt Müller, Baugeschäft u. Zimmerei; **Cochem:** Bau-Wolf GmbH, Mörsdorf; **Deggendorf:** Hoppe Baumaschinen GmbH, Deggenau-Rittsteig; **Dillenburg:** Anita Henings, Inh. d. Fa. Hennings Holzbearbeitung, Haiger-Weidelbach; **Dortmund:** Lieselotte Brose GmbH & Co., Damenmoden; **Elmshorn:** „DEBÜT" Verlags- u. Produktionsges., Ellerhoop; **Eutin:** Tapeten-Sievers Eutin Klaus Sievers KG; **Fürth (Bay.):** Nachl. d. Hans-Ulrich Stoltze; **Frankfurt:** De Vries Robbè GmbH; **Göttingen:** Nachl. d. Ernst Dietze; **Heilbronn:** Unirent Leasing GmbH; **Herford:** Keramisches Werk Heisterholz GmbH & Co. KG, Bad Oeynhausen; **Idstein:** Idsteiner Stahl- u. Verbundträgerbau GmbH; **Köln:** Jobusch & Partner Bau GmbH; **Königstein:** AP Art-Press Verlag GmbH, Kronberg/Ts.; **Oldenburg:** Hermann Fromm Bettfedernfabriken KG; **Regensburg:** Baubian Baustoffhandels GmbH; **Schwäbisch Hall:** Richard Trender KG Bauunternehmung, Ellhofen; **Schwarzenbek:** Wolfgang Willi Wolf, Maurermeister, Inh. d. Fa. Wolf-Baugeschäft; **Soltau:** Fachwerkbau Schneverdingen GmbH, Schneverdingen; **Uelzen:** LGO Bau GmbH, Bienenbüttel; **Vaihingen/Enz:** Johann Berendt & Söhne GmbH, Sachsenheim; **Worms:** Pharma-Referenten-Akademie Worms GmbH; **Wuppertal:** Werner Felsch Bauunternehmung GmbH, Wuppertal-Cronenberg.

Anschlußkonkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Paul Schaefer Inh. d. Fa. Jörgensen Gerhard + Ursula Hummel Leinen u. Wäsche.

ADO-GARDINEN / US-Tochter erreicht Gewinnzone

Marktführerschaft behauptet

dos. Aschendorf

Die ADO-Gardinenwerke, Aschendorf, mit einem Marktanteil von gut 15 Prozent führender Gardinenhersteller in der Bundesrepublik, hat im Jahr 1984 diese Position trotz schwieriger Marktverhältnisse behauptet. Firmenchef Hubert Wulf geht davon aus, daß der Gruppenumsatz um 7 Prozent auf rund 150 Mill. DM steigen wird, nachdem 1983 (140 Mill. DM) nur das Vorjahresniveau gehalten werden konnte. Zahlen zur Ertragsentwicklung nennt Wulf nicht. Auch in dieser Hinsicht aber scheint das Unternehmen erfolgreich gewirtschaftet zu haben.

Überwiegend zufriedenstellend gestaltet sich derzeit die Auslastung der Kapazitäten. Dies gilt in besonderem Maße für die Weberei, in der rund um die Uhr produziert wird, sowie für die Stickerei. Auch der Druckereibereich ist gut ausgelastet, während in der Wirkerei einige Wünsche offen sind.

Die seit 1980 in North Carolina produzierende US-Tochter dürfte im laufenden Jahr die Verlustzone überwinden und soll von 1985 an einen positiven Ergebnisbeitrag leisten. Inzwischen nähert sich der Umsatz der Gesellschaft der 20. Mill. DM-Marke. Die Entscheidung, den Sprung nach den USA zu tun, erweise sich als richtig. Gerade der amerikanische Markt sei überaus zukunftsträchtig. Aber auch die anderen neun Auslandsniederlassungen verzeichneten eine positive Entwicklung. In Kürze werde ADO in Spanien eine Verkaufsniederlassung eröffnen.

Nahezu halbiert haben sich 1984 die Investitionen. Sie werden lediglich 10 Mill. DM erreichen und damit im Rahmen der Abschreibungen liegen. Für 1985 allerdings erfordert der Bau einer neuen Halle in Aschendorf wieder ein höheres Volumen. Die Beschäftigtenzahl blieb 1984 mit 850 Mitarbeitern nahezu unverändert.

BREMISCHE HÄFEN / Seegüterumschlag steigt

Wachstum über Durchschnitt

W. WESSENDORF, Bremen

Der Seegüterumschlag der bremischen Häfen ist in den ersten zehn Monaten 1984 um 7,5 Prozent auf insgesamt knapp 23,6 Millionen Tonnen gestiegen. Mit dieser Zuwachsrate liegen die Universalhäfen an der Weser deutlich über dem Durchschnittswert der 13 wichtigsten deutschen Seehäfen.

Getragen wurde die positive Entwicklung ausschließlich vom Stückgutverkehr, dessen Anteil am gesamten Umschlag inzwischen auf über 65 Prozent angewachsen ist. Von Januar bis Oktober gingen in Bremen und Bremerhaven 15,4 Millionen Tonnen Stückgut und damit 12,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum über die Kaien. Der Massengutverkehr hingegen verharrte in etwa auf Vorjahresniveau.

Wichtigster Wachstumsträger war der Container-Verkehr, der auf fast 7,3 Millionen Tonnen mit zweistelliger Zuwachsrate anstieg und seinen Anteil am Stückgutverkehr insgesamt auf gut 47 Prozent weiter ausdehnte. Dabei hat sich besonders die anhaltend rasante Exportentwicklung in die USA ausgewirkt, doch waren auch in anderen Fahrtgebieten beträchtliche Wachstumsraten zu verzeichnen.

Die boomartige Entwicklung in den USA speist entscheidend auch den Feederverkehr, der die skandinavischen Länder über die bremischen Häfen mit den internationalen Schiffahrtslinien verbindet. Dieser Verkehr hat sich schon in den zurückliegenden Jahren besonders stark entwickelt. So hat sich die Seedurchfuhr in den bremischen Häfen im Zeitraum 1970 bis 1983 mehr als verzehnfacht.

Auftragsplus in der Elektroindustrie

dos. Hannover

Deutlich günstiger als noch vor einem halben Jahr beurteilt die niedersächsische Elektroindustrie ihre Geschäftsaussichten. Erhard Falk, Vorsitzender des ZVEI Niedersachsen, erklärte auf der Mitgliederversammlung, der Auftragseingang habe in den ersten neun Monaten 1984 insgesamt um 18,6 Prozent über dem Niveau der Vorjahreszeit gelegen; bei elektrotechnischen Investitionsgütern allein betrug die Zunahme 14,3 Prozent.

Falk geht davon aus, daß die Elektroindustrie in Niedersachsen – wenn auch abgeschwächt – an dem Wachstum der gesamten Branche in der Bundesrepulik teilhaben wird. Vor allem in den Bereichen Kommunikations- und Informationstechnik sowie bei Bauelementen erwarte man überdurchschnittliche Steigerungsraten. Im ersten Halbjahr 1984 hat die niedersächsische Elektroindustrie mit einer Zunahme der Nettoproduktion von 3,6 Prozent nicht ganz den Bundesdurchschnitt (5,8 Prozent) erreicht. Der Produktionszuwachs war mit 8,7 Prozent deutlich positiver.

DIE  WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Gortz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precht

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Statt Karten

Für die vielen Bezeugungen herzlicher und überzeugender Anteilnahme, die mich zum Tode meines geliebten Mannes

Horst Bentz

erreichten, sei es in Form von Kranz- und Blumenspenden, sei es in tröstenden Worten und herzlichem Gedenken, sage ich auf diesem Wege meinen Dank.

Renate Bentz

Ascona, den 25. November 1984

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, das Ableben des ehemaligen Mitglieds unseres Vorstands, Herrn Diplom-Ingenieur

Adolf Klein

bekanntzugeben. Er starb am 23. November 1984 im Alter von 82 Jahren.

Wir trauern um einen hervorragenden Mann.

Fast vier Jahrzehnte arbeitete er für Mannesmann. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit erwarb er sich in verantwortungsvollen Positionen große Verdienste um die Führung und den Wiederaufbau der Mannesmannröhren-Werke.

Als Vorstandsmitglied dieser Gesellschaft und später der Mannesmann AG beeinflußte er die technische Ausrichtung und Entwicklung entscheidend. Hohes Fachwissen und internationale Erfahrungen verschafften ihm Achtung und Anerkennung. Noble Gesinnung und Warmherzigkeit zeichneten ihn aus.

Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mannesmann Aktiengesellschaft

Düsseldorf, den 26. November 1984

Das Seelenamt wird Donnerstag, den 29. November 1984, um 9.30 Uhr in der St.-Paulus-Kirche, Düsseldorf, Lindemannstraße, gehalten. Die Beerdigung findet am gleichen Tage um 11.00 Uhr auf dem Südfriedhof in Düsseldorf statt.
Von Beileidsbekundungen am Grabe bittet die Familie abzusehen.

Ich trauere um meinen Mitgesellschafter, Herrn

Generalkonsul
Friedrich Wilhelm Breckwoldt

* 1. 10. 1905 † 11. 11. 1984

PRI Public Relations International GmbH
Renate Grosser

Die Trauerfeier hat im engsten Kreis stattgefunden.

Der Wirtschaftsraum zwischen Sieg und Nahe / Im Spannungsfeld der Nachbarn

Im Erdkundeunterricht heißen die Landschaften zwischen Sieg und Nahe Rheinisches Schiefergebirge, Westerwald, Eifel, Hunsrück, Taunus. Politisch bilden wesentliche Teile davon das nördliche Rheinland-Pfalz. Die Staatsverwaltung nennt das Gebiet Regierungsbezirk Koblenz; der Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz ist damit deckungsgleich. Heute ist dieser IHK-Bezirk durch seine industrielle Spannweite ausgezeichnet: Im Nordosten an der Sieg früher Eisen und Stahl, heute Metallverarbeitung; im Südwesten an der Nahe wie eh und je Schmuck und Edelsteine; dazwischen – dank der besten Tone Mitteleuropas – Grob- und Feinkeramik; Baustoffe aus vulkanischen Steinen und Erden für Straßen und Häuser; Holzverarbeitung und Fertighäuser dank schöner Wälder. Und über allem wie ein Netz Erholung, Touristik, Fremdenverkehr.

Früher haben sich Gewerbe und Handel vorwiegend in den Flußtälern von Rhein, Ahr, Lahn, Sieg und Nahe konzentriert – weniger an der Mosel. In den Grundstrukturen ist das heute noch so. Höhengebiete als arme Landschaften, teilweise auch politisch-militärisch bedingt: Eifel und Hunsrück waren Aufmarschgebiete; Spuren des Westwalls verunzieren noch heute Moselhänge.

Die Aussöhnung mit Frankreich markiert gerade für die Landschaften zwischen Sieg und Nahe die Wende in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Heute profitiert das Land auch von seiner Lage im Spannungsfeld der benachbarten Ballungsräume Rhein-Ruhr, Rhein-Main und dem Saarland.

Geprägt wird der Wirtschaftsraum Obere Nahe durch die Edelstein- und Schmuckwaren-Industrie, im Raum Idar-Oberstein seit dem 10. Jahrhundert ansässig. Die Edelstein-Industrie umfaßt Mittel- und Kleinbetriebe; es gibt sogar Ein-Mann-Unternehmen. Viele Betriebe sind spezialisiert: Diamant-, Edelstein-, Achat- und Schmuckstein-Schleifereien sowie Edelsteingraveure.

Die Branche ist sehr außenhandelsaktiv, bezieht rohe Edelsteine aus über 50 Ländern. Ein beträchtlicher Teil wird wieder exportiert.

Eine ähnliche Vielfalt bietet die Schmuckwarenindustrie. Auch hier nur Mittel- und Kleinbetriebe. Die Produktionspalette reicht vom Modeschmuck über serienmäßig gefertigten, preiswerten Schmuck mit Edelmetallüberzug bis zum individuell gefertigten, hochwertigen Juwel.

Während noch nach 1945 die Schmuckwaren- und Edelstein-Industrie so eindeutig als Monostruktur dominierten, hat sich dies erheblich geändert. Betriebe mit anderen Fertigungsprogrammen entstanden. So produzieren heute eine Anzahl von Unternehmen Diamanten oder synthetische Edelsteine zur Verwendung in der Technik, zum Beispiel für Meßgeräte, Steuerungselemente auch für die Weltraumforschung. Aus der Schmuckwarenindustrie entwickelten sich Hersteller von Uhren-Armbändern und -gehäusen.

Im Wirtschaftsraum Bad Kreuznach überwiegen Maschinenbau, Optik, Gummi- und Lederverarbeitung. Im stark industrialisierten Zentrum der Stadt ist der Handel mit einem Netz von Handelsgeschäften repräsentiert. Wichtige Einkaufszentren sind auch die Städte Kirn und Sobernheim. Als dritte wirtschaftliche Säule sorgt das Hotel- und Gastgewerbe für eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur. Vierter Bereich ist die Weinwirtschaft.

Das produzierende Gewerbe als Hauptwirtschaftsbereich deckt nahezu die Hälfte des gesamten Bruttoinlandsproduktes der Region ab. Neben verschiedenen Neuansiedlungen in Bad Kreuznach verzeichnet der als Schwerpunkt im Fördergebiet ausgewiesene Bereich Sobernheim/Monzingen ebenfalls zukunftsweisende Neuansiedlungen.

Im Bereich Simmern liefert das produzierende Gewerbe den größten Teil des Sozialproduktes. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt stetig gestiegen ist, liegt der Betrag je Kopf der Bevölkerung nach wie vor deutlich unter dem Durchschnitt der übrigen Landkreise. Das Kreisgebiet Simmern ist daher als Fördergebiet ausgewiesen. Hatte sich die Industrie auf Holzverarbeitung im Hunsrück, Maschinenbau in Boppard und Simmern konzentiert, so sind in jüngster Zeit in den Schwerpunktorten Simmern und Kastellaun namhafte Betriebe des Fahrzeugbaues, der Kfz-Zubehörindustrie und der Fertighausproduktion entstanden.

Vom weltweit bekannten Touristengebiet Rheintal dehnt sich der Fremdenverkehr auch auf die höher gelegenen Regionen mit reizvollen Waldlandschaften aus. Gute Verkehrserschließung und die attraktive Lage zwischen Mosel, Rhein und Nahe garantieren weitere günstige Entwicklung.



Der Raum Untere Ahr erstreckt sich vom Rhein, links und rechts der Ahr und des Brohlbaches bis auf die Höhen der Eifel. Unter den über 70 produzierenden Betrieben bildet das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe einen Schwerpunkt. Innerhalb dieser Gruppe sind besonders fünf altansässige Mineralbrunnenbetriebe ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Durch seine Ausrichtung auf den Kur- und Fremdenverkehr hat der Wirtschaftsraum Rhein-Ahr in Handel und Gastronomie sein zweites Standbein. Mit seinen über 700 Betrieben des Gastgewerbes ist die Ahr Umsatzspitzenreiter der Branche. Diese Spitzenstellung verdankt sie nicht zuletzt auch der Spielbank Bad Neuenahr – daran zu erkennen, daß der Umsatz je Beschäftigten im Gastgewerbe hier 47 908 Mark erreicht gegenüber 41 655 Mark in der Gastronomie des gesamten Bezirks der IHK Koblenz.

Ähnliche Bedeutung hat auch der weltbekannte Nürburgring. Als Notstandsmaßnahme in der Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre initiiert, hat er seitdem Millionen Zuschauer angelockt und mit dem kürzlich beendeten Umbau wieder seine Attraktivität für Rennställe, Automobilhersteller und Zuschauer bewiesen.

Ein weiterer wirtschaftlicher Schwerpunkt sind Kur und Erholung. Durch die linksrheinische Autobahn A 61 wird der Rhein-Ahr-Raum seiner Funktion als Naherholungsgebiet für das Kölner Becken und das Ruhrgebiet noch besser gerecht.

Fläche mit hoher Wirtschaftskraft – so läßt sich der Wirtschaftsraum Neuwied/Linz charakterisieren. Hier werden auf nur 7,7 Prozent der Fläche des Kammerbezirks 11,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts erwirtschaftet.

Nach Anzahl der Arbeitsplätze liegen Schwerpunkte in der Investitionsgüterindustrie (Maschinen-, Stahl-, Leichtmetallbau), gefolgt von Verbrauchsgüterindustrie (holz-, papier-, pappeverarbeitende Betriebe) vor Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (Stein-, Erd-, chemische Industrie).

In dem mehr landwirtschaftlich orientierten rheinseitigen Westerwald sind nur wenige Betriebe bis zur mittleren Größe ansässig; auf Orte wie Bad Hönningen, Rheinbrohl, Linz, Vettelschoß und Neuwied entfallen über 60 Prozent des Gesamtindustrieumsatzes mit rund 55 Prozent der Beschäftigten des Kreises.

Über 200 000 Gäste bei über 700 000 Übernachtungen belegen, daß auch der Fremdenverkehr sowohl in den industrialisierten Städten des Rheingrabens zwischen Neuwied und Linz als auch im nördlichen Kreisteil eine bedeutende Rolle spielt. Trotz der vergleichsweise hohen Wirtschaftskraft ist der Kreis Neuwied kein Industrierevier, in dem der Besucher mit ausgedehnten Industrieanlagen konfrontiert wird: Hart an der Grenze der Industrieschwerpunkte verläuft die Grenze zum Naturpark Rhein-Westerwald.

Der Wirtschaftsraum Sieg-Westerwald unterliegt einer sehr wechselvollen Entwicklung: Nachdem über Jahrhunderte hinweg der Eisenerzbau und Verhüttung starke Monostrukturen entstehen ließen, gelang es ab Mitte der 60er Jahre mit einer regionalen Strukturpolitik von Bund und Land (und begünstigt von einem konjunkturellen Hoch bis in die Mitte der 70er Jahre) den Rückgang in der Grundstoffindustrie nicht nur auszugleichen, sondern sogar einige 1000 Arbeitsplätze mehr zu schaffen.

Leistungsstarke und exportintensive Unternehmen im Bereich des Apparate- und Stahlbaus, des Behälterbaus, der blechverarbeitenden Industrie und des Maschinenbaus traten an die Stelle der Gruben- und Hüttenbetriebe. Von dieser Entwicklung haben der gesamte Handel, der Dienstleistungsbereich sowie die Kommunen Nutzen gehabt.

Wichtigster Arbeitgeber ist der Maschinenbau (21 Prozent; Exportquote 7,5 Prozent), ihm folgt die Stahlindustrie (zwölf Prozent). Bei der Eisen- und Blechwarenindustrie (zwölf Prozent; Exportquote 5,5 Prozent), nehmen die internationalen Einflüsse wieder erheblich zu. Das gilt auch für die elektrotechnische Industrie. Zum Vergleich: Die kunststoffverarbeitende Industrie beschäftigt bei einer Exportquote von sieben Prozent nur fünf Prozent aller Beschäftigten; in der chemischen Industrie sind ebenfalls nur fünf Prozent tätig, ihre Exportquote beträgt 30,3 Prozent.

Die Abnahme der Beschäftigung ist zur Hälfte auf Firmenschließungen zurückzuführen. Allein im Bereich der eisenschaffenden Industrie müssen weitere 1000 Arbeitsplätze als auf Dauer verloren gelten.

Der Westerwald ist durch seine Bodenschätze geprägt. Im Unterwesterwald ist es der Ton, im Oberwesterwald der Basalt. Der Tonbergbau ist eine unentbehrliche Rohstoffgrundlage für die gesamte keramische und feuerfeste Industrie Westeuropas.

Viele Klein- und Mittelbetriebe beschäftigen sich mit der Produktion von Zier- und Gebrauchskeramik, wobei die Palette der Erzeugnisse von Krügen, Vasen, Schalen bis hin zu Lampenfüßen und Geschirr reicht. Hinzu kommen die Unternehmen, die Bau- und Sanitärkeramik herstellen. Alle diese Erzeugnisse haben zwar denselben Grundstoff, jedoch verschiedene Märkte. Technischer Fortschritt setzt Arten und Formen der Produkte kaum Grenzen. So konnte sich eine erhebliche Wirtschaftskraft entwickeln, die ihre Krisenfestigkeit immer wieder unter Beweis stellt.

Einen mit dem Kannenbäckerland vergleichbaren industriellen Schwerpunkt gibt es im Westerwald sonst nicht. Zwar bildet für die industrielle Produktion des Oberwesterwaldes seit Jahrhunderten die Gewinnung des Basalts die Grundlage, doch ist die Bedeutung dieses Industriezweiges im Laufe der Jahre zurückgegangen. Heute gibt es nicht einmal mehr zehn Betriebe der Natursteinindustrie mit zuammen weniger als 300 Mitarbeitern. Hauptprodukte sind heute Schotter und Splitt.

Weitere Stützen der Wirtschaft dieses Raumes sind Betriebe der Kunststofferzeugung und -verarbeitung, der Metallverarbeitung sowie der Glaserzeugung und -veredelung. Hinzu kommen Bauunternehmen, Holz bearbeitende Betriebe, Textilbetriebe und Unternehmen der Lederbekleidung, des Ladeneinrichtungsbaues sowie die Wachswarenproduktion und auch eine Brauerei.

Besonderes Gewicht kommt der Maschinen- und Werkzeugmaschinenindustrie sowie überhaupt dem Sektor der Metallverarbeitung zu. So vollzog sich in den letzten 25 Jahren eine erfolgreiche Umstrukturierung von der Monostruktur Natursteingewinnung und rückläufiger Landwirtschaft zur Verbreiterung der gesamtwirtschaftlichen Basis.

Dazu hat die Neuansiedlung von Betrieben beigetragen, unterstützt durch die öffentliche Förderungspolitik, denn das Gebiet des ehemaligen Oberwesterwaldkreises gehört zum „Regionalen Aktionsprogramm Mittelrhein Lahn-Sieg" der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Insbesondere aufgrund des hohen Industrialisierungsgrades zählt dieser Bereich heute zu den industriellen Kerngebieten von Rheinland-Pfalz.

Gegenüber dem Westerwald ist der Rhein-Lahn-Kreis in seiner Struktur weit weniger ausgeglichen. Die industrielle Wirtschaftskraft wird vornehmlich von einigen kleineren Produktionszentren an der Peripherie erbracht, in erster Linie dem Dreieck Lahnstein–Braubach–Bad Ems und dem Raum Diez–Nassau. Es sind namhafte Betriebe der chemischen Industrie, der Papiererzeugung und -verarbeitung, der Kunststoffindustrie, des Maschinenbaus, der Haushaltswarenindustrie und der Elektrotechnik bis hin zu Mineralbrunnenbetrieben und Brauereien, die hier der Wirtschaft das Gepräge geben.

Dagegen nimmt der Fremdenverkehr im landschaftlich reizvollen Rhein-Lahn-Kreis mit seinen Schlössern und Burgen und der Loreley eine wichtige Stellung ein. Insbesondere im Höhengebiet hat man in den letzten Jahren an landschaftlich geeigneten Plätzen Einrichtungen des Fremdenverkehrs geschaffen.

HANS HAGMANN

FUSSBALL-BUNDESLIGA / Fortuna Düsseldorf schoß sich gegen Hamburg aus der Krise – Mannheim weiter auf dem Weg nach unten

Willibert Kremers Donnerwetter zur Pause zeigte Wirkung – Kritik von Heynckes an Köln und Leverkusen

Von HEINZ STUMM

Samstagnachmittag ist für **Willibert Kremer** (45) die Gefahr erheblich kleiner geworden, in Panik von einem Düsseldorfer Fortuna-Vorstand vorzeitig entlassen zu werden, der möglicherweise nach der Jahreshauptversammlung im Januar schon wieder ein ganz anderes Gesicht hat. Der 4:2-Sieg über den Hamburger SV hat seinen Stuhl wieder kippsicher gemacht. Wer oder was die entscheidende Wende gegen den Renommierklub von der Alster nach einem 0:2-Pausenrückstand im Rheinstadion bewirkte, läßt sich mit letzter Sicherheit nicht sagen. Kremers spektakulärer Auftritt während der Halbzeitpause in der Kabine scheint indes nicht ganz erfolglos gewesen zu sein. Jedenfalls spielte **Ralf Dusend** (25) nach dem Donnerwetter, das in seinem Falle besonders laut ausfiel, wie aufgedreht und sorgte schon in der 49. Minute für den Anschlußtreffer, den Anfang vom Ende der HSV-Herrlichkeit in Düsseldorf. „Eigentlich wollte ich den Ralf herausnehmen und habe ihn auch gewarnt. Vielleicht hat das gefruchtet", verteidigte der sonst so stille Willibert den lauten Ton in höchster Not.

Mehr noch als über den klaren Sieg („Zum Schluß mußte der HSV froh sein, daß er nur vier Stück gekriegt hat") freute sich der Trainer über die Zurufe der wirklichen Fans. „Kremer, wir danken dir", riefen sie nach dem Abpfiff in der Südkurve. Vor der Pause waren vereinzelte „Kremer raus"-Rufe ans Ohr des Trainers gedrungen: Die kamen von der Tribüne, wo angeblich die feinen Leute sitzen.

Kremer glaubt, daß die Hamburger auch mit **Felix Magath** (31) geschlagen zurückgefahren wären, „weil wir in der zweiten Halbzeit einfach nicht zu bremsen waren". Phasenweise fühlte sich Kremer an die besten Tage der letzten Saison erinnert, als **Rudi Bommer** (27) und **Manfred Bockenfeld** (24) auf der rechten Seite die Gegner schwindlig spielten. Dennoch traut Kremer seinem Kollegen **Ernst Happel** (am Donnerstag wird er 59) zu, seine Mannschaft gegen Inter Mailand im UEFA-Cup wieder zu stabilisieren: „Solche Packungen haben meist positive Folgen."

*

Weniger als Kremer und das Gros der Bundesligatrainer sind **Dietrich Weise** (50) und **Jupp Heynckes** (39) von Augenblick-Erfolgen abhängig. Vielleicht sind deshalb die Frankfurter und die Gladbacher nervlich um so vieles besser dran als die Konkurrenz. „Es ist sicherlich nicht schlecht für die Mannschaft, wenn sie weiß, daß dem Trainer nicht ständig das Fallbeil im Nacken sitzt, und er den Druck, der von oben kommt, nicht sofort an die Spieler weitergibt. Bei uns weiß jeder Spieler, daß er sich auch einmal ein schlechtes Spiel erlauben darf, ohne gleich aus dem Rennen zu sein", räumt Weise ein, daß entspannte Atmosphäre und Geduld in der Vorstandsetage den Spielern und der Spielqualität nutzt. „Vielleicht ist das sogar der Weg, um langfristig dem deutschen Fußball wieder internationales Niveau zu verschaffen", spinnt Weise den Faden weiter. Dreimal habe seine junge Elf in der Bundesliga hintereinander verloren, erst in München, dann zu Hause gegen Köln und in Stuttgart, und auch im Pokal in Gladbach den Kürzeren gezogen, ohne daß etwas zurückgeblieben sei.

*

Obwohl sich sein Berater **Rüdiger Schmitz** (42) einen Wechsel zu einem anderen Klub vorstellen kann, ist Weise überzeugt, daß ihm sein Schlüsselspieler **Ralf Falkenmayer** (21) nicht „von der Fahne gehen werde: „Der Ralf wird wissen, wo er seine Persönlichkeit am besten entwickeln kann und sich letztlich bestimmt wie **Thomas Berthold** (20) entscheiden, der auch bei der Eintracht blieb und darauf verzichtete, woanders ein paar Mark mehr zu verdienen." Weise will in den nächsten Jahren um Falkenmayer herum ein Meisterteam aufbauen, ein Ziel also, das ihm zu Frankfurter Glanzzeiten selbst mit **Jürgen Grabowski** (40) nicht geglückt ist. Bei der Feier zu seinem 50. Geburtstag in dieser Woche hatte er nicht ausgeschlossen, daß er auch den 60. noch bei der Eintracht feiern werde.



*

Eine Vertragsverlängerung steht auch in Mönchengladbach an, obwohl der regierende Manager **Helmut Grashoff** (55) den Ball Trainer Jupp Heynckes schon zugespielt hat, als er sagte: „Wegen mir kann der Jupp so lange bleiben wie der Hennes Weisweiler." Weisweiler, im Sommer 1983 einem Herzinfarkt erlegen, war elf Jahre lang am Bökelberg tätig, Heynckes hat fünf Trainerjahre in Gladbach hinter sich.

„So wird's wohl werden", signalisierte der frühere Torjäger inneres Einverständnis. Sehr lange, so ließ er wissen, habe ihm im Magen gelegen, daß „der Lothar Matthäus verkauft worden ist". Inzwischen hat er den Verlust verschmerzt und stellt mit Zufriedenheit fest, daß andere Spieler von der Aufgaben-Neuverteilung profitieren, vor allem Jung-Nationalspieler **Uwe Rahn** (22). Heynckes: „Der Uwe hat jetzt mehr Freiheiten und weiß sie auch zu nutzen." Drei Tage nach dem schweren Pokalspiel gegen Frankfurt „auf dem Acker am Bökelberg" (Mannschafts-Kapitän **Wilfried Hannes**, 27) waren Spuren der kräftezehrenden Begegnung nicht zu entdecken. Die Erklärung des Trainers klingt pausibel: „Zwar sehr günstig, daß das Pokalspiel am Nachmittag stattfand, hätten wir abends gespielt, wären die Spieler wahrscheinlich nicht in den Schlaf gekommen und am nächsten Tag kaputt gewesen. So kamen sie ausgeruht zum Training am nächsten Tage. Zum Glück hatten wir auch keine Verletzten."

Noch einmal zurück zum Thema Verlangsverlängerung: Obwohl Heynckes nicht ungern hört, daß er auch bei anderen Vereinen im Gespräch ist, zum Beispiel mit dem 1. FC Köln in Verbindung gebracht wird, würde er ein Angebot vom Geißbock-Klub auf jeden Fall ablehnen. Heynckes, in Gladbach daran gewöhnt, daß immer mit offenen Karten gespielt wird, stört zum Beispiel, daß es in Köln nicht so ist. „Warum versucht man in Köln so viel unter den Tisch zu kehren, wird zum Beispiel nicht gesagt, was ein Spieler kostet. Deshalb kommt es dann zu Spekulationen", kritisiert Heynckes das gestörte Verhältnis des FC Köln zu den Medien.

Die Einkaufspolitik der Kölner kann Jupp Heynckes nur belächeln. So steht für ihn fest, daß die Kölner beim Tauziehen um das Uerdinger Talent **Olaf Janßen** (18) den Kürzeren ziehen: „Die Uerdinger haben einen rechtsgültigen Vertrag. Daran gibt es nichts zu rütteln und das wird auch der Deutsche Fußball-Bund so sehen. Vater und Sohn Janßen hatten auch bei mir um einen Gesprächstermin gebeten und als sie dann da waren, erzählte mir der Vater, daß vor 1986 nichts zu machen sei. Da habe ich dann gefragt, warum er überhaupt gekommen sei."

Der Gladbacher Trainer findet es überhaupt schädlich für die sportliche Entwicklung von jungen Spielern, wenn sich die Eltern, wie auch im Falle des Hannoveraners **Maximilian Heidenreich** (17) als Manager aufspielen und dann, wie Vater Heidenreich, Unsummen fordern. „Wer 200 000 Mark als Einstieg für einen 17jährigen verlangt, ist doch nicht richtig im Kopf." Die Frage bleibt, ob andere Bundesligaklubs genau so vernünftig denken. Daß Vernunft nicht immer Richtschnur sei, sieht Heynckes beim Konzernklub Bayer Leverkusen bestätigt: „Warum ist denn der Waas so schlecht geworden? Weil er zuviel Geld garantiert bekommt. Bei uns müssen sich die Spieler ihr Einkommen mit hohen Prämien erkämpfen und mit 100 000 Mark Brutto im Jahr als Gehalt zufrieden sein. In Leverkusen werden ja schon junge Amateure mit 6000 Mark im Monat verwöhnt. Bei uns gibt es höchstens 2000 und wem das zu wenig ist, der kann gehen."

Kräftige Worte, die der Trainer von Borussia Mönchengladbach da von sich gibt. Aber die Branche ist ja an kritische Aussagen von Jupp Heynckes gewohnt, der auch als Spieler schon immer laut sagte, was er dachte.



Trainer Willibert Kremer haut's fast vom Stuhl: Verpaßte Chancen und seine Fortuna liegt noch mit 0:2 gegen Hamburg zurück FOTO: Norbert Rzepka



Nach dem 4:2-Sieg kommt Freude auf: Rudi Bommer und Hans Holmquist feiern den Torschützen Günter Thiele (von rechts) FOTO: PERENYI



Sorgenvolle Miene bei Klaus Schlappner: Mit der Niederlage gegen Gladbach verging dem Mannheimer Trainer auch das Lachen FOTO: DPA

Die Raus-Rufe haben Schlappner tief getroffen

MARTIN HÄGELE, Mannheim

Die Frau ist Fan. Von ihrem Mann, dessen Arbeit, dessen Mannschaft. Und folglich fühlt Irene Schlappner mit allen Dingen mit, die in und um den Bundesligaklub SV Waldhof Mannheim passieren. „Da muß man durch", sagt sie. „Da ist der Wurm drin", oder „Das ist zum Verzweifeln". So reden sonst die Fußballmänner.

Gott sei Dank hat die Familie Schlappner Samstagnacht nicht vorm Fernseher gesessen wie sonst. „Zum Glück waren wir eingeladen", und sie erzählt, daß ihr das alles schon ein bißchen an die Nieren gehe. Die Serie der Niederlagen, jetzt das verlorene Spiel gegen Mönchengladbach, anschließend die Pokalauslosung mit der schwierigen Reise zu Bayern München. „Wenn man in den berühmten Matsch mal reinlangt, dann eben gleich knüppeldick", hat ihr der Gatte dazu erklärt.

Sie kennt diese Fußballweisheiten. Aber obwohl Irene Schlappner von sich glaubt, sie sei eine sehr sensible Trainerfrau, hat sie jene Rufe nicht registriert, die beim 1:3 gegen die Borussen schon vereinzelt den Kopf ihres Mannes gefordert haben. So etwas werde nicht ausbleiben, überall im Fußball gäbe es solche Kadetten, die immer gleich einen Schuldigen bräuchten, meint sie. Gleichwohl gibt sie zu: „Wenn unsere Misere weitergeht, wird mich das bald ernsthaft belasten."

Auch Klaus Schlappner, den die ganze Bundesliga nur als Frohnatur kennt, den jeder nur Schlappi nennt, hat es hart getroffen, daß der Ball beim SV Waldhof nicht mehr so rollt, wie er soll. Die im Vorjahr so hochgelobten frischen und frechen Aufsteiger – seit Wochen lassen sie sich nur noch den Hintern versohlen. Spötter bezeichnen den Strafraum der Mannheimer Mannschaft schon als die Schießbude der Bundesliga.

„In unserer Abwehr haben einige gepennt, solange wir vorne nicht treffen und hinten so dusselige Tore kriegen, kann man nicht gewinnen." So einfach ist Fußball, so einfach hat der Fuball-Lehrer Schlappner das 1:3 erklärt, in deutlicher Sprache direkt nach dem Schlußpfiff.

Die Gegentore seien eben als Tollpatschigkeit entstanden. Basta. So lieben's die Leute. Doch Schlappi weiß zu genau, daß er solche Sprüche nicht Samstag für Samstag verzapfen kann, daß er tiefere Gründe für die Ursachen dieser Krise liefern muß. Warum ging der Elan verloren?

Schlappner: „Nach unserem guten ersten Jahr in der Bundesliga und den Erfolgen zu Beginn dieser Saison, wurde von draußen ein solcher Leistungsdruck in die Mannschaft gebracht, den die Truppe im Moment einfach nicht verkraften kann. Plötzlich glaubten einige, sie könnten und müßten den ganz großen Fußball spielen." Dadurch, so Schlappner, hätten sie ihre Dynamik verloren. „Früher war für uns das Allereinfachste im Spiel immer das beste."

Daß die Mannschaft, die Bayern München die einzige Heimniederlage dieser Runde zugefügt hat, mit dem Skalp des Tallebenführers so gewaltig abgestürzt ist, dafür hat der Trainer noch weitere Erklärungen bei der Hand: In 15 Spielen habe er schon 22 Profis einsetzen müssen, darunter drei Torhüter, so häufige Umstellungen hätten wohl auch bessere Mannschaften durcheinander gebracht.

Schlappner glaubt, daß er alles wieder hinbringen und den Schaden reparieren kann. Zurück zum alten unkomplizierten Stil, das will er seinen Männern in den nächsten Tagen einbleuen. Im Präsidium des Klubs sieht man die Rettung vor dem Abstieg allerdings weniger in der Rückbesinnung auf die eigenen Tugenden. Lieber soll ein neuer Stürmer, möglichst ein Torjäger her. Das Wort vom „Panikkauf" weist der Waldhof-Präsident Wilhelm Grüber jr. jedoch weit von sich.

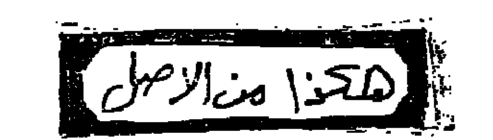
„Ich krieg gesagt, um wen es sich handelt", sagt Schlappi, „ich halte mich aus diesem Transfer heraus." Das muß verwundern, hört sich seltsam an aus dem Munde eines Millionärs und Unternehmers, der aufgrund seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit und wegen seiner sportlichen Erfolge als der mächtigste Trainer der gesamten Branche gilt. In der Vergangenheit hat sich Schlappner seine Spieler stets selbst ausgesucht.

Diesmal laufe die Geschichte anders, so der Trainer, „die Spieler bewerben sich doch nicht beim Betriebsleiter, sondern beim Chef des Unternehmens." Vor 14 Tagen noch hatte Schlappner jegliche Art von Neuverpflichtungen weit von sich gewiesen. Jetzt will er nicht nur sein Gesicht wahren, sondern steht diesem Thema offensichtlich aus Überzeugung skeptisch gegenüber: „Es ist schwer oder fast unmöglich, im Augenblick ein weißes Kaninchen aus dem Hut zu zaubern."

Da spürt denn auch der Trainer den Druck von der Tribüne, den er seiner Mannschaft attestiert hat. „Vor vier Jahren habe ich jene Leute dort nicht gesehen", sagt er. Und daß die Mannschaft gelegentlich vom eigenen Publikum hämisch ausgelacht worden ist, das hatte „ihn persönlich schwer schockiert."

Da taugt dann auch die Tarnung als Kauz und Spaßvogel nicht mehr viel, solcher Spott geht unter den Hut und durch die Haut. Irgendwo ist Schlappi schließlich ja auch Mensch. Und welcher Mensch kann ernsthaft solche Gefühlsschwankungen verkraften, denen Schlappi gerade ausgesetzt ist. Vor ein Paar Wochen hat „Bild" das Mannheimer Original zum beliebtesten Trainer des Landes ausgerufen – und seither bekommt Schlappners Mannschaft nur noch auf den Deckel.

„Das ärgert mich sehr", sagt Schlappi und furcht die runzlige Stirn noch ein bißchen mehr als sonst, „aber dieses Jahr hat bald ein Ende."



Bundesliga: Statistik des 15. Spieltages

ERGEBNISSE

Mannheim – M'gladbach	1:3	(0:3)
Bremen – Braunschweig	4:1	(3:1)
Düsseldorf – Hamburg	4:2	(0:2)
Stuttgart – Bochum	1:2	(1:2)
Schalke – Frankfurt	1:3	(1:0)
München – Karlsruhe	6:2	(3:1)
Köln – Leverkusen	ausgefallen	
Bielefeld – Dortmund	ausgefallen	
Uerdingen – K'lautern	ausgefallen	

DIE SPIELE

München – Karlsruhe 6:2 (3:1)

München: Pfaff – Augenthaler – Eder (46. Martin), Willmer – Dremmler, Nachtweih, Matthäus, Lerby – Mathy, Rummenigge, Wohlfarth (71. Kögl). – **Karlsruhe:** Fuhr – Theiss – Boysen (81. Nadu), Pfitzner, Roth – Keim, Becker, Löw, Dittus (54. Harforth) – Künast, Bühler. – **Schiedsrichter:** Wuttke (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Mathy (11.), 1:1 Becker (21.), 2:1 Mathy (30.), 3:1 Matthäus (33.), 4:1 Lerby (48., Foulelfmeter), 4:2 Becker (68.), 5:2 Lerby (71.), 6:2 Augenthaler (85.). – **Zuschauer:** 16 000.

Bremen – Braunschweig 4:1 (3:1)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop – Okudera, Möhlmann, Otten, Meier (72. Hermann) – Reinders (81. Wolter), Neubarth, Völler. – **Braunschweig:** Hoßbach – Gorski – Geiger, Bruns, Kindermann (90. Pospich) – Tripbacher, Posipal (62. Plagge), Hintermaier, Scheike – Worm, Lux. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Neubarth (21.), 2:0 Neubarth (28.), 3:0 Völler (29.), 3:1 Kindermann (39.), 4:1 Völler (63.). – **Zuschauer:** 15 100. – **Gelbe Karten:** Völler (2), Geiger (2), Tripbacher (2).

Düsseldorf – Hamburg 4:2 (0:2)

Düsseldorf: Greiner – Zewe – Bunte, Kuczinski – Bockenfeld, Fach, Fleer (46. Thiele), Weikl, Dusend – Bommer, Holmquist. – **Hamburg:** Stein – Groh – Jakobs, Wehmeyer – Kaltz, Soler, von Heesen, Schröder, Rolff – Wuttke, McGhee. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 0:1 Wuttke (24.), 0:2 von Heesen (32.), 1:2 Dusend (48.), 2:2 Thiele (60.), 3:2 Thiele (67.), 4:2 Dusend (73.). – **Zuschauer:** 10 500. – **Gelbe Karten:** Kuczinski (2), Wuttke (2).

Mannheim – M'gladbach 1:3 (0:3)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Dickgießer, Schlindwein – Knapp, Scholz, Heck, Quaisser – Bührer (62. Gaudino), Walter, Makan (73. Rombach) – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Borowka, Hannes, Frontzeck – Krauss, Herlovsen, Rahn, Lienen – Criens (90. Dreßen), Mill (73. Herbst). – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Hannes (18.), 0:2 Hannes (26.), 0:3 Rahn (28.), 1:3 Sebert (67.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Schlindwein (4), Sebert (2), Walter (2), Borowka (3), Hannes.

Schalke – Frankfurt 1:3 (1:0)

Schalke: Junghans – Dietz – Kleppinger, Schipper – Opitz, Memering (75. Stichler), Dierßen, Jakobs, Kruse (74. Berge) – Schatzschneider, Thon. – **Frankfurt:** Gundelach – Berthold – Korbel, Kraaz – Fruck, Trieb, Svensson, Kroth, Falkenmayer – Müller, Tobollik. – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Schatzschneider (33.), 1:1 Kroth (56.), 1:2 Tobollik (70., Foulelfmeter), 1:3 Svensson (88.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karte:** Svensson. – **Rote Karte:** Fruck.

Stuttgart – Bochum 1:2 (1:2)

Stuttgart: Roleder – Makan – Schäfer, K.-H. Förster, B. Förster (73. Müller) – Buchwald (73. Lorch), Ohlicher, Allgöwer, Sigurvinsson – Reichert, Klinsmann. – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Pickenäcker, Knüwe, Gothe – Woelk, Oswald, Schulz, Kree (20. Schreier, 85. Kuhn) – Kuntz, Fischer. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 1:0 Reichert (18.), 1:1 Schulz (24.), 1:2 Schulz (45.). – **Zuschauer:** 17 400. – **Gelbe Karten:** Schäfer (3), Klinsmann, Woelk (2).

VORSCHAU

Dienstag, 27. November, 20 Uhr:

Uerdingen – K'lautern	(3:1)

Freitag, 30. November, 19.30 Uhr:

Leverkusen – Stuttgart	(1:1)

Freitag, 30. November, 20.00 Uhr:

M'gladbach – Düsseldorf	(1:1)
Bochum – Mannheim	(1:0)

Samstag, 1. Dezember, 15.30 Uhr:

Hamburg – Frankfurt	(0:2)
Bielefeld – Bremen	(2:0)
Braunschweig – Uerdingen	(1:2)
Dortmund – Schalke	(–:–)
K'lautern – München	(0:1)
Karlsruhe – Köln	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse vom Vorjahr

Für das Achtelfinale im 42. Wettbewerb um den deutschen Vereinspokal für den 22. Dezember wurde folgende Paarungen ausgelost. **Bundesliga gegen Bundesliga:** Bayern München gegen Waldhof Mannheim. **Bundesliga gegen zweite Liga:** Hertha BSC Berlin gegen Bayer Leverkusen, Hannover 96 gegen Schalke 04, Alemannia Aachen gegen Borussia Mönchengladbach, VfB Stuttgart gegen 1. FC Saarbrücken. **Bundesliga gegen Amateure:** SC Geislingen – Bayer Uerdingen, SC Jülich 10 gegen Werder Bremen. **Zweite Liga gegen Amateure:** Eintracht Haiger gegen Union Solingen. Spiel-Verlegungen auf den 4./5., 11./12. oder 26. Dezember sind möglich.

SCHALKE 04 / Probleme des Aufsteigers mit dem kleinsten Spielerkader

Keine Alternative – sonst müßte Thon mal pausieren

BERND WEBER, Gelsenkirchen

Die Erkenntnis war in den Köpfen der Schalker Verantwortlichen schon lange gereift. Am Samstagnachmittag, bei der enttäuschenden 1:3-Heimniederlage gegen Eintracht Frankfurt, fand sie endgültig ihre Bestätigung: Der Spielerkader, mit dem der ehrgeizige Trainer Diethelm Ferner auskommen muß, ist einfach zu klein. Konkret, er ist der kleinste aller Erstligaklubs. Nur 17 Profis beschäftigt der FC Schalke 04. Im Grunde sogar nur 16, denn Mannschaftskapitän Manfred Drexler ist nach dem Knöchelbruch und dem Bänderriß, den er sich vor gut einem Jahr in Berlin zugezogen hat, immer noch bundesliga-untauglich. Nach eigener Einschätzung bringt Drexler derzeit allenfalls 40 Prozent seines normalen Leistungsvermögens. Ferner sieht diese Prozentzahl-Angabe eher noch als zu hoch gegriffen an. Und in der Tat, nicht wann der schnauzbärtige Kapitän wieder mitmachen kann, wird in der Bannmeile des Parkstadions diskutiert, sondern mehr, ob er überhaupt noch einmal ein Bundesligaspiel bestreiten wird.

„Wenn bei uns jemand von der Stammbesetzung ausfällt", klagte der Trainer gestern in einem Gespräch mit der WELT, „dann geraten wir sofort enorm in Schwierigkeiten." Dies trifft umso mehr zu, wenn der mit bisher neun erzielten Treffern beste Schalker Torschütze Klaus Täuber nicht zur Verfügung steht. So wie jetzt gegen Frankfurt. Ein schwerer Bluterguß hatte den bulligen Stürmer außer Gefecht gesetzt, und so mußte er vom Spielfeldrand aus hilflos die Bemühungen seiner Kameraden verfolgen, den Gegner unter Druck zu setzen. „Bild am Sonntag" bezeichnete dieses Bemühen gar als „im Schlußspurt jämmerlich".

Dem könne er nicht ernsthaft widersprechen, gab Ferner zu und analysierte die aktuelle Lage: Wichtigen Spielern in seiner Mannschaft fehle zur Zeit einfach die nötige geistige und körperliche Frische. Und das sei offensichtlich auch nicht mehr dadurch zu vertuschen, daß er das Trainingspensum schon seit ein paar Wochen erheblich reduziere. Ferner: „Dierßen und Opitz zum Beispiel, die bisher unser Mittelfeldspiel mit gutem Erfolg geordnet haben, wirken kraftlos. Das gilt auch für Olaf Thon, der – hätte ich nur personelle Alternativen – längst mal eine Pause bekommen hätte." Zur Erinnerung, es ist noch nicht allzu lange her, da schwärmte Nationalmannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge über den 18jährigen: „Er ist das größte Talent im deutschen Fußball". Und nicht wenige forderten Teamchef Franz Beckenbauer geradezu massiv auf, Thon auf der Stelle in den A-Kader zu holen.

Am Samstag rührte sich im weiten Rund des Parkstadions keine Hand, um Thon mit Beifall zu verabschieden. Im Gegenteil, er und seine Kollegen wurden mit Pfiffen verabschiedet. Der Sportinformations-Dienst (sid) meldete: „Königsblaue Fans verbrannten enttäuscht ihre Fahnen." Ferner nimmt solche, freilich unsinnigen, weil ungerechten Aktionen zum Anlaß, vom Schalker Vorstand personelle Verstärkung zu fordern. „Doch", so fragt sich gewiß nicht nur er, „wo sind die Spieler zu finden, die uns helfen können? Echte Klasse gibt die Konkurrenz nicht her und das, was uns angeboten wird, ist überwiegend Ramsch." Gleichwohl hoffen die Schalker fündig geworden zu sein. Heute wird der 20jährige Hans-Werner Grünewald zum Probetraining erwartet. Ein Stürmer, der aus dem 26köpfigen Kader von Bayern München stammt, dort keine Chance zur Bundesligabewährungsprobe sieht und von Schalkes Torwart Walter Junghans, einem Ex-Bayern, empfohlen wurde. Die Schalker Basis verfolgt das Unternehmen mit begründeter Skepsis. Grünewald ist bisher noch ohne jeden Erstliga-Einsatz.

Mithin, Schalke muß wohl mit Zukunftsängsten leben. Eintracht Frankfurt endgültig nicht mehr. Unbekümmert und voller Elan wandelte der von Nationalspieler Ralf Falkenmayer geführte „Kindergarten", wie die Frankfurter genannt werden, den 0:1-Rückstand in einen souveränen Sieg um. Selbst als Abwehrspieler Norbert Fruck nach einem Foul (er hatte Berge nach einer Einwurfrangelei umgerissen) die Rote Karte sah, gab's keinen Bruch in der Leistung.



Es ist zum Heulen: Schalke-Trainer Ferner mag gar nicht mehr hinschauen.
FOTO GABEL

DFB-Pokal

Münchner Vorfreude

sid, Düsseldorf

„Jetzt kriegt Schlappi eins auf die Mütze," frohlockte Bayern Münchens Trainer Udo Lattek angesichts der Auslosung für das Achtelfinale des deutschen Fußball-Pokals. Dem Pokalverteidiger aus München wurde der SV Waldhof Mannheim zugelost. Jene Mannschaft also, die dem Bundesliga-Tabellenführer die bisher einzige Heimspiel-Niederlage (0:1) der Saison beibrachte. Dafür verspricht Michael Rummenigge Revanche: „Gegen Mannheim sind wir besonders motiviert."

Große Freude auch in Aachen und Hannover. Die beiden Spitzen-Mannschaften der Zweiten Liga, die am Mittwoch die Bundesligaklubs Bochum und Köln ausschalteten, können ihren Anhängern noch rechtzeitig die Weihanchtsgeschenke präsentieren: Borussia Mönchengladbach muß sich in Aachen vorstellen, Schalke 04 in Hannover.

„Ein Traum-Los," jubelte Aachens Präsident Josef Hirtz und Trainer Fritz Fuchs verspricht: „Das wird der krönende Abschluß einer glänzenden ersten Serie. Der Tivoli wird ausverkauft."

Ähnliche Euphorie erklingt in Hannover. „Diesmal wird für das Niedersachsen-Stadion am Spieltag keine Karte mehr zu bekommen sein," vermutet Präsident Horst-Fredo Henze. Die Begeisterung ist groß, denn der Fußball bot in den vergangenen Jahren selten Anlaß zur Freude. Jetzt freut sich der Klub besonders auf ein Wiedersehen mit Schalkes Mittelstürmer Dieter Schatzschneider, der in Hannover groß geworden ist. Allein der Termin bereitet noch Schwierigkeiten. Schalke will am 15. Dezember spielen. Hannover besteht auf dem 22. Dezember.

Terminschwierigkeiten auch in Jülich, wo sich Werder Bremen vorstellen muß. „Wir müssen unseren Spielern auch Urlaub geben. Der soll sich an das letzte Vorrunden-Punktspiel am 7. Dezember anschließen," erklärte Bremens Trainer Ottto Rehagel, der erst im Januar beim Amateur-Oberligisten Jülich 10 antreten möchte.

Beide Fälle werden jetzt beim Deutschen Fußball-Bund geklärt, der als Spieltermin für das Achtelfinale den 22. Dezember angesetzt hat und als Ausweichtermine den 4./5., 11./12. oder 26. Dezember nannte.



Aachens Ausrutscher

DW. Bonn

Der 3:0-Sieg im Pokal über den VfL Bochum hat Alemannia Aachen offenbar zuviel Kraft gekostet. Gegen die abstiegsgefährdeten Stuttgarter Kickers erreichte der Tabellenführer lediglich ein 1:1. Die Mannschaft von Trainer Werner Fuchs blieb aber dennoch im elften Spiel hintereinander ohne Niederlage und holte aus diesen Begegnungen 18:4 Punkte.

Gut erholt vom Pokaltag zeigte sich dagegen Hannover 96. Nachdem der Zweitligaklub den 1. FC Köln am Mittwoch mit 2:1 aus dem Wettbewerb geworfen hatte, siegte er im Punktespiel bei Darmstadt 98 mit dem gleichen Ergebnis.

Trotz des Spielerstreiks befindet sich der 1. FC Nürnberg weiter im Aufwind. Er setzte sich beim FC Homburg mit 1:0 durch. Die drei Begegnungen Solingen – Duisburg, Wattenscheid – Köln, Oberhausen – Saarbrücken fanden erst nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe statt.

DIE ERGEBNISSE

Homburg – Nürnberg	0:1	(0:0)
BW Berlin – Bürstadt	2:0	(0:0)
Darmstadt – Hannover	1:2	(0:1)
Aachen – Stuttgart	1:1	(0:0)
Kassel – Hertha BSC	ausgefallen	
St. Pauli – Offenbach	2:2	(0:2)
Ulm – Freiburg	1:4	(0:1)

DIE TABELLE

1.Aachen	17	10	5	2	33:18	25:9
2.Saarbrücken	16	9	4	3	39:18	22:10
3.Hannover	16	9	3	4	32:25	21:11
4 Hertha BSC	15	8	4	3	26:20	20:10
5.Kassel	16	8	4	4	32:26	20:12
6.Wattenscheid	16	9	2	5	26:23	20:12
7 Nürnberg	17	9	2	6	28:22	20:14
8.Solingen	16	8	1	7	30:30	17:15
9.Offenbach	17	6	5	6	23:26	17:17
10.Bürstadt	17	7	1	9	29:27	15:19
11.Darmstadt	17	5	5	7	22:27	15:19
12.Köln	16	5	4	7	22:27	14:18
13.Freiburg	17	5	4	8	22:25	14:20
14.BW Berlin	17	5	4	8	26:30	14:20
15.Homburg	15	6	1	8	25:25	13:17
16.Oberhausen	16	4	5	7	24:30	13:19
17.Ulm	17	5	3	9	24:35	13:21
18.Stuttgart	16	5	2	9	19:25	12:20
19.Duisburg	16	4	4	8	27:34	12:20
20.St. Pauli	16	3	3	10	22:37	9:23

DIE VORSCHAU

Freitag, 30. November, 19.30 Uhr: Hannover – Kassel. – **Samstag, 1. Dezember, 15.30 Uhr:** BW Berlin – St. Pauli, Offenbach – Oberhausen, Köln – Ulm, Duisburg – Homburg. – **Sonntag, 2. Dezember, 14.00 Uhr:** Bürstadt – Hertha BSC. – **15.00 Uhr:** Saarbrücken – Aachen, Nürnberg – Darmstadt.

Hamburgs Marsch an die Tabellenspitze ist gestoppt

							Heim		Auswärts	
1 München	14	9	3	2	33 18	21 7	21 11	12:4	12:7	9:3
2. Bremen	15	6	7	2	41.25	19.11	29 12	13.3	12:13	6:8
3. M'gladbach	14	7	4	3	42 25	18.10	23 9	10:2	19:16	8:8
4. K'lautern	14	5	7	2	25:18	17.11	15.9	11:3	8:9	6:8
5 Hamburg	15	5	7	3	28.24	17:13	18.8	11:5	10:16	6:10
6 Bochum	15	5	7	3	25.23	17·13	9.7	8:6	16.16	9:7
7 Uerdingen	14	7	2	5	30:21	16 12	17 12	11·3	13:9	5:9
8 Frankfurt	15	6	4	5	35:35	16.14	19.10	11.3	16:25	5.11
9. Köln	13	6	2	5	31:30	14·12	18.16	8·6	13:14	6:6
0. Leverkusen	14	4	6	4	23:22	14:14	16·11	10:4	7:11	4:10
1. Schalke	14	4	5	5	25:29	13·15	17:15	10.6	8·14	3:9
2 Stuttgart	15	5	3	7	36 28	13:17	19·12	9·7	17:16	4:10
3 Düsseldorf	15	4	4	7	28.32	12·18	18.12	11:5	10:20	1:13
4 Karlsruhe	15	3	6	6	24 38	12 18	11 10	8:6	13:28	4:12
5. Mannheim	13	4	3	6	17:28	11:15	7:8	6:6	10:20	5:9
6 Bielefeld	14	1	8	5	13.30	10 18	11.17	6:8	2.13	4·10
7. Dortmund	14	4	1	9	16:26	9.19	11·12	6:8	5:14	3.11
8. Braunschweig	15	4	1	10	22:40	9.21	15·9	7:7	9:31	2:14

● Bei den nach den Spielausfällen verbliebenen sechs Begegnungen des 15. Spieltages kamen 100 500 Zuschauer. Beim früher stets attraktiven Gastspiel des Hamburger SV verzeichnete Fortuna Düsseldorf nur 9000 Besucher, Quittung für zuletzt schwache Spiele und Querelen in der Klubführung. Insgesamt hat es seit Einführung der Bundesliga im Jahre 1963 282 Spielausfälle gegeben. Diesmal erzwangen Regen und Sturm zur Absage von drei Begegnungen. Zwei Foulelfmeter wurden verwandelt, zwei weitere vergeben. Sebert (Mannheim) traf nur den Pfosten, Kaltz (Hamburg) schoß über das Tor.

● Klaus (13 Treffer) und sein Bruder Thomas Allofs (zehn) führen weiterhin unangefochten die Torschützenliste der Bundesliga an, obwohl sie an diesem Wochenende nicht spielten. Bei insgesamt 30 Toren in den nur sechs Spielen trafen acht Spieler je zweimal, darunter auch die beiden Bremer Rudi Völler und Frank Neubarth, die ihr Konto auf je neun Treffer verbesserten. Sie liegen damit gemeinsam mit Fischer (Bochum), Mill (Gladbach), Röber (Leverkusen), Täuber (Schalke) und Rahn (Gladbach) auf dem dritten Rang. Den achten Platzverweis dieser Saison traf den Frankfurter Norbert Fruck.

NATIONALELF / Teamchef Franz Beckenbauer über Bernd Schuster:

„Rückkehr kann nur von ihm ausgehen"

dpa. Stuttgart

„Wenn überhaupt eine Möglichkeit für die Rückkehr von Bernd Schuster besteht, dann nur von seiner Seite aus." So beantwortete Franz Beckenbauer, der Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, in Stuttgart die Frage nach einem immer noch möglichen Einsatz des blonden Mittelfeldspielers im Nationalteam. In einer Podiumsdiskussion der „Stuttgarter Nachrichten" betonte Beckenbauer, daß er Schuster nicht hinterherlaufen werde: „Den Weg nach Barcelona wird es für mich mit Sicherheit nicht geben."

Gleichzeitig schloß der Rekord-Nationalspieler auch aus, mit Schusters Ehefrau Gaby zu verhandeln. Der Bernd werde, so Beckenbauer, ja noch reifer, und in ein paar Jahren tue ihm sein Verzicht sicherlich leid.

Auch ohne Schuster werde die deutsche Nationalmannschaft in der Qualifikation zur Weltmeisterschaft 1986 bestehen. „Obwohl Deutschland in der schwersten Gruppe spielen muß, bin ich felsenfest davon überzeugt, daß wir in Mexiko dabeisein werden", zeigte sich Beckenbauer optimistisch. Angesprochen, warum er auf so alte Spieler wie Jakobs und Magath zurückgegriffen habe, antwortete er, man könne die WM-Qualifikation nicht mit einer Jugendmannschaft schaffen. Dies sei nur mit einer Mischung aus erfahrenen und jüngeren Spielern möglich.

Während des Sportgesprächs richtete der DFB-Teamchef an Vereine, Trainer, Spieler und Fans den Apell, den Fußball wieder glaubhaft zu machen, vor allem im finanziellen Bereich. Seinem früheren Verein Bayern München machte er dabei den Vorwurf, mit „der Preistreiberei in der Bundesliga" angefangen zu haben.

26.11.84

Über 250 Microcomputer-Hersteller kämpfen um die Gunst des Handels. Jeder verspricht mehr Umsatz, höheren Gewinn, bessere Produktleistung. Herr Wolf als seriöser Fachhändler kennt das. Er hat mit vielen Herstellern gesprochen. Und: Er hat sich für die Leute von Sperry entschieden. Die Computer-Profis. Denn da fand er die komplette Lösung. Von der Hard- und Software über die fachgerechte Einweisung bis zur umfassenden Beratung. Er erkannte, daß der SPERRY PC ihm das Mehr an Leistungen, Funktionen und Möglichkeiten bietet, mit dem er seine Kunden vor finanziellen und organisatorischen Fehlinvestitionen schützen kann.

So hätten Personal Computer von Anfang an sein sollen.

Herr Wolf weiß auch, daß er auf die vielen, manchmal komplizierten Fragen seiner Kunden immer eine Antwort haben wird. Denn Sperry bietet ihm das „Rote Telefon", mit dem er sofort seinen Kunden weiterhelfen kann. Last not least kann Herr Wolf die Garantie geben, auch übermorgen noch für die Sicherheit von System, Software und Service zu bürgen. Denn Sperry gibt es, solange es Computer gibt.

Der SPERRY PC: Nutzung des größten Softwareangebots, 100% kompatibel durch gängigste Betriebssysteme MS-DOS und Concurrent CP/M-86. 7 Modelle ab 128K Bytes, hohe Verarbeitungsgeschwindigkeit durch „Turboschalter", einzigartige Farbwiedergabe durch hochauflösenden Bildschirm, anschließbar an Großrechner von Sperry, IBM ... Detaillierte Informationen: Sperry GmbH, Informationssysteme, Abteilung VW-3, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus.

Name

Firma

Position

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Wenn auch Sie eine umfassende Beratung über den SPERRY PC wünschen, schicken Sie den Coupon an Sperry.

Sperry. Die Computer-Profis:
Wir glauben an die bessere Idee.



BOXEN / Schwaches Niveau bei den deutschen Amateur-Meisterschaften



Michael Kopzog hängt benommen in den Seilen. Wieder einmal mußte er Schläge von Alexander Künzler hinnehmen. Die Ärzte erteilten Kopzog nun eine halbjährige Sperre. FOTO: RZEPKA

René Weller: „Einige Meister wären zu meiner Zeit früh ausgeschieden"

sid/dpa, **Duisburg**

Eine Wachablösung fast auf der gesamten Linie brachten die 62. Deutschen Meisterschaften der Amateur-Boxer in Duisburg. In zehn der zwölf Gewichtsklassen wurden neue Titelträger ermittelt. Vom Niveau der Meisterschaften waren die meisten Beobachter allerdings enttäuscht.

„Einige der neuen Meister wären zu meiner Amateurzeit schon in den Vorrunden durch K.o. ausgeschieden." Dieses harte Urteil fällte Profi-Europameister René Weller, vor drei Jahren noch ein Star bei den Amateuren, nach den Finalkämpfen. Und auch Heinz Fallak und Helmut Meier vom Bundesausschuß für Leistungssport waren von den gezeigten Leistungen nicht gerade begeistert. „Es waren nicht die stärksten Meisterschaften", meinten beide übereinstimmend.

Ihre Siege aus dem Vorjahr konnten diesmal nur der Karlsruher Olympiateilnehmer Alexander Künzler (Weltergewicht) und der Wolfsburger Thomas Dubielzig (Halbfliegengewicht) wiederholen.

Zu den größten Enttäuschungen gehörten in den Endkämpfen ausgerechnet zwei Boxer, die nach Turniererfolgen im Frühjahr voreilig zu den olympischen Hoffnungen gezählt worden waren. Im Halbschwergewicht verlor Markus Bott (Karlsruhe) – völlig untrainiert – gegen den Hamburger Thomas Spürgin nach Punkten, und Reiner Gies aus Kaiserslautern bekam trotz zweier Verwarnungen gegen den Berliner Frank Mrozinski den Punktsieg im Halbweltergewicht geschenkt.

Der 22 Jahre alte Markus Bott, der schon vor den Olympischen Spielen von Gold getönt hatte, zeigte sich auch in Duisburg nur als Meister der Sprüche. Vor seinem mißratenen Endkampf hatte der Karlsruher, den sie auch „Cassius" nennen, noch das große Wort geführt: „Bei Olympia ist mir durch meine Niederlage, die aus meiner Sicht keine war, eine Million Mark durch die Lappen gegangen. Jetzt werde ich eben Europameister. Und dann wahrscheinlich Profi. Wie viele andere will auch ich einmal ein Häuschen."

Mit seiner derzeitigen Einstellung ist Markus Bott für den Deutschen Amateur-Box-Verband (DABV) alles andere als eine Hoffnung für die Zukunft. Selbst DABV-Sportwart Heinz Birkle, der den jungen Maler auch in Karlsruhe betreut, sprach nach der Niederlage von einer „heilsamen Lehre" für seinen Schützling. Botts Lebenswandel mit Discothekenbesuchen und anderen Abwechslungen, so Birkle, habe sehr zu wünschen übrig gelassen.

Sechs Monate vor den Europameisterschaften in Budapest, zu der Birkle acht Boxer mitnehmen will, sieht es für den DABV nicht gerade rosig aus. Neben dem in Duisburg festgestellten Mangel an Qualität sorgt auch der Streit um zwei neue Honorartrainer und die Kompetenzen der beiden Bundestrainer für Unruhe im Verband.

Für die Reise nach Ungarn drängt sich eigentlich nur der als technisch bester Kämpfer ausgezeichnete Alexander Künzler auf. Er gewann seinen vierten Titel hintereinander und sein einstimmiger Punktsieg über Lokalmatador Axel Hättig wurde in Duisburg auch von den 2500 Zuschauern anerkannt und gefeiert.

Lichtblicke unter den Finalkämpfern waren neben Künzler noch Thomas Spürgin mit seiner Kampfkraft, Altmeister Kurt Seiler (Leverkusen) beim Comeback mit seinem großen Einsatz sowie die beiden eingebürgerten Polen Bogdan Maczuga (Stockstadt) und Andrzej Sliwinski (Flensburg), die sich die Titel im Bantam- und Federgewicht sicherten, mit ihrer soliden Boxtechnik.

Dem insgesamt schwachen Niveau hatten sich anscheinend auch die Ringrichter angepaßt. Sowohl Michael Kopzog (Velbert) als auch Norbert Nieroba (Gelsenkirchen) wurden erst durch den Ringarzt aus dem Kampf genommen. Kopzog erhielt von den Ärzten sogar eine sechsmonatige Sperre, „weil er seit zwei Jahren zu viele Kopftreffer kassiert hat".

Die Herausnahme von Nieroba sahen die Verantwortlichen allerdings als Fehlentscheidung des noch unerfahrenen Ringarztes Rainer Paul (Duisburg) an. Wegen seiner „Überreaktion" schickten ihn DABV-Präsident Siegfried Kordts und Chefarzt Wilhelm Funke nach Hause und lösten ihn als Ringarzt ab.

SCHWIMMEN / Michael Groß schon in Form

Weltrekorde nach nur sieben Wochen Training

sid, **Offenbach/Hamburg**

Michael Groß drückt auch der nach-olympischen Kurzbahn-Saison seinen Stempel auf. Der zweimalige Goldmedaillen-Gewinner von Los Angeles schwamm zum Auftakt der deutschen Mannschafts-Meisterschaften auf der 25-m-Bahn im heimischen Offenbacher Parkbad zwei überragende Weltbestzeiten. Über 100 m Schmetterling steht er mit 52,9 Sekunden in den Listen, auf der doppelt so langen Distanz ist er mit 1:55,2 Minuten der internationalen Konkurrenz um Längen voraus.

Allerdings gelten die von Groß erzielten Zeiten nicht als offizielle Weltrekorde, weil auf Kurzbahnen nur inoffizielle Weltbestzeiten geführt werden. Über 100 m war der 20 Jahre alte Soldat um 27 Hundertstelsekunden schneller als der Schwede Pär Arvidsson und der Kanadier Dan Thompson, die bislang mit 53,17 gemeinsam an der Spitze standen. Über 200 m hielt Groß seit dem 11. Dezember 1983 – damals in Wuppertal – in 1:56,0 Minuten selbst die Bestmarke.

„Da muß man ihn nicht ernst nehmen", sagte sein Vater nach den Fabel-Zeiten seines Sohnes. Michael hatte nämlich noch Ende Oktober geäußert, er wisse wegen der Belastung durch die Grundausbildung bei der Bundeswehr nicht, wie schnell er momentan sein könne. „Ich fühle mich unheimlich locker", hatte er seine beiden Weltbestleistungen kommentiert. Dabei ist er erst seit sieben Wochen wieder im Training. Offenbar reichte die Zeit, um sich wieder in Glanzform zu bringen.

Im Fernduell zwischen Offenbach und Hamburg, wo die Nord-Vereine den Vorkampf der ersten Bundesliga austragen, überraschte der im Mai aus der „DDR" geflüchtete Frank Hoffmeister mit einer grandiosen Leistung. Über 100 m Rücken schob sich der 19jährige von der SG Bochum-Wattenscheid mit DSV-Rekord von 55,9 Sekunden unter die 15 Besten der ewigen Weltrangliste.

Sein Vereinskamerad Nicolaj Klapkarek ließ über 200 m Rücken in 2:01,3 Minuten ebenfalls einen Rekord für den Bereich des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) folgen. Der Olympia-Sechste steigerte seine eigene Marke vom 17. Dezember 1983 um zwei Zehntel. Hoffmeister unterbot den Rekord des Offenbachers Stefan Peter (57,4) um 1,5 Sekunden.

Der Olympia-Dritte Stefan Pfeiffer (Hamburg) schob sich im heimischen Dulsberg-Bad in 3:48,9 Minuten an die zweite Stelle der Jahres-Weltbestenliste für die noch kurze Saison. Vor ihm rangiert nur Sven Lodziewski („DDR"/3:47,20). Ebenfalls in Hamburg deutete der junge Dortmunder Frank Henter in 50,0 Sekunden über 100 m Freistil seine großen Möglichkeiten an. Thomas Fahrner, in Los Angeles Gewinner der Bronzemedaille über 200 m Freistil und Neuzugang im Groß-Klub EOSC Offenbach, schwamm mit 1:48,7 Minuten über 200 m Freistil ebenfalls eine Weltklasse-Leistung.

GOLF / Europapokal für Hamburg-Falkenstein

Veit Pagel behielt beim letzten Schlag Nerven

GERD A. BOLZE, **Hamburg**

Für internationale Golfsiege sorgte bislang nur der zur Weltklasse zählende Profi Bernhard Langer (Anhausen) als Europas Ranglistenerster, während die besten der fast 70 000 deutschen Amateurgolfer von solchen Erfolgen nur träumen. Um so erfreulicher, daß nun drei ehemalige Falkensteiner Nationalspieler vom amtierenden deutschen Mannschaftsmeister Hamburger Golf-Club mit dem gewonnenen Europapokal der Landesmeister aus Marbella heimkehrten.

Von der ersten Runde an führend, rettete sich das Hamburger Trio auf dem schweren Aloha-Platz auch am vierten Tag nach 72 Löchern und 610 Schlägen mit dem Sieg ins Klubhaus. Nach spannendem Endkampf dichtauf mit 611 Schlägen folgten der GC El Prat Barcelona als Gewinner von 1981/82 und der Bangor GC (Irland). Klar abgeschlagen unter den 19 Klub-Teams aus 18 Nationen der Agesta GK (Schweden) 617 und der automatisch wieder teilnahmeberechtigt gewesene Pokalverteidiger Rapallo GC (Italien) 618 Schläge.

Damit gelang dem Hamburger Klub ein weiterer Rekord: Er ist mit 14 Siegen in 31 Titelkämpfen schon deutscher Rekordmeister, aber mit dem dritten Sieg nach 1978 und 1979 nun auch der Europapokal-Rekordgewinner. Mit einem weiteren zweiten Platz von 1980 sowie sechsten Plätzen von 1981/82 ist der Hamburger GC bei seinen sechs Teilnahmen an dem erst seit zehn Jahren ausgespielten Europapokal der bisher erfolgreichste Klub dieses Wettbewerbs. Im letzten Jahr hatten die Hubbelrather die Falkensteiner Siegesserie als deutscher Mannschaftsmeister unterbrochen, doch sie endeten nach dreitägiger Führung dann als Dritter beim Europapokal auf dem Aloha-Platz.

Ein kleiner Schönheitsfehler des Falkensteiner Erfolges war, daß Veit Pagel seinen Rang als bester Einzelspieler am dritten Tag mit einer bösen 84 einbüßte.

„Er fing gleich mit zweimal sechs Schlägen bei Par 4 und Par 3 auf den beiden ersten Löchern an, da war bereits die Luft raus. Doch für die Team-Wertung war das keine Katastrophe, da ja nur die beiden besten Ergebnisse pro Tag und Club addiert wurden. Dieser Aloha-Platz verzeiht kaum einen schiefen Schlag, denn er ist nicht nur sehr lang, sondern viele Spielbahnen sind auch sehr eng. Außerdem gibt es viele Aus-Grenzen und Wasserhindernisse, die das gute Ergebnis verhindern können", berichtete Marion Thannhäuser. Die 69fache deutsche Rekord-Nationalspielerin war als Spielführer ihres Klubs auch der einzige weibliche Mannschaftskapitän in Aloha.

Der 38jährige Veit Pagel hatte die starken Nerven, auf dem letzten Grün mit einem mutigen Schlag aus dem Gebüsch heraus und einem „Tod" gelegten Annäherungsschlag buchstäblich mit dem letzten Putt den Falkensteiner Sieg zu retten.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division. 16. Spieltag: Liverpool – Ipswich 2:0, Luton – West Ham 2:2, Norwich – Everton 4:2, Queens Park – Aston 2:0, Southampton – Newcastle 1:0, Stoke – Watford 1:3, Sunderland – Manchester United 3:2, Tottenham – Chelsea 1:1, Bromwich – Coventry 5:2. – Tabellenspitze: 1. Everton 34:22 Tore/32 Punkte, 2. Tottenham 33:16/29, 3. Manchester United 31:21/29, 4. Arsenal 30:21/29. – **„DDR"-Oberliga,** 11. Spieltag: Dynamo Berlin – Rostock 3:0, Suhl – Dresden 0:2, Frankfurt – Karl-Marx-Stadt 0:1, Jena – Lok Leipzig 0:2, Chemie Leipzig – Brandenburg 0:0, Aue – Erfurt 2:0, Riesa – Magdeburg 1:2. – 1. Dresden 19:3, 2. Dynamo Berlin 19:3, 3. Lok Leipzig 17:5, 4. Magdeburg 15:7. – **Junioren-Länderspiel „U 18":** Türkei – Deutschland 0:4.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 11. Spieltag: München – Köln 90:89, Osterfeld – Düsseldorf 68:82, Leverkusen – Porz/Hennef 68:69, Marburg – Frankfurt 73:56.

EISHOCKEY

Bundesliga, 17. Spieltag: Düsseldorf – Köln 4:1, Mannheim – Landshut 9:2, Rosenheim – Iserlohn 4:2, Essen-West – Rießersee 3:7, Kaufbeuren – Schwenningen 3:1.

HANDBALL

Europapokal, Achtelfinal-Rückspiel, Pokal der Landesmeister: Großwallstadt – Sofia 26:14. – **Pokal der Landesmeisterinnen:** Presov/CSSR – Leverkusen 27:18. – **Pokal der Pokalsiegerinnen:** Hernani/Spanien – Sindelfingen 11:10. – **Bundesliga,** Herren, 8. Spieltag: Lemgo – Düsseldorf 17:23, Gummersbach – Hüttenberg 25:20. – **Damen,** Gruppe Nord, 8. Spieltag: Herzhorn – Hannover 13:18, Oldenburg – Kiel 22:14, Engelskirchen – Minden 19:16, Uerdingen – Eilbeck 23:22.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Halle, 1. Spieltag, Gruppe Nord: Hannover – Gladbach 15:7. – Gruppe Süd: Mülheim – Limburg 15:8, Frankenthal – München 13:5, BW Köln – Heidelberg 7:3. – **Damen,** 1. Spieltag, Gruppe Nord: Berlin – Charlottenburg 6:4, Braunschweig – Brandenburg 6:12, DHC Hannover – HC Hannover 8:7. – Gruppe Süd: Frankenthal – Hanau 4:5, Raffelberg – Leverkusen 2:4, Frankfurt – Stuttgart 15:2.

JUDO

Europapokal, Halbfinale: Rüsselsheim – Bystrica/Jugoslawien 7:0.

RINGEN

Bundesliga, 14. und letzter Wettkampftag, Gruppe West: Schifferstadt – Witten 15,5:23, Aldenhoven – Goldbach 20:16, Aschaffenburg – Schwalbach-Schwarzenholz 19:19,5, Köllerbach – Bonn-Duisdorf 14:23,5. – Gruppe Süd: Aalen – Triberg 36:2, Urloffen – Bad Reichenhall 30:8, Freiburg-Haslach – Wiesental 10:29,5, Reilingen – Freiburg-St. Georgen 29,5:9.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 9. Spieltag: Saarbrücken – Düsseldorf 9:7, Bayreuth – Reutlingen 5:9, Steinhagen – Jülich 8:8, Bad Hamm – Grenzau 2:9. – **Damen,** Nachholspiel vom 8. Spieltag: Kaiserberg – Kleve 8:8, 9. Spieltag: Frankfurt – Soest 9:1, Stuttgart – Rinteln 9:4.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Paderborn – Berlin 3:1, München – Passau 3:2, Fort. Bonn – Friedrichshafen 3:2. – **Damen:** Stuttgart – Munster 0:3, Lohhof – Oythe 1:3, Augsburg – Langenhorn 3:0, Schwerte – Feuerbach 0:3, Vilsbiburg – Rüsselsheim 2:3.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Neu Südwales in Sydney, Finale: Navratilova – Henricksson (beide USA) 6:1, 6:1. – Doppel: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Turnbull/Walsh (Australien/USA) 6:2, 7:6. – **Grand-Prix-Turnier** in Toulouse, Halbfinale: Günthardt (Schweiz) – Jarryd (Schweden) 3:6, 6:3, 6:3, Dickson (USA) – Westphal (Deutschland) 6:2, 7:6.

EISKUNSTLAUF

Internationales Turnier in Tokio, Endstand Herren: 1. Fadejew (UdSSR) 1,4 Punkte, 2. Orser (Kanada) 2,8, 3. Boitano (USA) 4,6. – Damen: 1. Ito (Japan) 2,2, 2. Thomas (USA) 2,4, 3. Ozawa (Japan) 5,0, 4. Leistner (Deutschland) 5,6. – Paarlauf: 1. Persbina/Akbarow (UdSSR) 1,4, 2. Lorenz/Schubert („DDR") 2,8, 3. Coull/Rowsom (Kanada) 4,2. – Eistanz: 1. Barber/Slater (England) 1,4, 2. Batowa/Solowjew (UdSSR) 2,8, 3. Johnson/Thomas (Kanada) 4,2. – **„Goldene Pirouette"** in Zagreb, Damen, Endstand: 1. Gosselin (Frankreich) 4,0, 2. Webster (USA) 4,6, ... 6. Bohring (Deutschland) 12,4. – Eistanz: 1. Born/Schönborn (Deutschland) 2,0.

EISSCHNELLAUF

Internationales Sprinter-Meeting in Berlin: 500 m Damen: 1. Rothenburger 42,54 Sek., 2. Stahnke 42,63, 3. Walter (alle „DDR") 43,05. – 1000 m: 1. Rothenburger 1:25,22, 2. Stahnke (beide „DDR") 1:25,88, 3. Daigle (Kanada) 1:26,07. – 500 m Herren: 1. Boucher (Kanada) 37,78 Sek., (Bahnrekord), 2. Kuroiwa (Japan) 38,13, 3. Sokitschew (UdSSR) 38,24. 1000 m: 1. Shelesowskij (UdSSR) 1:15,50 Min. (Bahnrekord), 2. Boucher (Kanada) 1:16,11, 3. Hoffmann („DDR") 1:16,19.

REITEN

CHI in Berlin, Preis von Deutschland: 1. Pyrah Towerlands Anglezarke 0 Fehlerpunkte/26,24 Sek., 2. Edgar (beide England) Everest Forever 0/26,65, 3. Schockemöhle (Mühlen) Dekster 0/27,51. – **Mächtigkeitsspringen:** 1. Wauters Gai Sarda, Mathy (beide Belgien) Otello, Pessoa (Brasilien) Miss Moet alle vier Fehlerpunkte im vierten Stechen, 4. Deriu (Italien) Romeo 7, 5. Mehlkopf (Aachen) Wabbs und Darragh (Irland) Royal Lion 4 im 3. Stechen. – **S-Dressur:** 1. Krug (Hochheim) Muscadeur 527 Punkte, 2. Kemmer (Berlin) Lotus 525, 3. Rehbein (Hamburg) Rex the Blacky 523. **„Grand Prix Special":** 1. Krug (Hochheim) Muscadeur 1428, 2. Klimke (Münster) Pascal 1419, 3. Schulten-Baumer (Rheinberg) Madras 1388.

GOLF

Europapokal der Landesmeister in Marbella (Spanien), Endstand nach vier Runden: 1. Hamburger Golf Club (Pagel 74+70+84+76=304 Schläge, Schuchmann 79+78+75+80=312, Flint 81+78+78+82=319) 610 Schläge, 2. El Prat Barcelona und Bangor/Irland je 611, 4. Agesta Schweden 617, 5. Rapallo Italien 618.

SCHACH

Mannschafts-WM in Saloniki, fünfte Runde, Herren: Sowjetunion – England 1:1 (zwei Hängepartien), Rumänien – Holland 2,5:1,5, Schweden – Ungarn 1,5:2,5, USA – Israel 3:1, Deutschland – Frankreich 2:2. – Tabellenspitze: 1. UdSSR 15,5 plus zwei Hängepartien, 2. Rumänien 14,5, 3. England 13,5 plus zwei Hängepartien, 4. USA 13,5 plus eine Hängepartie, ... 12. Deutschland 13,0. – Damen: UdSSR – Bulgarien 1,5:0,5 (eine Hängepartie), Polen – Rumänien 1:2, Deutschland – Griechenland 2:0 (eine Hängepartie). – Tabellenspitze: 1. Bulgarien 11,5 plus eine Hängepartie, 2. UdSSR 11 plus eine Hängepartie, 3. Indien 11, ... 9. Deutschland 9,0 plus eine Hängepartie.

GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: 1. Altaich (E. Schindler), 2. Profit, 3. Keepsake, Toto: 32/18, 14, –, ZW: 52, DW: 420, 2. R.: 1. Lucky (J. Schulte-Nover), 2. Sonnenkind, 3. Titurel, Toto: 136/22, 18, 22, ZW: 917, DW: 4116, 3. R.: 1. Innovator (G. Bocskai), 2. Betty, 3. Grazie, Toto: 60/22, 76, 26, ZW: 2108, DW: 11 660, 4. R.: 1. Pergolesi (S.M. Santesson), 2. Stavros, 3. Borwin, Toto: 88/17, 14, 14, ZW: 372, DW: 1232, 5. R.: 1. Wolfram (St. Wegner), 2. Georgie's Star, 3. Berbes, Toto: 20/13, 15, 22, ZW: 108, DW: 1928, 6. R.: 1. Cavallo (A. Tylicki), 2. Funkturm, 3. Aarking, Toto: 32/14, 26, 34, ZW: 380, DW: 5800, 7. R.: 1. Swakara (P. Höwer), 2. Amalfi, 3. Banderio, Toto: 92/38, 34, 50, ZW: 1084, DW: 12 572, 8. R.: 1. Tarsus (M. Hofer), 2. New Yorker, 3. Kai, Toto: 24/12, 17, 12, ZW: 264, DW: 744.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 10, 13, 17, 21, 46, 48, Zusatzzahl: 39. – **Spiel 77:** 1 2 5 0 0 2 5. – **Toto, Elferwette:** 1, 0, 1, 2, 2, 1, 1, 2, 1, 0, 2. – **Glücksspirale,** Endziffern: 7, 26, 833, 1774, 99681, 617160. – Los-Nummer: 2955924, 8476904, 3127421. – Prämienziehung: 991178, 766555, 995472. – (Ohne Gewähr).

FERNSEHEN

Morgens kein Olympia

sid, Lausanne

In vier Jahren will das Fernsehen bei den Olympischen Sommerspielen in Seoul mit seinen Werbe-Millionen den Zeitplan mitbestimmen, diktiert es künftig die gesamte Olympische Bewegung? Mit diesen Fragen beschäftigt sich auf Initiative des IOC in Lausanne ein internationales Medien-Seminar. Die erste konkrete Antwort darauf ist allerdings aus dem australischen Canberra zu vernehmen. Dort tagte der Vorstand des Leichtathletik-Weltverbandes (IAAF) und sprach sich, wie IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch bestätigte, einstimmig gegen die in Seoul geplante „Frühstücks-Olympiade" aus.

Nach dieser Entscheidung der attraktivsten olympischen Sportart dürfte wohl kaum mehr damit zu rechnen sein, daß ein Großteil der Olympia-Finals von Seoul in den frühen Morgenstunden ausgetragen werden.

Gefordert wird dies weiterhin von den um die Übertragungsrechte konkurrierenden großen amerikanischen Fernseh-Stationen. Ihr verlockendes Argument: Mit dem für Los Angeles gezahlten Fernsehhonorar von 225 Millionen Dollar sei die für das IOC goldene Einnahmequelle längst nicht versiegt, wie die 309 Millionen Dollar zeigen, die ABC für die Winterspiele 1988 in Calgary (Kanada) zu zahlen bereit ist. Aber Summen jenseits der 500 Millionen Dollar könnten nur dann garantiert werden, wenn die attraktivsten Entscheidungen zur besten amerikanischen Fernsehzeit stattfinden würden.

Die Forderung im Klartext: Leichtathleten, Schwimmer oder Turner müßten in Seoul früh antreten. In New York, das im Zeitvergleich zu Südkorea 14 Stunden zurückliegt, wäre es dann gerade nach 20 Uhr: Für Werbe-Spots die teuerste Sendezeit. Die europäischen TV-Zuschauer erlebten freilich wie schon in Los Angeles Nacht-Spiele.

SCHACH / Niederlagen für deutsche Damen und Herren in Saloniki

7,5 Millionen Mark sollen Fischer ans Brett holen

DW. Saloniki/Moskau

Wenig erfolgreich schnitten die deutschen Schachteams bei der Mannschaftsweltmeisterschaft in Saloniki in der 6. Spielrunde ab. Die Herren werden den 0,5:1,5-Rückstand gegen Bulgarien in den beiden schlechter stehenden Hängepartien kaum mehr wettmachen können. Und die Damen unterlagen gegen Rumänien mit 1:2, nachdem zwei Partien sehr früh remis gegeben wurden und die dritte von Petra Feustel unglücklich verlorenging. Etwas ratlos wirkten die deutschen Offiziellen bei der Betrachtung der Partien von Eric Lobron, Stefan Kindermann, Hans-Joachim Hecht und Ralf Lau. Ohne Robert Hübner – der Großmeister hat sich eine leichte Grippe zugezogen – *gibt es für das Quartett gegen die als* gleichwertig einzuschätzenden Bulgaren nach Lobrons Niederlage und Kindermanns Remis kaum noch Chancen. „Hecht ist verloren, Lau kann vielleicht noch eine Blockade-Stellung aufbauen und Remis halten", lautete die Prognose der deutschen Mannschaftsführung.

Kampf war am Samstag nicht Trumpf bei den weiblichen Vertretern des Deutschen Schach-Bundes. Bereits nach einer Stunde hatten Barbara Hund und Gisela Fischdick ihre Partien remisiert, wozu natürlich auch die Kampfesunlust der Gegnerinnen notwendig war.

Während in Moskau und Saloniki um die Weltmeistertitel im Schach gekämpft wird, versetzte der ehemalige amerikanische Weltmeister Bobby Fischer die Schachwelt wieder einmal in Erstaunen. Fischer wurden vom italienischen Schachverband nach Angaben von Präsident Nicolo Paladino 2,5 Millionen Dollar (rund 7,5 Millionen Mark) für ein Spiel gegen den argentinischen Großmeister Miguel Quinteros angeboten. Quinteros sagte gegenüber Journalisten, er hoffe in naher Zukunft in Mailand gegen Fischer antreten zu können. Es wäre das erste öffentliche Spiel des Weltmeisters seit 1972.

Dem heute 41jährigen Fischer war 1975 der Weltmeistertitel aberkannt worden, weil der Weltverband seinen Forderungen nach Regeländerung nicht nachgekommen war.

Nach insgesamt 17 Remis-Partien in denen Kasparow einmal den schon fast sicheren Sieg verpatzte und sonst entgegen seinem üblichen Stil nur ängstlich die Figuren hin und herschob, passierte das Unvermeidliche: In der 27. Partie des Titelkampfes in Moskau siegte Weltmeister Karpow eigentlich ohne große Probleme, indem er seinen Endspiel-Vorteil mit seiner üblichen Präzision verwertete.

Fast amüsant an dieser Partie ist die Tatsache, daß es Karpow diesmal wirklich gelang, den Gegner mit seiner eigenen Waffe zu besiegen. Dieselbe Variante wandte nämlich Kasparow im Frühjahr dieses Jahres mit Weiß gegen Timman im Wettkampf UdSSR – „Rest der Welt" an und siegte in einer Partie, die damals allgemeine Beachtung fand. Die Partie zwischen Karpow und Kasparow analysiert und kommentiert Ludek Pachman.

Die Notation (Damengambit, Weiß Karpow):

1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3.c4 e6, 4.Sc3 Le7, 5.Lg5 h6, 6.LxSf6 LxLf6, 7.e3 0-0, 8.Fc2...

Dieser Zug galt jahrzehntelang als eine zum Remis führende Fortsetzung, bis gerade Kasparow eine Verstärkung für Weiß entdeckt hat.

8. . .c5, 9.dxc,dxc...

Man pflegte hier sofort Da5 zu spielen, in der erwähnten Partie widerlegte Kasparow diese Fortsetzung wie folgt: 10. cxd5 exd5, 11.0-0-0! (statt des früher üblichen 11.Td1) . Le6!?, 12.Sxd5! Tc8, 13.Kb1 Lxd5, 14.Txd5 usw.

10.Lxc4 Da5, 11.0-0 Lxc3..

Schwarz soll die Damen nicht tauschen: Nach 11. . . . Dxc5, 12.Se4 De7, steht Weiß nur minimal besser.

12.Dxc3 DxDc3, 13.bxc Sd7, 14.c6 bxc, 15.Tab1 Sb6, 16.Le2 c5, 17.Tfc1! Lb7, 18.Kf1 Ld5, 19.Tb5! Sd7?...

Natürlich nicht Lxa2? 20.c4 und der La2 geht verloren. Statt des Textzugs kam jedoch Tfc8 nebst Tc7 in Betracht. Kasparow will statt dessen in der B-Linie aktives Spiel versuchen, was ihm jedoch nicht gelingt: Der Bauer c5 wird bald zur ernsten Schwäche.

20.Ta5 Tfb8, 21.Lc4 Lc6, 22.Se1 Tb4!?...

Will 23.Sd3 mit Ta4 beantworten. Es ging immer noch 22. . . .Tc8! 23.Sd3 Lb7, nebst Tc7 also genauso wie im 19. Zug nur mit einem Tempo weniger!

23.Ld1! Tb7, 24.f3!...

Nach sofort 24.Sd3 Tc7, ginge 25.Sxc5? natürlich nicht wegen Sxc5, 26.Txc5 Lxg2+

24. . .Td8?, 25.Sd3 g5, 26.Lb3!...

Unterbindet zuerst das sonst übliche Gegenspiel Tb2

26. . .Kf8, 27.Sxe5 Sxc5, 28.Txc5 Td6, 29.Ke2 Ke7, 30.Td1 Txd1, 31.Kxd1 Kd6, 32.Ta5 f5, 33.Ke2 h5, 34.e4! fxe, 35.fxe Lxe4, 36.Txg5 Lf5, 37.Ke3 h4, 38.Kd4 e5+, 39.Kc3 Lb1, 40.a3 Te7...

Hier wurde die Partie abgebrochen und am Samstag weitergespielt. Der Mehrbauer garantierte dem Weltmeister einen recht einfachen Sieg

41.Tg4 h3, 42.g3 Te8, 43.Tg7 Tf8, 44.Txa7 Tf2, 45.Kb4 Txh2, 46.c5+ Kc6, 47.La4+ Kd5, 48.Td7+ Ke4, 49.c6 Tb2+, 50.Ka5 Tb8...

Oder h2,

51.c7 h1D, 52.Lc6+ 51.c7 Tc8, 52.Kb6 Ke3, 53.Le6 h2, 54.g4 Th8, 55.Td1 La2, 56.Te1+ Kf4, 57.Te4+Kg3, 58.Txe5 Kxg4, 59.Te2 aufgegeben

GALOPP / Pleite für Kaiserstern in Tokio: Nur auf dem zwölften Platz



Erfolgreiche Tochter eines bekannten Fernseh-Reporters: Vicky Furler (Mitte) freut sich mit ihrem Vater Ady (links) und Freund Marco Kessler über den Gewinn der Perlenkette. FOTO: SVEN SIMON

Vicky Furler gewann Perlenkette

sid, Tokio

Ohne Chance blieb erwartungsgemäß der sechsjährige Kaiserstern als deutscher Vertreter beim 4. Japan-Cup der Galopper in Tokio. Bei dem mit rund 1,8 Millionen Mark dotierten Einladungsrennen belegte der Hengst nur den zwölften Platz unter vierzehn Startern aus neun Ländern.

Der Vorkurs von 2610 für zehn hatte die schlechten Chancen von Kaiserstern von vornherein aufgezeigt. Der Hengst, der in Gelsenkirchen von Ossi Langner trainiert und ständig von Jockey Eric Apter geritten wird, zeigt seine besten Leistungen ausschließlich auf tiefem Geläuf, doch der Boden auf dem Hippodrom in Tokio war sehr fest. Kaiserstern galt ohnehin als eine Art Notlösung. Nur weil die Besitzer von Abary, Lagunas und Las Vegas die Reise nach Japan als zu strapaziös ansahen, konnte Kaiserstern in Tokio an den Start gehen.

Für die größte Überraschung des Rennens sorgte der japanische Hengst Katsuragi Ace, wie Kaiserstern einer der Außenseiter. Mit seinem Sieg sicherte er seinem Besitzer Ichizo Node die Siegprämie von etwa 960 000 Mark. Geritten von Jokkey Katsuichi Nishiura gelang ihm auf der 2400-m-Distanz ein Start-Ziel-Sieg mit eineinhalb Längen Vorsprung vor dem von Willy Carson gerittenen englischen Wallach Bedtime. 100 000 Zuschauer feierten in diesem schnellen Rennen (2:26,3 Minuten) den ersten Sieg eines japanischen Pferdes.

Die große Enttäuschung des Rennens war das Abschneiden von Star-Jockey Lester Piggott. Hinter dem Neuseeländer Kiwi (James Cassidy) belegte der Engländer mit Strawberry Road, dem Sieger im „Großen Preis von Baden" abgeschlagen nur den siebten Platz.

Dritter wurde knapp geschlagen der japanische Favorit Symboli Rudolf mit Jockey Yukio Okabe. Die beiden US-Pferde Majesty's Prince unter Donald Macbeth und Win unter Antonio Graell erreichten das Ziel als Vierter und Fünfter.

Auf der deutschen Galopprennbahn in Neuss gewann Viktoria Furler die Goldene Perlenkette, den wertvollsten Ehrenpreis für Amateurreiterinnen. Im Endlauf um den Preis der Perlenkette erreichte sie mit Borwin den dritten Platz und baute ihre Führung in der Gesamtwertung auf 22 Punkte aus. Siegerin des Finales wurde Susanna Santesson auf Pergolesi, die als Zweite der Gesamtwertung 19 Punkte erreichte.

REITEN / Ausländer-Siege beim Berliner Turnier

Schridde: „Der Wind bläst uns mächtig auf die Nase"

sid/dpa, Berlin

Die deutschen Springreiter waren wieder einmal höfliche Gastgeber. Beim Turnier in der Deutschlandhalle in Berlin überließen sie den Ausländern die Siege und das große Geld. Bundestrainer Hermann Schridde wollte die Lage nicht beschönigen: „Der Wind bläst uns mächtig auf die Nase. Ein bißchen mehr hätte ich mir schon gewünscht."

Vor allem die Briten trugen sich in die Siegerlisten ein. Im „Preis von Deutschland", dem ersten Höhepunkt der Reitertage, landeten sie mit Malcolm Pyrah und Liz Edgar sogar einen Doppelsieg. Für Paul Schockemöhle, den besten Deutschen, blieb *nur* Platz drei.

„Ich bin doch nicht blind", meinte Schridde und hat deshalb Reiterpräsident Dieter Graf Landsberg-Velen und Sporthilfechef Josef Neckermann um ein Gespräch gebeten. Hierbei sollen Wege gefunden werden, um die erkannten Schwächen der deutschen Reiter auszumerzen.

Gleichzeitig warnte Schridde jedoch davor, in Panik zu machen. „Schließlich hatten wir in den letzten Jahren auch beachtliche Erfolge, und in diesem Jahr haben wir den Präsidenten-Pokal für die erfolgreichste Nationenpreis-Mannschaft des Jahres gewonnen."

Aus diesem Grund will Schridde auch die Gewinnliste des Berliner Turniers, die der Engländer Malcolm Pyrah mit 11 500 Mark anführte und in der Paul Schockemöhle als bester Deutscher mit 4010 Mark erst auf dem sechsten Platz lag, nicht überbewerten. Allerdings räumte der Bundestrainer ein, mit Sorge in die Zukunft zu blicken. Die bewährten Reiter säßen derzeit auf meist nicht mehr gerade jungen Pferden, wie Schockemöhle auf Deister und Peter Luther *auf Livius. Für das kommende Jahr* sieht er darin genauso einen Unsicherheitsfaktor („Da müssen wir hoffen") wie im Gesundheitszustand von Fire, dem Pferd von Weltmeister Norbert Koof. Bei anderen, wie dem „Super-Reiter Gerd Wiltfang", gibt er zu, sei „einfach irgend etwas nicht in Ordnung".

In dieser Situation freute sich Schridde, dessen Vertrag als Bundestrainer gerade verlängert wurde, besonders über das gute Abschneiden des 23 Jahre alten Stefan Schewe aus dem rheinischen Euskirchen. Den jungen Reiter bezeichnete er als „erfreulichste Erscheinung" in der Deutschlandhalle.

Verlaß war in Berlin wieder auf die deutschen Dressurreiter. Allerdings verwies Herbert Krug, Goldmedaillengewinner mit der Mannschaft, auf Musadeur den Doppel-Olympiasieger von Los Angeles Reiner Klimke auf Pascal sowohl im Grand Prix als auch *im Grand Prix Special auf den zweiten* Platz.

HANDBALL

Fünf Tore aufgeholt

sid/dpa, Elsenfeld

Trotz der unerwartet hohen 12:17-Niederlage im Hinspiel des Handball-Europapokals der Landesmeister hat der Deutsche Meister TV Großwallstadt die zweite Runde erreicht. Vor 1800 Zuschauern wurde Septemberfahne Sofia in Elsenfeld mit 26:14 (13:7) eindeutig besiegt, obwohl Nationalspieler Martin Schwalb schon nach vier Minuten verletzt (Bänderdehnung) ausschied. Er wird auch der Nationalmannschaft in den beiden Länderspielen gegen Rumänien fehlen. Seinen Part als erfolgreicher Torschütze übernahm Horst Dussa, der nicht nur wegen seiner sieben Treffer ebenso überzeugen konnte wie Torwart Siegfried Roch, der neue Regeln zum Schutz des Torwarts fordert, nachdem er jetzt zum fünften Mal innerhalb von nur zwanzig Tagen schwer am Kopf getroffen wurde.

Im Gegensatz zu Großwallstadt kehrten die im Europapokal vertretenen Frauen-Mannschaften mit Niederlagen von ihren Rückspielen zurück. Meister Bayer Leverkusen erlebte mit 18:27 bei ZVL Presov (CSSR) einen Einbruch, und im Pokalsieger-Wettbewerb verlor der VfL Sindelfingen sogar beim international drittklassigen spanischen Vertreter Balonmano Hernani mit 10:11. Beide Vereine hatten jedoch ihre Hinspiele mit jeweils elf Toren Vor*sprung gewonnen und erreichten so* erwartungsgemäß das Viertelfinale.

SPORT-NACHRICHTEN

Gattermann verletzt

Sölden (dpa) – Einen mehrfachen Nasenbeinbruch und Sprunggelenksverletzungen erlitt der deutsche Abfahrtsmeister Klaus Gattermann (Bayerisch Eisenstein) bei einem Trainingssturz.

Bozen ist erster Gegner

Köln (sid) – Nach zwei Freilosen greift der deutsche Eishockey-Meister Kölner EC in der dritten Runde in den Europapokal ein. Gegner ist der italienische Meister HC Bozen.

Rekord durch Mis

Wuppertal (sid) – Der Deutsche Meister Fryderyk Mis (Wuppertal) verbesserte den deutschen Gewichtheberrekord im Stoßen des ersten Schwergewichts auf 214,5 Kg.

Auszeichnung an Hackfort

Karlsruhe (sid) – Mit der Carl-Diem-Plakette ausgezeichnet wurde der Sportwissenschaftler Dieter Hackfort von der Technischen Universität München. Er erhielt die Plakette, die zum 20. Mal als Anerkennung für wegweisende sportwissenschaftliche Arbeiten in deutscher Sprache *vergeben wurde, für seine* Arbeit „Theorie und Diagnostik sportbezogener Ängstlichkeit – ein situationsanalytischer Ansatz."

Hermann Giebelen ist tot

Krefeld (sid) – Hermann Giebelen, seit 1966 Vorstandsmitglied des Deutschen Eishockey-Bundes, ist am Samstag im Alter von 53 Jahren nach einem Herzinfarkt beim Freizeitsport gestorben. Giebelen war jahrelang Mannschaftsleiter der Nationalmannschaft und zuletzt Spielleiter der Zweiten Bundesliga.

Blamable Niederlage

Berlin (dpa) – In nur 36 Minuten verlor Volleyball-Bundesligist SSF Bonn ein Freundschaftsspiel beim „DDR"-Meister TSC Ost-Berlin mit 0:3. „Wir können uns für die unmögliche Leistung nur entschuldigen", erklärte Trainer Brandt.

Drei Weltrekorde

Sarajevo (dpa/UPI) – Der erst 17jährige bulgarische Gewichtheber Naim Suleimanov verbesserte bei einem Wettkampf in Sarajevo (Jugoslawien) drei Weltrekorde seines Landsmannes Stefan Topurow. Im Federge*wicht (bis 60 kg) erzielte er im Stoßen* 142,5 kg, im Reißen 185,5 kg und im Zweikampf 328 kg.

Leistner wurde Vierte

Tokio (sid) – Bei ihrem Comeback-Versuch nach langer Verletzungspause belegte die Mannheimer Eiskunstläuferin Claudia Leistner in Tokio den vierten Platz. Sechste Plätze erreichten der Deutsche Meister Heiko Fischer (Stuttgart) und die Geschwister Antonia und Ferdinand Becherer (Konstanz) im Eistanzen.

Wewering fällt aus

Recklinghausen (sid) – Wegen eines Knöchelbruchs, den er bei einem Sturz auf der Trabrennbahn Dinslaken erlitt, wird Trabrenn-Champion Heinz Wewering (Recklinghausen) vier Wochen pausieren müssen.

Zwei Silbermedaillen

Antibes (sid) – Zwei Silbermedaillen (im Einzel und im Mixed gemeinsam mit Amadeus Regenbrecht) gewann die Duisburgerin Renate Kruswicky beim Weltcup der Trampolin-Turner im französischen Antibes.

Frank Löhr erkrankt

Günzburg (sid) – Handball-Nationalspieler Frank Löhr (VfL Günzburg) ist an einer Herzmuskelentzündung erkrankt und erhielt für mindestens zwei Monate absolutes Sportverbot. Der 18jährige gilt als eines der größten deutschen Talente.

Moser verzichtet

Rom (sid) – Der italienische Radprofi Francesco Moser (33) verzichtet im kommenden Jahr auf einen Start bei der Tour de France und wird statt dessen beim Giro d'Italia fahren, den er im Frühjahr erstmals gewann.

Kristen/Rinklin siegten

Köln (sid) – Jupp Kristen (Köln) und Henry Rinklin (Geisingen) gewannen die zum 25. Mal ausgetragene „Kölner Nacht", ein Zweier-Mannschaftsrennen für Radprofis, vor Dietrich Thurau/Albert Fritz (Frankfurt/Jestetten).

Pankraz, F. Hoyle und der Weg nach Elysium

Das wohl aufregendste Buch des vorigen Jahres, „Das intelligente Universum", von Fred Hoyle, ist jetzt auch auf Deutsch zu haben (im Frankfurter Umschau-Verlag). Sir Fred, weltberühmter Astronom und glänzender Mathematiker, gehört zu jenen Naturwissenschaftlern, die sich nicht scheuen, die philosophischen Folgen ihrer Erkenntnisse und Entdeckungen zu bedenken, und da er darüber hinaus ein höchst begabter Schriftsteller ist, der – zum Ärger vieler seiner Fachkollegen – auch schon Science-fiction-Romane geschrieben hat, geben seine Thesen und Vermutungen jeweils ganz unmittelbar in die öffentliche Diskussion ein.

So war es seinerzeit, als er zusammen mit Chandra Wickramasinghe eine erneuerte Panspermien-Theorie vorlegte. Das Leben, besagte diese Theorie, kann nicht auf der Erde entstanden sein, es ist in „Keimen", in Form von Bakterien und Viren, die in einen schützenden Kohlenstoffpanzer eingehüllt waren, als Meteorit auf unseren Planeten gefallen, wo es günstige Bedingungen fand, um sich zu immer komplizierteren Gestalten und Programmen zu steigern. Entsprechende Untersuchungen an Meteoritenmaterial, ausgeführt vor allem von Hans Pflug, bestätigten inzwischen zumindest die Möglichkeit einer solchen Lebensentstehung.

Hoyle und Wickramasinghe interpretierten in einem zweiten Schritt die interstellaren Gas- und Staubwolken, die sich bekanntlich wie ein Nebel vor die Fernrohre der Astronomen legen, insgesamt als biochemische „Lebenskeime", die auch heute noch auf die Sterne und Planeten herabregnen, auf der Erde nach Art der Viren in belebte Zellen eindringen und dort unter günstigen Umständen genetische Potentiale anlegen, im ungünstigen Fall freilich auch Krankheiten erzeugen können, vom gewöhnlichen, harmlosen Schnupfen bis zum Krebs. Um das zu beweisen, untersuchten sie die Verlaufskurven verschiedener gut dokumentierter Epidemien und kamen zu Ergebnissen, die die professionellen Epidemiologen immerhin beeindruckten und zu heftigen Diskussionen führten.

In seinem neuen Buch nun reiht Fred Hoyle verschiedene „wohlbegründete", nämlich widerspruchsfreie und durch Forschungserkenntnisse gestützte Schlußfolgerungen aus der Hoyle-Wickramasinghesehen Panspermien-Theorie auf. Frontal stößt er in die Kalamitäten des sich zersetzenden Neodarwinismus vor, belegt noch einmal die Unmöglichkeit der Evolution durch das simple Schema von Mutation und Selektion, macht sich mit allerbesten Gründen lustig über die Annahme einer irdischen „Ursuppe", in der sich der genetische Code unter Blitz und Donner zusammengefunden haben soll, und bietet seine eigene Theorie als neues, einleuchtendes Paradigma der Evolutionsforschung an.

Pankraz kann hier all die aufregenden, überraschenden Wendungen der Hoyleschen Argumentation leider nicht referieren, kann nur Stichworte geben. Wenn es, wie die Neodarwinisten selbst postulieren, keine informationelle Beeinflussung der Gene durch den Phänotyp gibt, dann wird auch der Erklärungsversuch der Evolutionssprünge durch die Neolamarckisten um Rupert Riedl hinfällig. Über neunzig Prozent des genetischen Materials in den Organismen sind aber „redundant", werden nicht gebraucht für den Aufbau und die Steuerung des Phänotyps, liegen still. Wo kommen sie her, wenn nicht aus dem Weltraum? Und ist es nicht tatsächlich so, daß der Phänotyp, sobald es die Umwelt-Umstände erlauben, auf eben dieses „redundante" Genmaterial zurückgreift, um sich in erdgeschichtlich kürzester Zeit höher zu entwickeln, also einen Evolutionssprung zu vollführen?

Doch Sir Fred geht in seinen Schlüssen weiter, viel weiter. Wenn das Genmaterial das Programm der Höherentwicklung bereits enthält, so muß es, argumentiert er, wie eine seinem Benutzer überlegene Software schon einmal ausgearbeitet worden sein, und zwar von einer überlegenen Intelligenz. Die materielle Welt der Sterne und Planeten liefert für Leben und Intelligenz nur die Hardware, und auch die nur sehr widerwillig. Die allermeisten Sterne und Sternensysteme sind unwirtlich, lebensfeindlich. Aber das „intelligente Universum" findet dennoch halbwegs brauchbare Bedingungen, wie etwa die irdischen, unter denen es seine Programme per Lebenskeim einspeisen kann. Was dann beginnt, ist ein schwieriger, mit Zähigkeit geführter Erziehungsprozeß, in dem das Leben allmählich lernt, die zur Verfügung stehende Software voll zu etablieren und auszunutzen und sich damit zur Höhe des Selbstbewußtseins emporzubilden.

Warum aber, so fragt Hoyle, will sich das „intelligente Universum" denn unbedingt in der Hardware materialisieren? Hat es das denn nötig? Hier werden die Schlußfolgerungen des Astronomen geradezu tollkühn, ohne jedoch die naturwissenschaftliche Ebene je zu verlassen. Er verweist auf die Maxwellschen Gleichungen, bei denen der Zeitsinn sowohl von der Vergangenheit in die Zukunft als auch umgekehrt von der Zukunft in die Vergangenheit gerichtet sein kann. Das Leben insgesamt, die kosmische Intelligenz also, scheint nicht dem Entropiesatz zu unterliegen, es tendiert nicht zum Chaos, sondern zur hierarchischen Ordnung; das bedeutet aber auch, daß es in Wahrheit nicht aus der Vergangenheit in die Zukunft fließt, sondern aus der Zukunft in die Vergangenheit. Psychologisch ausgedrückt: Indem wir lernen und mit uns und durch uns das Universum lernt, vergewissert es sich in einer Zeitschleife seiner selbst. Das ist nach Hoyle der „Sinn" des lernenden Lebens: „Wir werden nach Elysium herangewinkt."

Ähnlichkeiten dieses kosmischen Geschichtsentwurfs mit gewissen idealistisch-philosophischen Systemen oder mit religiösen Theodizeen wären rein zufällig, versichert Hoyle, der sich als „praktizierender Nichtchrist" bezeichnet. Doch Pankraz findet es wunderbar, daß es mit Hoyle endlich einmal einen Naturwissenschaftler gibt, der die Menschen nicht klein und einsam macht, sondern sie nach Elysium heimholt.

Pankraz

Zum Tode Paul Dahlkes

Sein Leben – ein Romanze in Moll

In Streitz in Pommern war er geboren. Den Tonfall seiner Heimat hat er niemals aus der Stimme verloren, auch wenn die Familie schon früh nach Westdeutschland umzog und er in Dortmund zur Schule ging und dort auch sein Abitur machte.

Die Schauspielerei war ihm nicht unbedingt an der Wiege gesungen. Erst studierte er Bergbau in Clausthal, dann ging er zum Philologiestudium nach Berlin, hatte Theaterwissenschaft unter dem amtierenden Professor Max Herrmann nur als Nebenfach belegt. Paul Dahlke blieb sein Leben lang ein vielseitig interessierter Mann, ein grundgelehrtes Haus, auch wenn Theater später sein Hauptfach werden sollte.

Als Debütant stand er schon 1931 in der ruhmreichen Uraufführung von Ödön von Horvaths „Geschichten aus dem Wienerwald" auf den Brettern des Deutschen Theaters. Berlin blieb die Hauptstätte seines Schaffens. Heinz Hilpert hatte den jungen Mann entdeckt und förderte ihn nach Kräften. Dahlke stand in fast allen Shakespeare-Inszenierungen des Regisseurs, spielte den Kent im „Lear", den Aufidius im „Cäsar Coreolan", spielte die Narren und jungen Liebhaber alle, aber auch schon den Higgins in Shaws „Pygmalion". Hilpert hat ihn unendlich gefordert und gefördert, holte ihn 1934 auch schon zum Film („Liebe, Tod und Teufel"). Helmuth Käutner setzte ihn als Filmstar dann endgültig durch („Romanze in Moll"). Seitdem war Dahlke ein Liebling der Massen, der er bis zuletzt geblieben ist.


Hatte Härte und Humor: Paul Dahlke (1904–1984) FOTO: DPA

In mehr als zweihundert Filmen hat er sich bewährt, kehrte immer wieder zum Theater zurück, spielte den Harras („Des Teufels General"), machte sich im Fernsehen, oft in Erfolgsserien, unentbehrlich. Er gehörte zum großen, verstreuten Ensemble der deutschen Schauspielerschaft.

Er hatte Härte und Humor. Er konnte Käuze und mühelos „kleine Leute" realistisch darstellen. Er konnte komisch, listig und herzbewegend sein. Er beherrschte sein Handwerk wie außer ihm nur wenige. Und im Alter ward er immer köstlicher.

Letzten Sonnabend ist er in Salzburg, achtzigjährig, gestorben. Seine ausdrucksreiche, oft so wunderbar humorvolle, grantige und doch auch leidensfähige Darstellerfigur wird sehr fehlen. FRIEDRICH LUFT

Der Boulevard ist sein Hauptpläsier: Zadek inszeniert in Hamburg John Hopkins' „Verlorene Zeit"

Wer Zoten spricht, ist noch keine Nora

Hätten die Premierentiger Stimmrecht bei der Wahl der Intendanten, der neue Chef des Hamburger Schauspielhauses wäre bereits in kurzer Zeit gleich zweimal per Akklamation gekürt. Denn euphorisch brauste der Beifall schon nach Peter Zadeks Hamburger Präsentation des für Berlin kreierten Joshua-Sobol-Stückes „Ghetto", das recht beikel zwischen Musical und Mord vagiert, auf. Kaum weniger demonstrativ war jetzt der Applaus nach Zadeks europäischer Erstaufführung von John Hopkins' Reißer „Verlorene Zeit", die der Regisseur mit einer rigoros gesteuerten Vorabwerbung in den Medien und einem auf die voyeurischen Instinkte des Betrachters spekulierenden Plakat lange vor der Premiere ins Skandal-Zwielicht gebracht hatte.


Grobianischer Text, furios gemeistert: Eva Mattes (oben), Ilse Ritter und Dietrich Mattausch in der Hamburger Zadek-Inszenierung FOTO PETER PEITSCH

In Hamburg anno 1984, im Herbst der Demissionen, Spekulationen und Kämpfe um künstlerische Machtpositionen, wollte man sich offensichtlich nicht schocken lassen durch einen mit obszönem Vokabular gespickten Beziehungs-Thriller um Männerhaß und Frauenliebe, den der ehemals als TV-Serienschreiber erfolgreiche Brite für New York geschrieben hat, wo er 1979 angeblich die Leute scharenweise aus dem Theater getrieben haben soll.

An der Kirchenallee gab's weder Pfiffe noch offene Proteste (bis auf einen einsamen feministischen Ruf), vielmehr einhellige Zustimmung für Zadek und seine Provokations-Schau. Habemus papam? „Wenn man mich ernsthaft fragt, werde ich ernsthaft darüber nachdenken", hatte Zadek noch kurz vor der Premiere zu einer möglichen Schauspielhaus-Intendanz erklärt. In Hamburg ist eben zur Zeit alles Theater, hat alles doppelten Boden, ist das Theater hinter dem Theater wichtiger als jedes noch so sensationsträchtige Stück.

Von stimulierender Doppelbödigkeit kann übrigens gerade in John Hopkins' krachigem Konversationsstück „Verlorene Zeit", mit dem der Autor offenbar an den Kurzzeiterfolg seines Dramas über den Lustmord eines Polizisten an einem Sexualverbrecher anknüpfen will, kaum die Rede sein. „Verlorene Zeit" ist von auffallend flacher, ja, platter Faktur.

Es soll ein Schocker sein. Und beginnt auch sogleich mit dem krudesten Bericht einer Vergewaltigung, die die zartherzige Ruth ihrer Freundin, der burschikos-emanzipierten New Yorker Journalistin Joanne, unter immer wieder aufwallender Übelkeit Phase für Phase enthüllt. Doch die Beichte bringt nicht nur ans Licht, daß Ruth selbst der Animator dieser Vergewaltigung gewesen ist, sie führt die beiden Frauen auch gemeinsam ins Bett.

Soweit der erste Hopkins-Streich, dem die wüste Rache der beiden Frauen an der Männerwelt in Gestalt von zwei Arbeitskollegen folgt, die wie in die berühmte Venus-Fliegenklappe erst ins Bett gezerrt, dann unter wilden Schimpfkanonaden aus dem Loft an die frische Luft gesetzt werden. Akt drei der Geschlechter-Schlacht: Ein dritter Mann tritt auf, der Ruth heiraten will und die eifersüchtige Joanne beinahe erwürgt. Abgang des Lovers, Abgang auch von Ruth, die künftig erst einmal alleine leben will. Zurück bleibt böse verzweifelt, Joanne.

Dieses „Emanzipationsstück" habe, laut Zadek, „denselben Stellenwert wie Ibsens „Nora"". Aber davon zu Gast. Boulevard war ja nach eigenem Bekunden schon immer Zadeks größtes Pläsier. kann im Ernst überhaupt nicht die Rede sein. Man hätte es sich ja nur zu sehr gewünscht, daß endlich wieder einmal einer so ernst und so subtil und dramatisch so schlüssig wie einst Ibsen die geheimen Wünsche der Frauen, ihr Unabhängigkeitsstreben und ihre Einsamkeiten zu Theater machen könnte. Doch Hopkins arbeitet, bei allem dramaturgischen Geschick, sprachlich mit viel zu grobem Korn, als daß er glaubwürdige Identifikationsmodelle hätte schüfe. Je länger man den rüden Dialogen folgt, desto stärker bekommt man das Gefühl, hier habe sich einer letzten Endes doch nur genüßlich im Gossen-Jargon gesuhlt. Schließlich ist man nur noch angeödet vom immer wieder zotig ausgestanzten Gesprächs-Hickhack. Hopkins hat ein wichtiges Thema unter Niveau verkauft. Nora 1984 – dazu bedarf es denn doch eines mächtigeren literarischen Talents.

Daß dennoch in Hamburg aus der biestigen Geschlechter-Sonate mit ihrem tristen Finale keine unendliche Peinlichkeit, sondern zum Teil sogar spannendes Theater wurde, verdankt man Zadeks außergewöhnlichem Schauspieler-Quintett. Vor allem seine beiden Frauen. Ilse Ritter als schutzbedürftiges Herzchen, das zwischen Liebe und Demütigung keine Trennungslinie ziehen kann, und Eva Mattes als stolze, in ordinärstem Jargon wütende einsame Kämpferin, sind fabelhaft. Der Wüste, oft unflätige Wortschatz, den sie über die Lippen zu bringen haben, verliert unter ihrer Intonation beinahe seinen extra-ordinären Anstrich.

Wie Ilse Ritter ihre unsägliche Vergewaltigungsgeschichte erzählt, ist allein schon großer Bewunderung wert. Die Mattes hat es noch schwerer, da der Autor sie zu drastischer Eindimensionalität verurteilt hat. Doch sucht sie dieser immer wieder zu entgehen durch die Erarbeitung darstellerischer Facetten, die Kaltschnäuzigkeit mit Leiden an der Liebe zu motivieren suchen.

Im weißgetünchten New Yorker Loft mit Sofa, Telefon und Feuerleiter als Mittelpunkt (Bühnenbild: John Gunther) läßt Zadek Dietrich Mattausch als Lover, Uwe Friedrichsen als prahlerischen Macho recht virtuos, Ulrich Wildgruber als Schlappi so komisch agieren, daß immer wieder Gelächter aufkommt, als sei man bei Helga Feddersens „Perle Anna" zu Gast. Boulevard war ja nach eigenem Bekunden schon immer Zadeks größtes Pläsier.

KLÄRE WARNECKE

Der KGB und die Opernarie – Tschaikowskijs „Pique Dame" an der Bayerischen Staatsoper München

Graf Tomskis Stiefel passen nicht auf den Zarenball

Von zwei völlig unterschiedlichen Dingen muß anläßlich der Neuinszenierung von Tschaikowskijs „Pique Dame" an der Bayerischen Staatsoper die Rede sein: Zum einen von einer streckenweise musikalisch hinreißenden Aufführung, zum anderen von einer politischen Fahrlässigkeit, die zum Himmel schreit.

Was war passiert? Nun, die Sache hat ihre Vorgeschichte. München wollte die „Pique Dame" auf russisch herausbringen, woggegen nichts zu sagen ist. Das bedeutete aber zugleich, daß man auf russische Sänger angewiesen war und also bei Goskonzert in Moskau gutes Wetter machen mußte. Als Produktionsteam hatte sich München den eigenwilligen und wohl sehr guten Regisseur Georgi Ansimow sowie den Dirigenten Alexander Lasarew ausgesucht.

Sei es, daß diese beiden zu Hause gerade wieder einmal diszipliniert werden mußten, sei es, daß anderen eher die Belohnung durch ein lukratives West-Engagement zustand: Moskau schickte nicht Ansimow und Lasarew, sondern einen völlig unbekannten Regisseur namens Joakim Scharojew samt dem Bühnenbildner Georgi Meschischwili. Die Bayerische Staatsoper schluckte das stillschweigend.

Den Dirigenten, den Moskau nach München abordnete, kannte man dafür im Westen sehr wohl: Algis Shuraitis, Chefdirigent des Bolschoi, ein bedeutender Musiker ohne Zweifel. Das wußte auch Paris vor einigen Jahren, als dort die „Pique Dame" an der Opéra herauskommen sollte. Dort mußte Shuraitis Mstislaw Rostropowitsch als Dirigenten ersetzen, denn ein Dirigent Rostropowitsch bedeutete Sängersperre aus Moskau. Shuraitis kam aber nicht nur als Dirigent, sondern zugleich auch als Spitzel, angesetzt auf den Regisseur Juri Ljubimow. Dem drehte Shuraitis mit Leserbriefen an die „Prawda" über die ideologischen Abweichungen des Regisseurs den Strick. Ljubimow durfte damals nicht nach Paris, inzwischen darf er nicht mehr nach Moskau, aber Shuraitis darf zur Belohnung nach München.

Um die Sache rund zu machen: Shuraitis ist der Gatte der vielbegehrten Mezzosopranistin Jelena Obraszowa. Die Obraszowa ist zugleich so etwas wie die politische Reinemachefrau des Bolschoi-Ensembles. Sie und ihr Gefolge waren es zum Beispiel, die sich im Moskauer Kulturministerium gegen eine Zusammenarbeit mit Galina Wischnewskaja aussprachen und deren Verstoßung aus dem Bolschoi forderten.

Zum Lohne dafür dürfen sie nun im adventlichen München Weihnachtseinkäufe machen: die Obraszowa, der Tenor Wladimir Atlantow, der Bariton Alexander Woroschilo und die Altistin Ludmilla Schemtschuk. Zumindest, solange man in München tut, was Frau Obraszowa will. Tut man das nicht, dann kommen plötzlich gar keine Bolschoi-Sänger mehr, und München sitzt auf einer russisch studierten „Pique Dame"-Produktion, die es nicht mehr spielen kann.

Aber zunächst wird „Pique Dame" gespielt, und das, wie gesagt, über weite Strecken auf musikalisch hinreißende Art. Shuraitis stürmt geradezu durch Tschaikowskijs Musik. Er baut sie auf, schärft ihre Kontur, treibt sie in Rausch und Verzweiflung, läßt sie zusammenbrechen in Gefühligkeit und reißt sie sofort wieder aus den Untiefen heraus. Das ist grandios.

Die Inszenierung ist dafür einfach schlecht: nicht nur altmodisch, was allein kein Fehler wäre, sondern dabei unaufmerksam und schludrig. Möbelstücke passen nicht in die Zeit und Graf Tomskis Stiefel nicht auf den Ball mit der Zarin. Und zu Kaiserin Katharinas Zeiten gab's noch keinen Krim-Sekt in St. Petersburg. Gespielt wird mit den leeren Sängergesten der Verzweiflung über das eigene schauspielerische Unvermögen – mit Ausnahme von Julia Varady. Ihre Lisa ist gezeichnet vom Schicksal, erlebt ihr Unglück wie in Trance, oder richtiger: wie hypnotisiert von Hermann, dem Spieler. Dem leiht Atlantow seinen mächtigen, wenn auch nicht gerade kultivierten Tenor, der freilich die Varady zuweilen dazu verführt, ihren kostbaren Sopran zu forcieren und ihm damit den schimmernden Lüsterglanz zu nehmen.

Woroschilo, der Graf Tomski, hat einen Bariton ohne Tiefe oder vielleicht auch einen Tenor ohne Höhe – an der Ballade über die drei Karten, das Schlüsselstück der ganzen Oper, scheitert er damit. Wolfgang Bodo Brinkmann fällt der Fürst Jeletzki und dessen Prachtarie zu. Brinkmann behauptet sich sehr gut. Die Stimme der Obraszowa ist noch viel zu robust und gesund für die alte Gräfin, deren Leben doch eigentlich schon an einem spinnwebdünnen Faden hängt. Das machen eine Varnay, eine Christa Ludwig nun doch viel besser.

Ein Überraschungsgeschenk dafür Ludmilla Schemtschuk als Polina: eine Altistin der schönsten stimmlichen Mittel, lyrisch und samtweich, und der kultiviertesten Vortragsart. Ihre große Viertelstunde mag einen Opernabend wohl wert sein.

REINHARD BEUTH

Mark Twain nachgeeifert: Arend Aghtes Kinodebüt „Flußfahrt mit Huhn"

Wenn Piraten auf der Weser kreuzen

Waghalsige Expeditionen sind Männersache. Das glaubt jedenfalls der Pennäler Robert, der mit zwei Freunden eine historische Tat plant: Ein neuer Zugang zum Meer soll gefunden werden. Schon ist ein Geheimbund gegründet. Proviant beschafft und der Zeitpunkt des Aufbruchs bestimmt. Da fällt es denn auch kaum ins Gewicht, daß die gesuchte „Nordost-Passage" in Wahrheit nur die Weser und der imposante Piratenkreuzer Großvaters kleines Ruderboot ist.

Viel härter trifft die jungen Herrscher der Meere, daß ausgerechnet Roberts Cousine Johanna Wind von der großen Fahrt bekommen hat. Zähneknirschend nimmt man die vermeintliche Heulsuse in die Bande auf und legt planmäßig ab. Außerdem an Bord: Das Huhn Gonzo. Doch als Roberts Großvater – mit knorrigem Charme von Hans Beerhenke gespielt – am nächsten Morgen die leeren Betten sieht, nimmt er prompt die Verfolgung der Ausreißer auf.

So spannend und geradlinig wie in diesem Kinodebüt des Autors und Regisseurs Arend Agthe geht es im hierzulande arg vernachlässigten Kinder- und Jugendfilm nur ganz selten zu. „Ein Tag mit dem Wind" von Haro Senft etwa rollte für die kleinen Helden eine watteweiche Spielwiese aus, während Hark Bohm in „Nordsee ist Mordsee" zwar den Traum von der gefährlichen Reise nährte, zugleich aber die Welt der Erwachsenen plump verzerrte.

Obwohl der fünfunddreißigjährige Arend Aghte viele Folgen für die Vorschulserie „Sesamstraße" drehte, hat er mit pädagogischen Sandkastenspielen nichts im Sinn. Zwar lernen die Kinder hier, daß Mädchen nicht unbedingt Zimperliesen und Großväter keine Spielverderber sein müssen. Den erhobenen Zeigefinger jedoch sucht man zum Glück vergebens. Im Vordergrund steht das große Abenteuer, das mit gefährlichen Versteckspielen, einer verhängnisvollen Schatzsuche und mit unheimlichen Zwischenfällen deftig gewürzt ist.

Zwar mag man die recht betuliche Einleitung bemängeln, doch die ebenso plastischen wie glaubwürdig gezeichneten Charaktere und die komischen Wendungen der Geschichte wiegen dieses Manko auf. Vor allem speist der Regisseur die Kinder nicht mit einer Schmalspur-Ästhetik ab. So wurde mit Jürgen Jürges einer der besten deutschen Kameramänner verpflichtet, der neblige Flußauen in düstere Märchenlandschaften verwandelt und mit poetischen Landschaftsbildern Ruhepausen zum Nachdenken schafft.

Daß dies ein durchaus erwachsener Kinderfilm ist, zeigen außerdem die sorgsam ausgewählten und feinfühlig geführten Schauspieler. Hier sind nicht die beängstigend perfekten Jungstars amerikanischer Prägung zu besichtigen, sondern ganz natürlich agierende Kinder, unter denen Julia Martinek als tapfer-sensible Johanna besonders auffällt.

Ein rundum gelungenes Werk, das sich an Abenteuerromanen von Mark Twain oder Stevenson orientiert, statt papierne Erziehungskonzepte zu bebildern. HARTMUT WILMES


Mädchen sind nicht unbedingt Zimperliesen: Julia Martinek als tapfersensible Johanna in dem Jugendfilm „Flußfahrt mit Huhn" FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Ärzte zum Thema Legasthenie

dpa, Düsseldorf

Bis heute gibt es kein einheitliches Konzept für das Erkennen und Behandeln der Lese- und Rechtschreibschwäche, Legasthenie genannt. Die Legasthenie entwickelte sich in den vergangenen Jahren, wie der Kinder- und Jugendpsychiater Bernd van Husen auf dem Düsseldorfer Fortbildungskongreß Medica ausführte, zu einem Streitobjekt unter Ärzten, Psychologen, Soziologen und Pädagogen. Legasthenie sei keine Erscheinung der heutigen Zeit. Vielmehr gehe es um eine für die betroffenen Kinder „schicksalsschwere" Leistungsstörung, die bereits vor 100 Jahren beschrieben worden sei. Die Auswirkungen einer nicht oder nur unzureichend erkannten und behandelten Legasthenie zeigen sich in einer Vielfalt von neurotischen und psychosomatischen Erkrankungen. Es gelte, so Husen, vornehmlich den Häusärzten Hintergründe dieser Störungen und ihr Zustandekommen aufzuzeigen.

Goethe-Institut mit neuem Präsidium

dpa, München

Ein neues Präsidium hat die Mitgliederversammlung des Goethe-Instituts in München gewählt. Hans Heigert, Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung", und Werner Knopp, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin, kamen dabei für den Schriftsteller Dieter Lattmann und die wissenschaftliche Direktorin Annelies Hoppe in das höchste Gremium. Präsident Klaus von Bismarck, August Everding, Ekkehard Maurer und Peter Wapnewski bleiben im Präsidium. Dagegen wird der bisherige Vizepräsident Theodor von Eschenburg erst dann zusätzlich eintreten, wenn am 1. April 1985 auf der konstituierenden Sitzung der neue Präsident aus der Mitte des Präsidiums gewählt werden sollte. Bismarck hatte deutlich gemacht, er sei zu einer Wiederwahl bereit.

Bolschoi-Stars sagen Auftritt ab

AP, Berlin

Die Solostars des Moskauer Bolschoi-Balletts, Nadeja Pavlowa und Wladislav Gordejew, haben einen im Rahmen einer internationalen Ballettwoche geplanten Auftritt im Berliner Congreß-Zentrum aus politischen Gründen abgesagt. Sie boykottieren die vorgesehene „Schwanensee"-Aufführung aus Protest gegen eine Galaschau mit dem Tänzer Rudolf Nurejew.

Wittener Tage für neue Kammermusik 1985

DW, Witten

Die gemeinsam vom Westdeutschen Rundfunk und der Stadt Witten getragenen Tage für neue Kammermusik finden 1985 vom 26. bis 28. April statt. In den sechs Konzerten sind insgesamt sieben Uraufführungen geplant. Inoffizielles Thema scheint die griechische Mythologie in der neuen Musik zu sein: Von Dimitri Terzakis hat eine „Odyssée" in Witten Premiere, von Jannis Vlachopoulos „Sappho-Gesänge" für Sopran, Flöte, Klavier und Schlagzeug. Außerdem ist ein Konzert der Musik von Giacinto Scelsi gewidmet.

Vier Millionen Mark für 31 Filmvorhaben

AP, Bonn

Auf Vorschlag des Auswahlausschusses für Filmförderung hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann für 31 Filmvorhaben Prämien für vier Millionen Mark bewilligt. Die Vorhaben wurden aus 188 Einreichungen ausgewählt. An erster Stelle einer Reihe von 13 Spielfilmvorhaben und Drehbuchentwürfen, die mit einer Prämie von 250 000 Mark ausgestattet wurden, steht der Film „Die Nacht" von Hans Jürgen Syberberg.

Preis für Essayistik ausgeschrieben

DW, Stuttgart

Zum zweiten Mal hat Maria Améry, die Witwe des Schriftstellers Jean Améry, den „Jean-Améry-Preis für Essayistik" ausgeschrieben. Als Preissumme sind 10 000 Mark ausgesetzt. Der Preis soll für ein bereits vorliegendes oder für ein noch unveröffentliches essayistisches Werk vergeben werden. Die Autoren werden gebeten, ihre Manuskripte bis spätestens 1. März 1985 an folgende Anschrift zu senden: Büro des „Jean-Améry-Preises für Essayistik", Postfach 1176, 7000 Stuttgart 1.

Michel Emer tot

AFP, Paris

Der Komponist und Textdichter Michel Emer ist im Alter von 78 Jahren in Paris gestorben. Emer wurde vor allem mit den Liedern berühmt, die er für Edith Piaf verfaßte. „L'accordéonniste", 1940 geschrieben, und „A quoi ca sert l'amour" aus dem Jahr 1963 sind Evergreens geworden.

Railship II mit zwei Spurweiten nach Finnland

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Das größte Eisenbahnfährschiff der Welt, MS „Railship II", nimmt in dieser Woche seinen Dienst auf. Mit bis zu 85 Großraumwaggons an Bord wird es zweimal wöchentlich von Lübeck-Travemünde nach Hanko (Hangö) an der finnischen Südwestküste und zurück fahren. Auf dieser Linie ist seit knapp zehn Jahren das kleinere MS „Railship I" im Einsatz. Es hat bisher rund 93 000 Waggons in beiden Richtungen befördert und damit nahezu drei Millionen Tonnen Güter aller Art.

Das von der Bremerhavener Seebeckwerft für rund 75 Millionen Mark gebaute neue Fährschiff hat auf drei Decks eine nutzbare Gleislänge von 1855 Metern. Auf jedem Deck sind fünf Gleise nebeneinander verlegt. Die mittleren Gleise sind über einen Doppelstockfahrstuhl miteinander verbunden. Sechs Rangierloks bringen die Waggons über Schwenkbühnen auf die anderen Gleise.

Sämtliche Bahnwaggons

Der Neubau gehört wie sein Vorgänger der Railship-Organisation, zu der sich die finnische Reederei Effoa (40 Prozent), die Hamburger Reederei H. M. Gehrkens (20 Prozent), die deutsche bundesbahneigene Spedition Schenker und die Schweizer Privatfirma Ostmare zusammengeschlossen haben. Die komplizierte Firmenstruktur ergab sich aus der Notwendigkeit, nicht nur über ein Schiff, sondern auch über sämtliche benötigten Bahnwaggons zu verfügen. Denn: Die finnische Eisenbahn läuft auf russischer Breitspur – ein Vermächtnis aus der Zeit vor 1917, als Finnland noch ein Großfürstentum unter dem russischen Zaren war. Breitspurwaggons können nicht über die europäische Normalspur rollen, Normalspurwaggons ebensowenig über die Breitspur.

Die Waggons müssen deshalb beim Übergang vom finnischen ins europäische Bahnnetz umgespurt werden. Das geschieht in einer riesigen Halle, nur einige hundert Meter vom Fähranleger Hanko entfernt. Vom dort rollen die Waggons bis zur doppelspurig ausgerüsteten Halle auf Normalspur. In der Halle werden Achs- und Drehgestell-Befestigungen gelöst. Hydraulische Hebeböcke heben die Waggons an. Dann werden die „europäischen" Achsen gegen „russische" getauscht. Auf Breitspur verlassen die Waggons die Halle. Der gesamte Umachsvorgang dauert pro Waggon keine zehn Minuten.

Für die „Railship I" waren 1975 insgesamt 473 umachsfähige Waggons beschafft worden, etwa je ein Drittel davon bei Talbot/Aachen, Linke-Hoffmann-Busch/Salzgitter und Waggonbau Niesky/„DDR". Weil sie auf Dauer nicht ausreichten, wurden 1980 bis 1983 140 weitere Waggons beschafft.

Die „Railship I" war mit 6523 Bruttoregistertonnen (BRT) vermessen. Ihre jüngere Schwester „Railship II" ist 7300 BRT groß. Beide Schiffe verfügen über eine Höchstgeschwindigkeit von 20,5 Knoten (knapp 38 Kilometer pro Stunde). Die beiden Schwerölmaschinen des Neubaus erzeugen 21 760 PS.

Auch für Personenautos

Insgesamt hat die Railship-Organisation seit ihrer Gründung eine knappe Viertelmilliarde Mark investiert. Sie hat damit erreicht, daß Finnland erstmals an das kontinentaleuropäische Eisenbahnnetz angeschlossen ist. Der Vorteil für die Verlader liegt auf der Hand: Das Umladen der Güter von der Bahn auf das Schiff und vom Schiff zurück auf die Bahn entfällt.

Damit „Railship II" auch Personenautos befördern kann, wurde das Schiff mit zwei Deckskränen ausgerüstet – und mit Befestigungspunkten auf dem ansonsten nicht nutzbaren Oberdeck.

In „95,2" wird nicht für jede Limonade geworben

Die Erfolgskonzepte privater Rundfunksender in Paris

ANNETTE VORPAHL, Paris

„NRJ, das tolle Radio, sie hören NRJ." Der Moderator läßt keine Gelegenheit aus, dies seinen Hörern einzutrichtern. „NRJ" – „La Radio stereotonique" – ist bei den Franzosen zwischen 13 und 40 Jahren mit 2 164 000 Hörern die derzeit begehrteste Frequenz. Das haben mehrere Umfragen ergeben.

24 Stunden Musik im Stereoton ganz nach amerikanischem Prinzip – 99 Prozent Musik, ein Prozent Informationen – mit Unterbrechungen gehört, machen gute Laune. Im Auto, am Arbeitsplatz, bei der Hausarbeit, der Pariser hat keinen Grund zur Klage, höchstens die Qual der Wahl. Alle 0,3 Megahertz weiter sendet eine andere freie Radiostation.

Rund 25 solche Stationen gibt es allein in Paris, ungefähr 60, wenn man die Vororte mitzählt. „Was sind dagegen die staatlichen, deutschen Sender? Ein politisches Machtinstrument, ernsthaft, vollgepackt mit Informationen und Werbung", meint Alain Leroy, Vizepräsident von „95,2", der zweitbeliebtesten freien Radiostation in Paris.

Vor allem eins wollen die meisten der französischen Sender nicht sein: ein politischer Machtfaktor. Und wenn schon Politik, dann bekennen sie sich dazu – Radio Anarchiste, Radio Solidarnosc oder Radio Solidarité zum Beispiel. Hier steht die politische Meinung im Vordergrund. „Radio 95,2" sucht laut Alain Leroy immer den goldenen Mittelweg. „Es ist nicht unsere Aufgabe, politische Meinungen vorzukauen. Wir machen ein junges Radio. Bevor es die freien Radios gab, existierten nur vier Sender in Frankreich. Es war ein absolutes Manko."

Bewerbungen stapeln sich

Im Studio von „95,2" tragen sämtliche Mitarbeiter, ob Techniker oder Moderatoren, gute Laune zur Schau. Es herrscht ein lockerer Umgangston. Christiane Schaleur, die Animatrice, wie sie dort heißt, gebärdet sich vor dem Mikrofon, als würde sie nicht nur gehört, sondern auch auf dem Bildschirm gesehen. Bei „95,2" hat Christiane Schaleur als ausgebildete Journalistin, wie übrigens alle 30 Angestellten des Senders, einen Glücksgriff getan, um den sie von vielen anderen Journalisten beneidet wird. In der Chefetage des Senders stapeln sich die Bewerbungen.

„95,2" finanziert sich wie alle freien Radiostationen durch Werbung. Vor eineinhalb Jahren, als die freien Radios offiziell senden durften und es keine Piratensender mehr gab, war es verboten, Werbung zu betreiben. Präsident François Mitterrand gab eine Pressekonferenz und erklärte, daß Werbung fortan erlaubt sei, weil die Freien sonst nicht existieren könnten. Im Februar dieses Jahres allerdings zog der Minister für Kommunikation, George Filliou, dieses Versprechen wieder zurück. „Damit griff die Regierung nicht nur die freien Radios an, sondern auch die Werbemacher", erzählt Alain Leroy, „es lag an uns zu beweisen, daß die ‚Radios libres' gehört werden."

Stationen im ganzen Land

Der meistgehörte Sender, „NRJ", machte Straßenumfragen. „95,2" fand eine andere Lösung, um dem Radio zu helfen: Sie gründeten den „Club 95,2". Für 50 Franc im Jahr genießen die Mitglieder viele Vorzüge. Mit der Clubkarte bekommen sie in rund 60 Geschäften Kleidung billiger, aber auch Autos, Kino- und Theatervorstellungen, HiFi-Geräte. Außerdem kann man Autos und Reisen gewinnen, werden Feten organisiert.

30 000 Mitglieder zählt der „Club 95,2" heute. „Ein Argument mehr für uns", sagt der Vizepräsident. Jetzt darf wieder offiziell geworben werden. „95,2" wirbt drei Minuten pro Stunde, im Gegensatz zu den vier halbstaatlichen Rundfunksendern (Europe 1, Radio Luxembourg, Monte Carlo und Süd-Radio) und dem staatlichen Rundfunk Radio France mit mehreren Frequenzen und 15 bis 16 Minuten Werbung.

Dabei nimmt die freie Station „95,2" nicht jeden, der dort werben möchte. „Ariel zum Beispiel haben wir abgelehnt. Auch die Limonade Seven-up. Das ist nichts für unserer Hörer", winkt Leroy ab. Gern gesehen sind dagegen große Firmen. Für Renault verlegte „95,2" sogar sein Studio in dessen Geschäft auf die Champs-Elysées. Und für die Zukunft? Da plant der Sender, Stationen im ganzen Land aufzubauen.

Der erste Zusammenschluß ist schon gelungen: Seit 1. November ist „95,2" zusammen mit „Kanal 1" in Lille zu empfangen. Die Palette der freien Radiostationen ist weit gefächert. Weitere Sender etwa sind „Frequence Gaie", der einzige Homosexuellen-Sender der Welt, „Radio Montmartre", das dem Pariser von morgens bis abends nur französische Chansons serviert. Oder Radio „Service Tour Eiffel", ein Sender, der „für den Service der Pariser" sorgt.



Verheerende Folgen des Orkans

Orkanartige Herbststürme brausten am Wochenende auch über den Südosten der Vereinigten Staaten. Vor Palm Beach riß sich das venezolanische Frachtschiff „Mercedes I" vom Anker los und landete schließlich mit seinem Bug auf der Terrasse einer der exklusiven Strandvillen.

Die schweren Stürme und Regenfälle, die in Deutschland neun Todesopfer forderten, haben auch in west- und osteuropäischen Ländern schwere Schäden angerichtet. In Frankreich kamen durch den Sturm sechs Menschen ums Leben. Bei Nantes, wo der Sturm Geschwindigkeiten von 165 Stundenkilometern erreichte, wurde ein Motorradfahrer von einem umstürzenden Baum erschlagen. Ein anderer starb, weil sein Fahrzeug von einer Windbö erfaßt und gegen einen Lastwagen geschleudert wurde. In Neuilly-en-Thelle wurde ein Säugling in seinem Schlafzimmer von einem Zementblock erschlagen, der sich am Nachbarhaus gelöst hatte und durchs Dach geschlagen war. Das norwegische Kreuzfahrtschiff „Black Watch" mußte nach Beschädigungen durch meterhohe Wellen in der südenglischen Hafenstadt Plymouth Schutz suchen.

Schwere Schäden richtete das Sturmtief auch in der „DDR" an. In den Bezirken Gera, Suhl und Halle wurden 25 Menschen verletzt. In Berlin mußte die Feuerwehr wegen der Häufung der Schadensmeldungen zeitweise den Ausnahmezustand erklären. Insgesamt haben die Unwetter in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Polen mindestens 20 Menschenleben gefordert. FOTO: AP

Mit lockerem Händchen einen Kognak

dpa, Düsseldorf

Viele Chefetagen sind „Naßzellen": Ein fröhliches Prösterchen besiegelt Gästeempfang und Vertragsabschluß, Beförderung und Jubiläum. „Das Alkoholverbot während der Arbeitszeit ist nur durchsetzbar, wenn es von oben bis unten gilt", meinten Experten bei einem Forum „Alkohol und Medikamente im Betrieb" am Wochenende auf dem Medica-Kongreß in Düsseldorf.

Nach Erfahrung von Direktor Herbert Ziegler, Leiter der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (Hamm), irren sich Führungskräfte, wenn sie glauben, heimlich unter sich trinken zu können. Das Abräumen klirrender Flaschen sei es, das sie enttarne. Um die eigene Alkoholabhängigkeit zu verbergen, gäben sich manche Chefs vermeintlich jovial: Sie kredenzen ihren Mitarbeitern, die sie zur Morgenrunde bitten, mit lockerem, besser zittrigem Händchen einen Kognak.

Da ist es laut Ziegler kein Wunder, daß 15 Prozent aller Erwerbstätigen nach neuen Erhebungen mehr als 280 Gramm reinen Weingeist je Woche schlucken, umgerechnet mindestens 30 Bier oder die gleiche Anzahl Schnäpse. Selbst Lehrlinge hielten mit. Sie trinken, so Ziegler, heute ebenso viel, wie es die als Gammler verpönten Arbeitslosen der gleichen Altersstufe tun.

Die Statistik läßt erkennen, daß etwa jeder Dritte, der einen tödlichen Betriebsunfall erleidet, Alkohol im Blut hat. Dennoch beurteilen die Sozialpartner die weitere Entwicklung offenbar unterschiedlich. Ein Vertreter der Unternehmerschaft sagte in der Diskussion, das Trinken am Arbeitsplatz habe sich verringert, weil immer mehr Beschäftigte an die Heimfahrt im Auto dächten. Eine Vorstandssprecherin der IG Metall in Frankfurt glaubte dagegen, das Bechern unter Kollegen nehme weiterhin zu.

Leben mit der Pumpe

Zum zweitenmal erhielt ein Amerikaner ein Kunstherz

SAD, Louisville

Seit gestern pumpt in der Brust des 52jährigen William J. Schroeder aus Jasper im Bundesstaat Indiana ein künstliches Herz. Die Operation, die zweite ihrer Art, ist gestern morgen (14 bis 19 Uhr MEZ) im „Human Hospital Audubon" in Louisville im US-Bundesstaat Kentucky durchgeführt worden.



Dr. de Vries, Leiter des Implantationsteams, mit dem Kunstherzen FOTO: AP

Chef des Verpflanzungsteams ist Dr. William de Vries, der am 2. Dezember 1982 an der Universitätsklinik von Utah in Salt Lake City das erste künstliche Herz dem pensionierten Zahnarzt Dr. Barney Clark einpflanzte. Dr. Clark lebte 112 Tage mit der hydraulischen Pumpe.

Schroeder, Empfänger des zweiten, verbesserten Herzens, hatte 1982 einen Herzanfall erlitten, im März 1983 mußte er seinen Arbeitsplatz aufgeben. Kurz danach unterzog er sich einer zweifachen Bypass-Operation. Trotzdem verschlechterte sich sein Zustand weiter, und die Ärzte diagnostizierten seine Krankheit als „Kardiomyopathie", eine fortschreitende Schwächung des Herzmuskels.

Nachdem Schroeder von einem Komitee der Klinik als Kandidat für die Verpflanzung ausgewählt worden war, mußte er sich an der Gallenblase operieren lassen. Seine erfolgreiche Genesung von dieser Operation und die weitere Verschlechterung seines Herzens veranlaßten die Klinik, die Operation auf gestern festzulegen.

Das nach seinem Erbauer Dr. Robert Jarvik „Jarvik-7" genannte künstliche Herz besteht aus einer hydraulischen Pumpe, die an ein drei Zentner schweres Aggregat angeschlossen ist. Das 40 000 Dollar teure Gerät hält die Pumpe mit Druckluft in Betrieb. Während Dr. Clarks „Herz" ausschließlich durch die stationäre Pumpe betrieben werden konnte, ist für das jetzt verpflanzte Herz eine knapp fünf Kilo schwere tragbare Pumpe einsatzbereit. Wenn sich William Schroeder von der Operation ausreichend erholt hat, kann er bis zu drei Stunden pro Tag an das tragbare Aggregat angeschlossen werden.

Um sicherzugehen, daß keine mechanischen Schwierigkeiten eintreten, wurden in der verbesserten Version von „Jarvik-7" anstelle von zusammengeschweißten Ventilen aus einem Stück Titan gefertigte Ventile eingebaut. Bei Dr. Clark war wenige Tage nach der Operation eines der Ventile auseinandergebrochen, und es mußte sich sofort einer zweiten Operation unterziehen, bei der die defekte Herzhälfte ersetzt wurde.

Die Firma, die das „Human Hospital Audubon" betreibt, verpflichtete sich, für die Kosten der ersten 100 Verpflanzungen eines künstlichen Herzens aufzukommen. Diese belaufen sich auf 100 000 bis 250 000 Dollar. Die Kosten für das Betreiben des künstlichen Herzens können nach Ansicht von Dr. Jarvik bald auf 20 000 bis 25 000 Dollar pro Jahr gesenkt werden. Das Herz selbst kostet 15 000 Dollar.

Wem gehört nun Achill?

Rom und Berlin streiten sich wegen eines Sarkophags

KLAUS RÜHLE, Rom

Ein archäologischer Krimi, der zwischen West-Berlin und Rom spielt, erregt zur Zeit die Kulturschützer beider Städte. Streitobjekt ist ein Sarkophag aus dem 2. Jahrhundert n. Chr., ein Meisterwerk, das auf der Frontseite den Tod des Achilles darstellt.

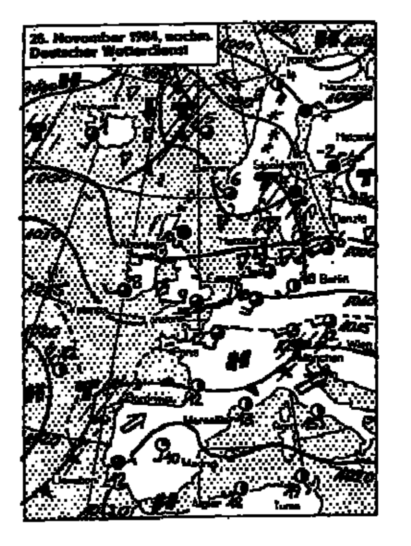
Der wertvolle archäologische Fund verschwand 1976 aus der Gräberstadt von Pianabella bei Ostia. Er wurde offensichtlich von wohlorganisierten Grabräubern – „Tombaroli" genannt – gestohlen. Die Diebe hinterließen lediglich ein 80 mal 20 Zentimeter großes Bruchstück von der Basis des über zwei Meter langen und rund ein Meter hohen Sarkophags.

Sechs Jahre später wandte sich der Direktor des Westberliner Antikenmuseums, Professor Wolf Dieter Heilmeyer, an seine Kollegen in Italien, unterrichtete sie vom Ankauf einer kostbaren altrömischen Grabstätte aus Schweizer Privatbesitz und fragte an, ob von italienischer Seite irgendwelche Bedenken hinsichtlich dieses Erwerbs bestünden. Der Anfrage war ein Foto beigefügt. Es zeigte einen vollkommen erhaltenen Sarkophag. Der Superintendent für die Ausgrabungen von Ostia, Valnea Santamaria Scrinari, schöpfte keinen Verdacht. Erst als er den von Professor Heilmeyer herausgegebenen 19. Band des Jahrbuchs über Preußens kulturelle Besitztümer durchblätterte, stutzte er, denn der dort abgebildete altrömische Sarkophag zeigte an der Basis ein Loch von der Größe des in Ostia von den Grabräubern hinterlassenen Bruchstücks.

In Italien werden jetzt alle Hebel in Bewegung gesetzt, um wieder in den Besitz des gestohlenen Kunstwerks zu gelangen. Professor Heilmeyer jedoch scheint wenig Lust zu haben, den nach seiner Auffassung „rechtmäßig erworbenen" Schatz herauszurücken. Er weigerte sich, dem Korrespondenten der römischen Zeitung „Il Messaggero" den Namen des Schweizer Verkäufers und den Kaufpreis zu nennen. Das gehe, so der Berliner Wissenschaftler, „gegen seine Berufsehre".

WETTER: Mild

Wetterlage: Aus Westen gelangt weiterhin verhältnismäßig milde Luft nach Mitteleuropa. Ein Randtief überquert im Laufe des Tages die Südhälfte Deutschlands.



Vorhersage für Montag:

Norden wolkig mit Aufheiterungen und kaum Niederschlag. Temperaturen 9 Grad, Tiefstwerte nachts um 3 Grad. Mäßiger, in Küstennähe starker Wind aus West.

Südhälfte wechselnd, vielfach bewölkt mit Regen. Temperaturen 8 Grad. Tiefstwerte 3 bis null Grad, stellenweise Bodenfrost. Schwacher Wind aus West.

Weitere Aussichten:

Weitgehend trocken, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	21°
Bonn	11°	Kopenh.	8°
Dresden	12°	Las Palmas	23°
Essen	10°	London	9°
Frankfurt	11°	Madrid	–°
Hamburg	9°	Mailand	9°
List/Sylt	8°	Mallorca	17°
München	12°	Moskau	1°
Stuttgart	11°	Nizza	16°
Algier	18°	Oslo	3°
Amsterdam	10°	Paris	12°
Athen	19°	Prag	11°
Barcelona	10°	Rom	15°
Brüssel	10°	Stockholm	4°
Budapest	14°	Tel Aviv	22°
Bukarest	15°	Tunis	19°
Helsinki	–2°	Wien	12°
Istanbul	15°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 7.59 Uhr, Untergang: 16.20 Uhr; **Mondaufgang:** 12.39 Uhr, Untergang: 20.27 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wenn Pferde nur Sportgeräte sind

HORST BIALLO, Weilheim

Flocke und Sternblume sind unzertrennlich. Obwohl bereits im hohen Alter, ist jedemal der Teufel los, wenn einer von beiden zum Arzt und den anderen alleinlassen muß. Und das Wiedersehen ist immer ein Fest. Die beiden Alten sind Pferde und verbringen mit 72 anderen Artgenossen ihren Lebensabend auf Gut Waitzakker bei Weilheim.

Fast alle haben eine schlimme Vergangenheit hinter sich. Sie wurden von ihren vorigen Besitzern geprügelt, waren total verwahrlost, mußten wochenlang hungern oder sollten allein deshalb zum Metzger, weil sie zum Turnier- oder Freizeitsport nicht mehr zu gebrauchen waren.

Die Mitarbeiter des Vereins Pferdehilfe e. V., der einzigen Einrichtung dieser Art in der Bundesrepublik, die geschundenen Pferden Zuflucht gewährt, sind auf so manche Reitställe deshalb nicht gut zu sprechen. „Ich bin gegen den Reitsport mit weißer Hose und schwarzem Jacket", meint Frau Lindner, die in ihrer Freizeit bei der Pflege der Tiere hilft. „Denn diese Reiter betrachten die Pferde nur zu oft als Sportgerät."

Ähnliche Erfahrungen hat Herbert Hager gemacht. Er ist mit Pferden groß geworden und opfert fast jede freie Minute für dieses Projekt. „Die feinen Herren", sagt er bitter, „kommen um fünf nach Büroschluß, ziehen den Bock, wie sie sagen, aus dem Stall, und es wird eine Stunde lang vom Pferd verlangt, was es hergibt. Dann stellt man das schwitzende Tier in den Stall zurück, ohne es trockenzureiben. Im Reiterstüberl prahlt man dann beim Pils, was man doch für ein Teufelskerl ist."

Die Folgen derartigen Fehlverhaltens kann man in Weilheim zuhauf besichtigen: Pferde, die asthmatisch sind oder mit sieben Jahren schon so fertig, daß der Gang zum Schlachthof eine Gnade ist. Dabei könnten die Tiere 30 Jahre und älter werden, doch im Durchschnitt erreichen sie nicht einmal zehn. Sie werden meist schon mit drei, vier Jahren viel zu scharf „herangenommen", obwohl sie erst mit fünfeinhalb ausgewachsen und voll belastbar sind. „Die meisten werden bei uns schon geschlachtet, wenn ihr Leben gerade erst richtig beginnt", beklagt Pferdefreund Hager die Situation.

Diese Tiere können sogar noch von Glück reden, wenn sie einem deutschen Metzger unter das Messer kommen und nicht mit einem Pferdetransport nach Italien oder Frankreich verfrachtet werden. In engen Boxen zusammengepfercht, leiden die Tiere oft tagelang, bis ihre letzte Stunde geschlagen hat.

Bei der EG-Kommission in Brüssel denkt man zur Zeit über eine Verschärfung der Tierschutzbestimmungen nach. Ob dort sich bald etwas tun wird, ist zweifelhaft. So lange wollen die Tierfreunde vom Verein Pferdehilfe nicht warten. Doch die finanziellen Möglichkeiten stoßen an enge Grenzen. 250 Mark kostet monatlich allein die Pflege eines Tieres. Finanziert wird das Unternehmen durch Patenschaften von Tierliebhabern. Allerdings hat die Spendenfreudigkeit in den letzten Monaten so stark nachgelassen, daß man alle Tierschützer, die immer neue Fälle geschundener Tiere telefonisch in Weilheim melden, vertrösten muß.

Auch ein Tag der offenen Tür hat nicht den finanziellen Erfolg gebracht, den man herbeisehnte. Wie schrieb der Schirmherr des Vereins Pferdehilfe, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, in seinem Grußwort: „Wir alle sind aufgerufen, die Würde eines Geschöpfes Gottes und mit ihr unsere eigene zu schützen".

Insektengift im schwarzen Tee nachgewiesen

rtr, München

Rückstände mehrerer Schädlingsbekämpfungsmittel hat das Bremer Umweltinstitut nach Angaben des Umweltmagazins „Natur" bei der chemischen Untersuchung von 20 beliebten Teesorten festgestellt. Wie die Zeitschrift, die die Analyse in Auftrag gegeben hatte, in ihrer Dezember-Ausgabe berichtet, wurden in sämtlichen Teesorten die Insektenvernichtungsmittel Lindan, DDT sowie Alpha- und Beta-HCH nachgewiesen. In fünf Sorten habe sich außerdem die als krebserregend geltende Chemikalie HCH gefunden, in drei Proben das Insektizid Dieldrin, das zu Leberschäden führen könne. Das Bremer Umweltinstitut stufte laut „Natur" drei Teesorten als „sehr hoch belastet" ein, zwei weitere als „hoch belastet". Jeder Bundesbürger trinkt nach Angaben des Umweltmagazins im Jahr statistisch rund 200 Tassen Tee.

Verkehrsunfall: 31 Tote

AP, Istanbul

Bei einem Verkehrsunfall in der türkischen Provinz Cankiri sind einer Meldung des Staatsrundfunks zufolge gestern morgen 31 Menschen ums Leben gekommen und 23 verletzt worden. In der Nähe von Ilgaz rund 180 Kilometer nördlich von Ankara stießen ein vollbesetzter Omnibus und ein Lastwagen frontal zusammen. Der Fahrer des Lastwagens soll am Steuer eingeschlafen sein. Die meisten Fahrgäste des Omnibusses kehrten von einer Hochzeit aus Bafra am Schwarzen Meer in ihre Heimatorte zurück. Unter den Todesopfern ist auch das jungvermählte Paar.

„Fische sind nicht stumm"

dpa, Stockholm

Ein pensionierter Tontechniker des Schwedischen Rundfunks hat in jahrelanger Arbeit die Laute von 20 unterschiedlichen Süßwasserfischen auf Tonband aufgezeichnet. „Ich habe jetzt den Beweis, daß Fische nicht stumm sind", sagte Sture Palmer gestern der Nachrichtenagentur TT in Stockholm. „Fische können miteinander kommunizieren". Palmer hat unter anderem in Flüssen und Seen mit hochempfindlichen Unterwassermikrophonen Lock- und Kontaktlaute, Warnungs- und Drohlaut eingespielt.

120 Millionen Japaner

AFP, Tokio

Die Einwohnerzahl Japans hat in diesem Jahr die Grenze von 120 Millionen Einwohner überschritten, wie jetzt vom Amt für Bevölkerungsstatistik in Tokio bekanntgegeben wurde. Vor zehn Jahren hatte Japan 100 Millionen Einwohner. Um das Jahr 2005 soll die Einwohnerzahl des Landes nach Angaben des Amtes die 130-Millionen-Grenze überschritten haben, wird aber bis zum Jahr 2055 voraussichtlich wieder auf 120 Millionen sinken. Der Anteil Japans an der Weltbevölkerung (4,763 Milliarden Menschen) beträgt 2,5 Prozent. Außer Japan haben China, die UdSSR, die USA, Indonesien und Brasilien über 100 Millionen Einwohner.

Seligsprechungen

AP, Rom

Papst Johannes Paul II. hat gestern die französische Karmeliterin, Elisabeth von der Dreifaltigkeit, den französischen Priester, Daniel Brottier und den spanischen Gründer des Brüderordens der Söhne der Heiligen Familie, Jose Manyanet y Vives, seliggesprochen.

ZU GUTER LETZT

„Journalisten sollten mehr kochen als schreiben." Alfred Krause, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, bei einem Kochwettbewerb unter Journalisten in Bad Godesberg.

In Frankreich geht den Rauchern der Stoff aus

Durch Streik Versorgungsengpaß bei „schwarzer" Ware

AFP, Paris

In Frankreich ist die Jagd auf die „Gauloise" in vollem Gang. Die dunkle Zigarette in dem hellblauen Päckchen, die dem Franzosen so sehr am Herzen liegt wie Weißbrotstange, Camembert und Rotwein, wird knapp. Grund ist ein Streik, der Ende Oktober beim staatlichen Tabakmonopol Seita ausbrach, das 8500 Angestellte in 34 Betrieben beschäftigt. Seither läuft der Vertrieb der Seita-Erzeugnisse nur noch mit halber Kraft – besonders groß sind die Versorgungslücken bei den „Schwarzen" der Marken „Gauloise" und „Gitanes".

Während es in Paris noch ausreichend Glimmstengel gibt, ist für die Raucher in der französischen Provinz inzwischen der „Notstand" ausgebrochen. Am schlimmsten ist die Lage im Norden und Osten des Landes, wo zahlreiche Tabakhändler begonnen haben, sich bei den Nachbarn zu versorgen, in Belgien, der Schweiz und Luxemburg.

Manche Liebhaber der schwarzen Zigaretten sind in der Not so weit gegangen, „Blonde" zu rauchen, die seit Jahren in Frankreich auf dem Vormarsch sind, ebenso wie „schwarze" Importware – wie die „Rothändle" aus dem Badischen. Insgesamt haben die dunklen Tabakstengel vor den aromatisierten hellen immer noch einen Vorsprung – sechs von zehn Zigaretten, die in Frankreich in Rauch aufgehen, sind „schwarze". Jedes Jahr werden zwei Milliarden Päckchen verkauft. 20 von 55 Millionen Franzosen hängen am Glimmstengel, sie paffen durchschnittlich 200 Päckchen mit je 20 Stück pro Jahr.

Die Tabakhändler haben am Samstag gegen den Streik bei der Seita protestiert und darauf hingewiesen, daß sie alle dem geballten Zorn der frustrierten Raucher ausgesetzt sind. „Die Kunden werden immer wütender und aufgeregter. Sie legen sich mit uns an, als ob wir schuld dran wären", klagt ein Händler in Clermont-Ferrand. Er hat in seinem Geschäft die Rationierung eingeführt. Höchstens zwei Päckchen pro Person werden abgegeben.